Nr. 113. 18. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1901 unter Nr. 7671. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 16. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Des heutigen Feiertags wegen erscheint die nächste Nummer unsres Blattes am Sonnabend.

Branntweinjammer.

Den Liebesgabenbegierigen ist es ergangen gleich jenem Hunde, der den fetten Bissen im Maul sein Spiegelbild im Wasser erblickt und nach der dort winkenden Beute schnappend auch das verliert, was er sicher besaß. Den Agrariern der Konservativen, des Centrums und der Nationalliberalen war, da die Vertagung des Reichstags die ordnungsgemäße Erledigung der Branntweingesetzes-Vorlage verhinderte, durch Uebereinkommen der Vertreter aller Parteien im Seniorenkonvent nachgelassen worden, daß das bisherige, am 1. Oktober 1901 ablaufende Gesetz kurzer Hand um ein Jahr verlängert werden solle. Die vielerprobte Liebesgabensucht verführte aber die agrarischen Parteileitungen, Obstruktion gegen das Uebereinkommen des Seniorenkonvents zu unternehmen und eine Branntweinsteuer-Erhöhung sowie andre Begünstigungen der Branntweinmonopolisten dem Reichstage abzutrotzen.

Dieser schnöde Wortbruch, diese dreiste Verhöhnung der Autorität des Seniorenkonvents, dieser unerhörte Ueberrumpelungsversuch ist jedoch den Liebesgabenleuten übel bekommen und in schwerem Katzenjammer verlassen die Fuselbegeisterten den vertagten Reichstag. Sie haben nicht nur nicht erreicht, was ihre Gier unter Außerachtstellung aller parlamentarischen Sitte und Pflicht forderte, sondern haben es dahin gebracht, daß nun überhaupt für die Zeit vom 1. Oktober an kein Branntweinsteuer-Gesetz vorhanden bleibt. Indem sich am Mittwochmittag nach etwa vierstündiger Sitzung die Beschlußunfähigkeit des Reichstags ergab, wurde unter dem nun unvermeidlichen Abbruch der Beratungen die Branntwein-Vorlage verschüttet.

Gestern triumphierte die „Kreuz-Zeitung" noch ob der socialdemokratischen „Niederlage", heute muß sie uns einen „knapp errungenen Sieg" zugestehen. Wir lehnen jedoch ab, die Branntweinmänner besiegt zu haben. Sie haben sich selbst besiegt. Sie erwiesen sich nicht einmal im stande, zum Schutz ihrer heiligsten Güter in genügender Anzahl im Reichstag zu erscheinen und wenige Stunden auszuhalten. Dabei hatte Herr v. Ballestrem den Branntweinfreunden die Gunst erwiesen, die letzte Sitzung des Reichstags schon zu einer gänzlich ungewohnt frühen Stunde einzuberufen, um ihnen die Anwesenheit zu ermöglichen, auch wenn sie zum Himmelfahrtstage in ihrer Heimat zu weilen wünschten.

Als der Präsident die Morgensitzung pünktlich um 1/4 10 Uhr eröffnete, ließ sich bereits nicht mit Bestimmtheit feststellen, ob die Mehrheitsparteien für sich die beschlußfähige Zahl von 199 Mitgliedern stellen könnten. Die erste namentliche Abstimmung zeigte, daß den Mehrheitsparteien etwa ein Dutzend Stimmen zur Erreichung der Beschlußfähigkeit fehlten; nur, da die Linke verhältnismäßig stark vertreten war — es waren 25 Abgeordnete anwesend, die gegen die Herabsetzung des Kontingents stimmten —, war das Haus zunächst beschlußfähig.

Vor dieser Abstimmung aber hatte bereits der diesmalige Anführer des Centrums, Herr Bachem, eine lange Geschäftsordnungs-Debatte herbeigeführt. Da Abg. Richter einen Antrag auf namentliche Abstimmung über die Ziffer 1 des Artikels I des Beschlusses zweiter Lesung, welcher das Kontingent für neu zu errichtende Brennereien von 80 000 auf 50 000 Liter herabgesetzt hatte, mit den Originalunterschriften der Mitglieder der vereinigten Linken überreichte, stellte Bachem das Verlangen, daß die einzelnen Unterschriften des Antrags verlesen würden und rollte zugleich wieder einmal die schon oft erörterte und längst entschiedene Frage auf, ob diejenigen Abgeordneten, welche einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben, auch anwesend sein müssen. Es wurde lange hin- und herdiskutiert. Herr Bachem wurde von seinem Fraktionsfreund Gröber unterstützt, aber die beiden Herren blieben allein. Von der Rechten griff nur Herr Gamp in die Debatte ein. Selbst er wagte aber keine volle Unterstützung der beiden Centrumsleute, sondern suchte die Frage noch als eine offene hinzustellen. Singer und Richter vertraten mit guten Gründen die Zulässigkeit der Abwesenheit, für die auch alle bisherige Praxis des Reichstags spricht. Stadthagen wies zudem noch eingehend nach, daß sowohl der Abg. Kardorff wie der Abg. Graf Mirbach, also die Führer beider konservativen Parteien, genau die Ansicht, die heute die Linke vertrat, geteilt haben. Schließlich setzte auch der Präsident Graf Ballestrem seine eignen Parteifreunde ins Unrecht, indem er den Antrag auf namentliche Abstimmung für geschäftsordnungsmäßig berechtigt erklärte und die Abstimmung dann auch vornahm.

Das andre Verlangen des Herrn Bachem aber, das die Verlesung der Namen der Antragsteller forderte, schlug gleichfalls in eine heitere Blamage des Centrumsadvokaten um. Singer erklärte das volle Einverständnis der Linken mit diesem Verlangen, denn es sei höchst nützlich, daß das Land die Namen der Abgeordneten erfahre, die sich gegen ein unheilvolles Liebesgabengesetz ernstlich zur Wehr setzen. Herr Spahn, der seiner Zeit das Centrum im Heinzekampf führte, aber am Mittwoch auch zu den Abwesenden zählte, darf sich freuen, daß Herr Bachem in der Ungeschicklichkeit der Parteiführung ihn noch weit überragt.

Im Fortgang der Verhandlung fand über die Herabsetzung des Kontingents nur eine verhältnismäßig kurze Diskussion statt. Der Bündler Lucke machte in seiner Rede das nachher von Wurm in die richtige Beleuchtung gestellte Bekenntnis, daß bei Wegfall der Brennsteuer der Preis pro Hektoliter um 10 M. fallen und die deutschen Schnapsbrenner um 40 Millionen geschädigt werden würden. Die Herabsetzung des Kontingents wurde dann nach den Beschlüssen zweiter Lesung, wie schon bemerkt, mit 178 gegen 25 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen, so daß sich also sechs Abgeordnete mehr an der Abstimmung beteiligt haben, als zur Beschlußfähigkeit notwendig sind.

Zur Beratung über Ziffer 2 des Artikels I, d. h. über die 50prozentige Brennsteuererhöhung, lang außer dem Beschluß 2. Lesung auch ein freisinniger Antrag Fischbeck vor, der den Agrariern nochmals liebenswürdig Gelegenheit erwies, ihre völlige Niederlage zu verhüten. Der Antrag nahm das Uebereinkommen des Seniorenkonvents, das bestehende Gesetz einfach um ein Jahr zu verlängern, nochmals auf. Hätten die Branntweinparteien die ihnen gebotene Gelegenheit genutzt, so wäre die Fehde für sie glimpflich ausgegangen, denn selbst die Socialdemokratie, die auch die bestehende Branntwein-Gesetzgebung verwirft, hätte, treu den Vereinbarungen des Seniorenkonvents, auf die gefahrvolle Feststellung der Beschlußfähigkeit verzichtet. Aber die in immer erregtere Heftigkeit geratenen Agrarier verschmähten die ihnen erwiesene Gunst und stürzten blind in die lächerlichste Niederlage, die sie je erduldet.

Nachdem die Abgeordneten Wurm und Stadthagen die Herren Agrarier durch eine der Situation entsprechende, teils sachliche, teils humoristische Erwiderung und Abwehr ihrer Forderung gekränkt hatten, sorgte der konservative Vicepräsident v. Freege, als er das Wagnis unternahm, die nun zu erfolgende Abstimmung zu leiten, dafür, daß nochmals vor dem Schluß des tragischen Spiels laute Heiterkeitsstürme das Haus erschütterten. Herr v. Freege richtete durch mißverständliche und unverständliche Fragestellung einen solchen Wirrwarr an, daß unter nicht enden wollender Heiterkeit des Hauses die Abgeordneten Bachem, Singer und Richter gezwungen waren, Herrn v. Freege den von ihm einzuschlagenden Abstimmungsmodus klar zu machen. Eine leichte Aufgabe war das nicht. Unter stürmischem Lachen aller Parteien antwortete Herr v. Frege auf jede Einwendung, daß er ganz in dem Sinne der gemachten Einwendungen verfahren habe oder verfahren wolle; wenn er dann aber von neuem die Abstimmungsfragen stellte, machte er es von neuem ebenso falsch. Graf Ballestrem, der seinem Kollegen jedenfalls nicht die Schmach anthun wollte, mitten in der Abstimmung ihn in der Präsidentschaft abzulösen, stand händeringend neben dem zweiten Schriftführer auf der rechten Seite des Bureaus. Schließlich gelang das schwere Werk. Der Antrag Fischbeck fiel, und nun sollte über den Beschluß zweiter Lesung, betreffend die Steuererhöhung, namentlich abgestimmt werden.

Selten ist das Resultat einer Abstimmung von den Mehrheitsparteien in so angstvoller Spannung erwartet worden. Man wußte, die Entscheidung konnte nur von wenigen Stimmen abhängen. Die Schriftführer, welche die abgegebenen Stimmen zusammenzählten, wurden von zahlreichen Abgeordneten hart umdrängt. Jeder Einzelne wollte das Resultat so zeitig als möglich in Erfahrung bringen. Dabei versuchte bereits Herr Bachem mit andren Führern der Branntweinmehrheit neue Ränke für den Fall nicht genügender Stimmenzahl zu spinnen. Endlich überreichten die Schriftführer dem Präsidenten die Zählbogen, und dieser verkündigte unter lautloser Spannung das Ergebnis: Es haben abgestimmt **158 Abgeordnete**, für den Beschluß zweiter Lesung 179, dagegen 17, der Stimme enthalten haben sich 2 Abgeordnete. **Eine Stimme fehlte an der Beschlußfähigkeit.**

Herr Bachem, sehnsuchtsvoll nach Vollendung seiner Niederlagen, forderte das Wort zur Geschäftsordnung, offenbar um sich durch die Forderung des Abzugs der zur Zeit nicht besetzten Mandate von der Beschlußfähigkeitsziffer erneuter Lächerlichkeit zu überantworten. Aber der Präsident behütete ihn, indem er auch hier, wie während der ganzen Sitzung, sich streng an die Geschäftsordnung hielt und angesichts der Beschlußunfähigkeit des Hauses auch jede weitere Aeußerung zur Geschäftsordnung verwehrte. Der Reichstag mußte seine Beratungen abbrechen. Auch die Anberaumung einer Sitzung in den nächsten Tagen war ausgeschlossen, da Graf Bülow, der schon seit Stunden dem ausmutigen Schauspiel der agrarischen Selbstbesiegung nicht ohne leises Lächeln beiwohnte, sich erhob und die kaiserliche Vertagungsurkunde verlas.

* * *

In den Blättern der Fuselparteien äußern sich die Empfindungen über ihren kläglichen Abfall teils in Tönen schmerzvollen Bedauerns, teils und zumeist in wildem Geschimpfe gegen die Linke des Reichstags.

Die „Deutsche Tageszeitung" behilft sich mit der üblichen „Herabwürdigung des Reichstags" durch die Linke und fordert eine Aenderung der Geschäftsordnung. In besonders erregten Schmähungen tobt das führende Centrumsblatt seinen Groll aus, was uns durchaus verständlich ist. Die „Germania" irrt nur in der Richtung ihres Zorns; sie tobt wider die „Vergewaltigung einer großen Mehrheit", übersieht aber, daß die eignen Angehörigen der Mehrheitsparteien durch ihr Fernbleiben von der Abstimmung die Beschlußunfähigkeit verursacht haben. Verlangt die „Germania" von den Gegnern ihrer Fuselforderungen die Anwesenheit in der Sitzung, von der sich zahlreiche Mitglieder ihrer eignen Partei dispensieren? Sollen wir die schlechten Gesetze unsrer politischen Gegner durchführen helfen?

Die „Kreuz-Zeitung" ist trotz ihres Schmerzes über den Verlauf der letzten Reichstags-Sitzung weit einsichtsvoller als das Centrumsblatt; sie gesteht offen die „Nachlässigkeit verschiedener Herren" zu, „die offenbar für das Gesetz gestimmt haben würden", und sagt weiter:

„Mag man auch wenig angenehm berührt werden, wenn verschiedene Abgeordnete, die ihren Platz im Hause fast das ganze Jahr in schonender Milde in Ruhe lassen, es so überaus eilig haben, daß sie nicht einmal einen Tag länger ihrer Pflicht als Reichstags-Abgeordneter zu opfern bereit sind, so berührt es aber noch **um vieles peinlicher**, wenn Herren, die im Hause sind, die wissen, daß eine für sie wichtige namentliche Abstimmung stattfindet, nicht einmal sich die Mühe geben, dem Namensaufruf rechtzeitig beizuwohnen. Nach unsrer Beobachtung hätte auch die zweite Abstimmung ein beschlußfähiges Haus ergeben, wenn nicht, soviel wir uns aufgezeichnet haben, drei Abgeordnete ihren Namensaufruf **versäumt hätten.**"

Diese Ausplauderung der „Kreuz-Zeitung" ist sehr geeignet, die Komik des agrarischen Durchfalls zu steigern.

Die Reichstags-Session.

Nach einer am 14. November vorigen Jahres begonnenen und über 90 Plenarsitzungen verteilten Thätigkeit ist der Reichstag bis zum 26. November vertagt worden. In die Vertagung hat die Regierung gewilligt, weil einmal nach Pfingsten doch kein beschlußfähiges Haus mehr zusammenzubringen ist, und zum andern, weil noch wichtige Vorlagen unerledigt sind, für welche die Kommissionen bereits die Vorarbeiten geleistet haben.

Diese Session ist eröffnet worden mitten in der Erregung über die chinesischen Vorgänge. Die Regierung hatte bekanntlich im vorigen Sommer, als die wichtigsten Beschlüsse über die Truppensendungen gefaßt wurden, die Volksvertretung einfach ausgeschaltet. Der Reichstag sah sich dadurch in die Verteidigung seiner verfassungsmäßigen Rechte versetzt; der Khakizug nach China wurde der erste Verhandlungsgegenstand. Jedoch einzig die Socialdemokratie fand die der Lage entsprechende energische Tonart. Die übrigen Parteien, allen voran das regierende Centrum, begnügten sich entweder mit schwächlichem Tadel, oder sie versuchten gar die seitens der Regierung gezeigte Nichtachtung der Volksvertretung zu entschuldigen. Der auf den verlassenen Posten Hohenlohes gestellte Graf von Bülow hatte mit seinem nichtssagenden und unverbindlichen Diplomatenreden bei dieser Mehrheit leichtes Spiel und als gar die Regierung ihr huldvollst gestattete, das Wort „Indemnität" in die Chinavorlage hineinzubringen, stimmte sie nachträglich allen Schritten der Regierung zu. Sie erhob selbst keinen wesentlichen Widerspruch, als der Kriegsminister den Khakizug als die göttliche Vergeltung für den Hunnenzug hinstellte, der vor anderthalb Jahrtausenden Europa heimgesucht hat. Die Reichstagsmehrheit bewilligte die Chinakosten und erklärte sich auch mit der 80 Millionen Reichsanleihe nachträglich einverstanden, die Deutschland in Amerika zusammenpumpte.

Hatte die Reichsregierung in der China-Debatte dank der Haltung der Mehrheitsparteien noch einen halben Sieg davongetragen, so erlitt sie bei der Beratung der Interpellation betreffend die Zwölftausend Mark-Affaire eine schwere moralische Niederlage. Wenn Graf Posadowsky, belastet mit der unerhörten Schuld, im Amt geblieben ist, so ist dies eben die beste Kritik der Reichs-Socialreform.

Bei den Etatslesungen, die stets einen erheblichen Teil der Tagung in Anspruch nehmen, sind die brennendsten politischen Fragen zur Besprechung gelangt. Beim Auswärtigen Amt die Engländerei, die Besuchsabweisung des Präsidenten Krüger; in der zwölftägigen Etatsberatung des Reichsamts des Innern alle socialpolitischen Fragen; beim Justiz-Etat der Stillstand der Gesetzgebung, die gegen die Socialdemokratie gerichtete Rechtsprechung, das Fehlen eines einheitlichen Arbeitsrechts, eines Reichs-Berggesetzes, die Rechtlosigkeit des Gesindes usw.; beim Post-Etat die Lage der Unterbeamten, die Maßnahmen gegen die Polen; beim Militär-Etat das Duellunwesen und Fälle von Soldatenmißhandlung. Die geringste Zeit nahmen in dieser Session die Marine- und Kolonial-Etats in Anspruch.

Außerhalb der Etatsberatung wurden die schwebenden politischen Fragen noch besprochen in zahlreichen Interpellationen der Parteien des Hauses. Die erste war eine solche der Socialdemokratie, die bereits erwähnte Interpellation betreffend die Zwölftausend-Mark-Affaire. Dann wurden verhandelt die Centrumsinterpellation betreffend die Kohlenteuerung und die Maßnahmen der Regierung dazu, eine weitere Interpellation des Centrums betreffend die Duelle im Heere unter besonderer Bezugnahme auf einen Kölner Vorfall, wo eine Wahl zum Reserve-Offizier von der Stellung desselben zum Zweikampf abhängig gemacht wurde; eine Interpellation der Polen über die Nichtbeförderung von Briefen und Sendungen durch die Post, weil solche ganz oder zum Teil polnische Adressen hatten; eine Interpellation der Agrarier über Fälle von militärischer Vormusterung der Pferde während der Saatzeit; eine Interpellation der Welfen über das Verhalten der deutschen Regierung gegenüber der Gefangennahme deutscher Missionare in Südafrika durch England, und schließlich noch eine Interpellation unsrer Fraktion über das Griesheimer Brandunglück und die Außerachtlassung gesetzlicher Vorschriften.

Eine Reihe von Initiativanträgen der Parteien erstrebten die Ausdehnung der Gesetzgebung. Der erste war der Initiativantrag des Centrums, der die reichsgesetzliche Regelung der Religionsfreiheit der einzelnen Staats-

angehörigen und anerkannten Religionsgemeinschaften verlangt, der sogenannte Toleranzantrag. Der Antrag gelangt im November aus der Kommission wieder an das Plenum. Ein Initiativantrag des konservativen Nißler verlangte die Abänderung des Gesetzes über den Reichs-Invalidenfonds zwecks Beihilfen für die Kriegsinvaliden von 1870/71. Der Antrag kam an die Budgetkommission. Ein Initiativantrag unsrer Fraktion, vorgelegt in der Form eines umfassenden Gesetzentwurfs, verlangte die Abänderung des Gewerbegerichts-Gesetzes im Sinne einer Ausdehnung der Gerichte auf das Gesinde, die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, das Handelsgewerbe und Obligatorium der Gerichte. Ein Initiativantrag des Centrums verlangte ebenfalls Ausdehnung der Gewerbegerichte, ein gleicher Antrag der Nationalliberalen Ausbau zu Einigungsämtern. Der socialdemokratische Antrag, der bereits früher den Reichstag beschäftigt hatte, gelangte mit den übrigen in die Kommission, die alle Vorschläge zu einem Gesetzentwurf verarbeitete, welcher die Zustimmung des Plenums fand und an den Bundesrat gelangt, wodurch die lange schwebende Gesetzesabänderungsfrage für den Reichstag ihre vorläufige Erledigung gefunden hat. Drei Initiativanträge, und zwar ein solcher unsrer Fraktion, der Freisinnigen und der Nationalliberalen, beschäftigten sich mit der Wohnungsfrage. Unser Antrag war der weitgehendste, insofern als er eine reichsgesetzliche Behandlung der Frage, Wohnungsinspektion und ein Reichs-Wohnungsamt wünschte. Die Regierung verhielt sich jedoch den schreienden Mißständen gegenüber durchaus ablehnend. Sie erklärte, nicht in die einzelstaatliche Verwaltung eingreifen zu wollen, sich darauf zu beschränken, Wohnungen für die Reichsbeamten zu bauen und durch den Reichs-Gesundheitsrat die Einzelstaaten in der Wohnungshygiene zu beraten. Ein Initiativantrag der Freisinnigen Volkspartei verlangte die Aufhebung der Theatercensur durch Abänderung der Reichs-Gewerbe-Ordnung. Dieser Antrag, dessen Debatte die ganze gegenwärtige Schuhriegelung des Theaters durch die Polizeicensur zeigte, zeitigte schließlich kein greifbares Resultat. Bei der Schlußabstimmung machte sich ein „Hammelsprung" nötig, der die Beschlußunfähigkeit des Hauses ergab. Der im Anschluß an diese Sitzung in dieser Session erstmalig verhandelte Diätenantrag, der in einem Initiativantrag des Centrums auf Zahlung von Anwesenheitsgeldern an Abgeordnete wiederkehrte, wurde von der Kommission in einen Gesetzentwurf umgewandelt: 20 Mark Anwesenheitsgelder pro Tag des Berliner Aufenthalts, Ausdehnung der freien Fahrt auf alle Bahnstrecken und ward so dem Bundesrat überwiesen, der nunmehr — zum wie vielten Male? — „Stellung" dazu nehmen wird.

Unter den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwürfen ist zunächst die Seemanns-Ordnung zu nennen. Diese umfassende Materie ist zwar von der Kommission erledigt, wird jedoch erst im November wieder an das Plenum gelangen. Das Gesetz über das Urheberrecht von Werken der Litteratur und der Tonkunst sowie das Gesetz über das Verlagsrecht beschäftigte den Reichstag und seine Kommission in vielen Sitzungen und gelangte schließlich mit verschiedenen Aenderungen zur Verabschiedung. Zur Verabschiedung gelangte gleichfalls das Gesetz betreffend die Unfallfürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes, welches die Neuerungen in den Unfallversicherungs-Gesetzen auch für diese Personen in Geltung bringt. Durch ein Gesetz betreffend die Versorgung der Teilnehmer an der China-Expedition und ihrer Hinterbliebenen wollte die Regierung die Chinakrieger gesondert versorgen. Diesem Vorhaben widerstrebte aber der Reichstag in allen seinen Parteien und verlangte eine allgemeine Regelung der Verhältnisse der Kriegsinvaliden. Diese Vorlage kam nun in dem Gesetz betreffend die Versorgung der Kriegs-Invaliden und Kriegs-Hinterbliebenen und wurde vom Reichstag angenommen. Angenommen wurde ferner das Gesetz über die Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Leistung von Rechtshilfe im Heere. Ein Gesetz betr. die Abänderung der Strandungsordnung, wonach die Ladung eines Wracks für die Kosten der Beseitigung des Schiffahrtshindernisses haften soll, wurde vom Reichstag an die Kommission für die Seemannsordnung verwiesen und bleibt mit dieser und den dazu gehörigen Gesetzen bis November liegen. Angenommen wurde ferner die Novelle zum Posttaxgesetz, die die für Deutschland neue Einrichtung der letter boxes (verschließbarer Abholungsfächer bei der Post) schafft. Ein Gesetzentwurf betr. die Uebernahme einer Zinsgarantie für den Bau einer Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro, welchen die Regierung eiligst einbrachte, nachdem der Reichstag die geforderte Rate für den Bau einer sog. Stichbahn in jener Strecke abgelehnt hatte, wurde an die Budgetkommission verwiesen und gelangt erst im November zur Entscheidung. Das Gesetz betreffend die privaten Versicherungs-Unternehmungen wurde nach den Abänderungen, die die Kommission vorgenommen hat, angenommen, ebenso die Novelle zum Vereinsgesetz von 1892, die Staaten-Uebereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und die Novelle zum Flaggenrecht der Kauffahrteischiffe. In der letzten Sitzung gab das Haus dann noch die Zustimmung zu dem Handelsprovisorium mit England, welches das Meistbegünstigungsverhältnis bis zum 31. Dezember 1903 verlängert, und den Zollrepressalien gegen Haiti, die in der Erhebung eines Zolls auf Blauholz und eines Zollzuschlags auf Kaffee und Kakao aus Haiti bestehen. Liegen geblieben bis November sind dagegen das Schaumweinsteuer-Gesetz, das Süßstoffgesetz und die Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz. Da die bisherigen Bestimmungen über die Branntweinsteuersätze am 1. Oktober ablaufen, versuchte die agrarische Mehrheit schleunigst noch eine Durchpeitschung — Einschränkung des Kontingents für die neu entstehenden Brennereien, Forterhebung der Brennsteuersätze bis zum 30. September 1902 unter Erhöhung um 50 Proz. — am Mittwoch. Der Taktik der Linken gelang es jedoch, die Mehrheit zu sprengen. Ein Fusel-Agrarier fehlte schließlich an der beschlußfähigen Zahl.

Außer diesen Materien hat der Reichstag noch Wahlprüfungen erledigt und sich in mehreren Sitzungen mit Petitionen beschäftigt, deren auch in dieser Session wieder eine Fülle an das Haus gelangt sind.

Das socialpolitische Ergebnis des bisherigen Teils der Session war ein äußerst dürftiges. Dafür aber hat die Reichstagsmehrheit einen nie erlahmenden Bewilligungseifer gezeigt, wenn es sich um die Förderung „patriotischer" Zwecke, z. B. der Hohkönigsburg-Renovation, handelte und seine Haltung war gegenüber den Bestrebungen der Arbeiterklasse so reaktionär wie nur irgend möglich. Im Herbste und Winter wird die Tagung sich sehr bedeutungsvoll gestalten. Alsdann ist der Kampf mit den Agrariern um die Neuordnung des Zolltarifs auszufechten. Möge die Agitation der Volksmassen während des Sommers dem Reichstag nachdrücklich zeigen, wie groß die Erbitterung gegen den beabsichtigten Brotwucher und die Brotverteurer ist.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Mai.

Beamtenfürsorge im Postreich.

Unser Kölner Partei-Organ erhält Kenntnis von einem vertraulichen Schreiben, das unterm 7. März 1901 von der kaiserl. Ober-Postdirektion Köln, gezeichnet Landbeck, an die Vorsteher der Postämter I und der Bahnpostämter des Bezirks, sowie der Telegraphenämter in Bonn und Köln und des Stadtfernsprechamts gerichtet ist. Es lautet:

In letzter Zeit sind so zahlreiche Erkrankungen von Beamten vorgekommen, daß es nicht mehr möglich ist, den Verkehrsämtern für alle Erkrankte Vertreter zu überweisen. Da unter den erkrankten Beamten vermutlich solche sich befinden, von welchen nach den angegebenen leichten Krankheitserscheinungen, wie Nervenschwäche, Kopfschmerzen, Rheumatismus usw. angenommen werden kann, daß sie schon nach einiger Schonung, bezw. nach kurzer Zeit, ihre Dienstfähigkeit wieder erlangen und daher **teilweise nicht nötig haben werden, sich für so lange vom Dienst fern zu halten, als der behandelnde Arzt von vornherein annehmen mußte,** so werden die Herren Vorsteher beauftragt, die hiernach in Betracht kommenden Beamten zu befragen, ob sie nicht im stande sind, ohne Nachteil für ihre Gesundheit ihren Dienst alsbald wieder aufzunehmen. Ueber diejenigen Beamten, welche sich hierzu bereit erklären, ist in der vorgeschriebenen Weise Meldung hierher zu erstatten. Bei dieser Gelegenheit wird wiederholt auf die Notwendigkeit hingewiesen, daß namentlich die jüngeren Beamten in Erkrankungsfällen durch Besuche in ihren Wohnungen, Erkundigungen beim Arzte oder den Vermietern usw. seitens der Herren Amtsvorsteher, Kassierer und Stellenvorsteher **überwacht und beobachtet werden.** Diese letztere Ueberwachung (vergl. Verf. v. 11. 4. 1897 I 4405) muß auch auf das Verhalten des Erkrankten außerhalb der Wohnung ausgedehnt werden, wenn ihnen vom Arzte das Ausgehen gestattet worden ist."

Dieser postalische Ukas offenbart in gedrängter Kürze alle Herrlichkeiten des Postregiments. Uebergroße Sparsamkeit führt zu überlangem Dienst der Angestellten. Die Folge davon sind die übermäßig hohen Krankheitsziffern. Da genügende Vertretung mangelt, werden die Gesunden doppelt angestrengt, und der Uebelstand der Erkrankungen wächst. Statt nun die Ursache des Uebels zu beseitigen, wird dem Erkrankten zugemutet, entgegen den Vorschriften des Arztes, sich möglichst früh wieder in den Dienst zu begeben. Dazu eine Kontrolle und Beobachtung der Erkrankten, die für diese geradezu ehrenrührig erscheinen muß. —

Soldatenmißhandlungs-Prozesse.

Wegen Soldatenmißhandlung hatten sich vor dem Militärgericht in Dresden sieben Unteroffiziere und sechszehn Soldaten von der 8. Kompagnie des 2. Bataillons des 177. Infanterie-Regiments zu verantworten. Im Herbst 1899 war der Rekrut Lungwitz bei dem genannten Truppenteil eingetreten, der infolge seiner Unbeholfenheit seinen Kameraden häufig zum Nacherexerzieren verhalf. Unteroffiziere und Mannschaften wurden darüber höchst aufgebracht und ließen ihn ihren Unmut kräftig empfinden. Er wurde mit Fußtritten, Ohrfeigen und Rippenstößen bedacht. Das Essen mußte er zuweilen in Kniebeuge einnehmen, manchmal bekam er auch überhaupt nichts. Am meisten wurde dem Lungwitz durch den Unteroffizier Herschel zugesetzt, der den andren Soldaten einfach sagte, sie sollten sich das Bürschchen nur ziehen. Doch beteiligten sich auch andre Unteroffiziere daran, den Lungwitz zu peinigen. Die Verhandlung gegen die wegen Mißhandlung Angeklagten wurde zum größten Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit geführt. Das Urteil lautete gegen den Unteroffizier Herschel auf vier Monate Gefängnis. Die übrigen Unteroffiziere erhielten drei bis fünf Wochen Arrest, die Soldaten drei bis fünf Tage Gefängnis. —

Das Kriegsgericht zu **Kassel** verurteilte den Vicewachtmeister Vollmer vom 11. Artillerie-Regiment zu Kassel wegen **Mißhandlung von Rekruten in 107 Fällen,** die zumeist in der Instruktionsstunde verübt war und in Ohrfeigen und Schlägen ins Gesicht bestand, ferner wegen Anstiftung zur Mißhandlung und Mißbrauch der Strafgewalt zu einer Gesamtstrafe von sechs Monaten Gefängnis.

Die Verfrommung des Vereinsrechts. Man schreibt uns aus Dresden:

Die evangelisch-lutherische Landessynode, die seit einigen Wochen in Dresden tagt, faßte einstimmig den Beschluß, die sächsische Regierung um den Erlaß eines Gesetzes zu ersuchen, wonach an den Vorabenden der drei hohen Feiertage Bußtag, Charfreitag und Totensonntag die Abhaltung von politischen Versammlungen verboten sein solle. Die Veranlassung zu diesem Vorstoß gegen das sächsische Vereins- und Versammlungsrecht gab eine Petition des Leisniger Kreisvereins für innere Mission und des konservativen Vereins für Leisnig und Umgegend. Die Petition wurde damit begründet, daß in einer Leisniger Gastwirtschaft am Vorabend des heurigen Bußtags eine socialdemokratische Agitationsversammlung stattgefunden habe, in der Genosse Göhre referierte. Die Versammlung sei sehr stark besucht gewesen und habe sehr lange gedauert. Die Bürger seien infolgedessen spät ins Bett gekommen und pflegten dann leicht den nächstfolgenden Vormittags-Gottesdienst zu versäumen. In der Debatte bemerkte Gutsbesitzer Däweritz, daß die Entrüstung über das von Göhre gegebene „Aergernis" sehr groß gewesen sei. Bürgermeister Mettig mahnte die Synode vergeblich zur Vorsicht und Mäßigung. Der Antrag auf Erlaß einer lex Göhre fand aber allseitige Unterstützung. — Viele zornige Kulturkampfreden wurden bei Erörterung des Toleranzantrags des Centrums gehalten. In einer Protestresolution wurde zum Ausdruck gebracht, daß jener Antrag die Hoheitsrechte des Staates zu beschränken und den Staat zum Handlanger der römischen Papstherrschaft zu machen wünschen. — Im Gegensatz zur konservativen Reichstags-Fraktion bewilligten sich übrigens die durchweg konservativen Synodenmitglieder 12 M. Tagesdiäten und zwar mit rückwirkender Kraft.

Die Herren hielten es also nicht für möglich, daß ihr „Niveau" infolge der Diäten sinken könne. —

Verurteilung polnischer Redacteure. In vier Prozeßsachen hatte sich wiederum der Redacteur Sobiechowski der „Gazeta Grudziondska" vor der Strafkammer in Graudenz zu verantworten. Er wurde wegen eines Artikels, in dem das Märtyrertum seines Verlegers verherrlicht wurde, zu sechs Wochen Gefängnis, wegen Bismarck-Beleidigung in zwei Fällen (grober Unfug) zu 150 M. Geldstrafe und schließlich wegen eines China-Artikels zu 20 M. Geldstrafe verurteilt. —

Ein studentisches Mißverständnis. Von „socialdemokratischer Unverschämtheit" redet die „Tägliche Rundschau", weil wir und andre Parteiblätter die hübsche Erscheinung, daß die Studenten beim Bonner Kommers 650 Bierkrüge als „Andenken" hereingenommen haben, an den Bestimmungen des üblichen Strafrechts messen.

Leugnet nun die „Tägliche Rundschau" die Thatsache? Keineswegs! Aber sie entschuldigt die Studenten mit einem der beliebten Mißverständnisse. Das Vorkommnis „beruht auf einer irrtümlichen Meldung, die nicht nur in Bonner Blättern stand, wonach das Bürgerliche Brauhaus in München beabsichtigte, jedem Teilnehmer einen Bierkrug zum Geschenk zu machen". Das sei also ein ganz „harmloser Irrtum" gewesen.

Uns war jene Meldung Bonner Blätter bisher unbekannt — warum teilt die „Tägliche Rundschau" den Wortlaut jener mißverstandenen Nachricht nicht mit? — aber auch der Umstand scheint uns recht charakteristisch, daß sich die vornehmsten deutschen Studenten von Brauereien Bierkrüge „verehren" lassen — wenn auch nur aus „Mißverständnis".

Aus Hessen, 14. Mai. **Landtag.** (Eig. Ber.) Die Zweite Kammer beschäftigte sich heute mit dem socialdemokratischen Antrag auf **Heranziehung von Arbeitern zur Fabrikinspektion.** Vom Centrum lag ein ähnlicher, aber insofern abgeschwächter Antrag vor, als in demselben nur die „womögliche" Anstellung von Hilfsbeamten aus dem Arbeiterstande angeregt wird. Gegenüber der Erklärung der Regierung, daß man zunächst noch den Erfolg der mit diesem Jahre in Wirksamkeit getretenen Neuordnung der Gewerbe-Inspektion abwarten wolle, wies der Abg. David an Hand der Inspektionsberichte die dringende Notwendigkeit alsbaldiger Vermehrung des Aufsichtspersonals nach. Ueber das Vorhandensein geeigneter Kräfte in der Arbeiterschaft selbst könne nach den Zeugnissen der Aufsichtsbeamten über ihre im Verkehr mit den organisierten Arbeitern gemachten Erfahrungen kein Zweifel obwalten. Finanzielle Bedenken dürften dabei in keiner Weise geltend gemacht werden. Wenn es gelänge, die hohe Zahl der Unfälle in den gewerblichen Betrieben durch verbesserte Aufsicht auch nur um einige Hundert zu vermindern, so bedeute das, abgesehen von dem dadurch verminderten Jammer und Unglück, eine Ersparnis von vielen Zehntausenden von Mark an erhaltener Arbeitskraft. Als das erfreulichste Ergebnis der Debatte ist zu verzeichnen, daß sämtliche Redner, darunter die Großindustriellen Euler (Bensheim) und Reinhard (Worms) die Berechtigung unsrer Forderung auf Anstellung von Arbeitern anerkannten. Die Regierung konnte daraus entnehmen, daß eine dahingehende Vorlage in der Kammer auf eine stattliche Majorität rechnen kann. Ein weiterer Fortschritt in Sachen des Arbeiterschutzes wurde vom Ministerialrat Braun in Aussicht gestellt, der ankündigte, die Regierung sei der Frage näher getreten, den zur Bauaufsichtigung verwendeten Polizeibeamten Vertreter der Arbeiterschaft beizugeben. Abg. Cramer nahm daraus die Veranlassung zu erklären, daß in Bezug auf die Beaufsichtigung von Hochbauten demnächst specifizierte Anträge von unsrer Seite eingebracht werden würden. —

Stuttgart, 15. Mai. Gegen den Redacteur des volksparteilichen „Beobachter", Landtags-Abgeordneten Schmidt, ist vom preußischen Kriegsministerium wegen Beleidigung der deutschen Truppen in China **Strafanzeige** erstattet worden. Der Landtag hat die Angelegenheit an die Geschäftsordnungs-Kommission verwiesen. —

Aus Baden schreibt man uns: Neben seiner historisch-politischen Eigenschaft, ein „Musterländle" zu sein, erfreut sich das Badener Land noch eines andern schätzbaren Vorzugs: auf seinem Schwarzwald bildet sich eine Art secessionistischer oder stilisierter Auerhähne, die programmgemäß erlegbar sind. In der vorigen Woche huldigte der deutsche Kaiser auf Einladung des Fürsten von Fürstenberg dem Sport der Auerhahnjagd und der Hofzug mit seinen sechs hellen Wagen rollte vom Neckar durchs stiefelförmige Land bis zur Höhe der Sommerau, 1000 Meter über dem Meer. Die Abschließung aller Bahnhöfe, die der kaiserliche Zug passierte, war bei seiner Hin- und Herfahrt eine hermetische und um so auffallendere, da der Großherzog von Baden bei seinen regelmäßigen Reisen durch das Land solche Eingriffe in die Verkehrsbestimmungen nicht wünscht und ohne polizeiliches Aufgebot reist. —

Als drollige Abnormität darf die Oktroierung einer Maifeier für die Arbeiterschaft beachtet werden. In der schwarzwälderischen Industriestadt St. Georgen, wo das Amtsblatt aus Rücksichten auf seinen amtlichen und kapitalistischen Charakter acht Tage zuvor die Aufnahme einer Maifeier-Anzeige unsrer Parteigenossen verweigerte, verordneten die Fabrikanten ob des angesagten Kaiserbesuchs den Arbeitern einen zwangsweisen freien Nachmittag am Mittwoch, natürlich unter — Lohnausfall. Da fügte es das Schicksal, daß der kaiserliche Besuch für diesen Tag unterblieb und so die Industriebienen mit ihren materiellen Opfern einzig die Zeche zu bezahlen hatten. —

Reichsländische Verwaltungspraxis.

Aus Straßburg wird uns geschrieben: Die kaiserliche Kundgebung zu Gunsten der Beseitigung der Diktatur-Gesetzgebung in Elsaß-Lothringen ist nicht nur — wie übrigens zu erwarten war — völlig ausgeblieben, man scheint bei uns für die Zukunft vielmehr sogar noch schärfere Saiten in der Handhabung der bestehenden Entrechtungsvorschriften aufziehen zu wollen. Neuerdings hat der Bezirkspräsident des Oberelsaß, Prinz Alexander von Hohenlohe-Schillingsfürst, eine in Mülhausen auf den 14. d. M. angesetzte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, in der der Vertrauensmann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für Baden und Elsaß-Lothringen, Kleemann-Durlach, über die Ursachen der gegenwärtigen Industriekrise sprechen sollte, „vertagt", d. h. verboten, weil sie geeignet sei, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gefährden. Seit Jahren, und besonders in der letzten Zeit, hat die Arbeiterschaft Mülhausens den Beweis dafür erbracht, daß sie bei ihrem Auftreten in der Oeffentlichkeit selbst unter den schwierigsten Umständen Zucht, Ruhe und Ordnung zu halten versteht; Prinz Alexander würde daher zweifellos in die größte Verlegenheit kommen, wenn man ihn nach der materiellen Begründung seiner Verbotsverfügung fragen würde. —

Die New Yorker Spekulation.

Mit starrem Staunen blickt während der letzten Wochen Kapital und Börse in Deutschland auf Amerika und auf die Vorgänge in New York. Was sich dort abspielt, übertrifft alle Vorstellungen von Größe und Umfang des Effektenhandels. Man ist von Amerika außergewöhnliche Dimensionen der Produktion, der Unternehmung, der kapitalistischen Association und der gewaltsamen Eingriffe in den normalen Wirtschaftsgang gewöhnt. Wir haben die Kämpfe der verschiedenen Ringe auf dem Gebiet der Industrie und der Eisenbahnen gesehen, wir haben gesehen, wie die Milliardäre wuchsen und gigantische Trusts ins Leben gerufen wurden. Bald war es das Petroleum, bald Eisen und Stahl, bald Baumwolle und Papier, bald die Warenhäuser, die man unter einen Hut bringen wollte. Jetzt aber sehen wir, wie New Yorker Kapitalisten sich dem Großartigsten zuwenden und die sechszigtausend Meilen Bahnen, die den amerikanischen Kontingent durchqueren, unter ihre Botmäßigkeit bringen wollen. Diese amerikanische Spekulation, die sich in den wilden Kursbewegungen an der New Yorker Börse zeigte, hat auch die europäischen Börsen mit Sorgen und Schrecken erfüllt. An der New Yorker Börse raffen jetzt die großen Räuber die Ernte zusammen. Die Scenen, die sich Ende voriger Woche im New Yorker Börsensaale und in den Wartezimmern der Kommissionshäuser abspielten, scheinen unbeschreiblich gewesen zu sein. Weinende Frauen und Männer mit verstörten Mienen drängten sich um die Tafeln, auf denen die Kurse standen, die für sie den Ruin bedeuteten. Fünf Kommissionshäuser sind insolvent, bezüglich größerer Firmen sind bisher nur Gerüchte im Umlauf. Bis nach Europa hinüber erstrecken sich die Wirkungen der furchtbaren Krisis. Ein größerer Londoner Börsenspekulant soll nach Londoner Depeschen vor dem Ruin stehen und an der Berliner und Londoner Börse haben die amerikanischen Vorgänge einen derart lähmenden Einfluß geübt, daß alles stockt. Man

nimmt hier an, daß die Krisis noch nicht zum Abschluß gekommen ist und noch weit furchtbarere Wirkungen äußern wird.

Die steigende Bedeutung, welche der New Yorker Geldmarkt auch für unsre heimischen Verhältnisse bekommt, illustriert am besten die Thatsache, daß ein hervorragendes New Yorker Bankhaus, die „City Nationalbank", sich mit der Absicht trägt, zur Erweiterung ihres Geschäfts Zweiggeschäfte in Berlin und London zu gründen. Gegenwärtig weilt in Berlin der Vicepräsident der Bank, der frühere Unterstaatssekretär im amerikanischen Schatzamt Frank Vanderley. Er hat Europa bereist, mit den Finanzleuten Besprechungen gehabt, mit den Vertretern des Reichs-Schatzamts und den Direktoren der ersten Banken konferiert. Von Berlin begiebt er sich nach Hamburg und in eine Reihe größerer Städte. In St. Petersburg hat Vanderley mit dem Minister Witte und dem russischen Bankier Rothstein verhandelt. Der Abgesandte des amerikanischen Kapitals findet die finanziellen und industriellen Verhältnisse in Deutschland weit günstiger als man in New York bisher annahm. Danach wird die Errichtung der Bankfiliale nicht mehr lange auf sich warten lassen. —

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Der Wasserstraßen-Ausschuß begann am Mittwoch die Beratung der Wasserstraßen-Vorlage. Der Generalreferent Menger teilte mit, daß im Einvernehmen mit der Regierung an der Vorlage eine Aenderung vorgenommen wurde dahingehend, daß in das Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werde, wonach ein Betrag von höchstens 75 Millionen Kronen für die Flußregulierungen und Kanalisierungen ausgeworfen werden kann. Abgeordneter Wolf erklärt der Vorlage skeptisch gegenüberzustehen. Sie sei eine Zusammensetzung von durchführbaren und rentablen mit solchen Projekten, die niemals rentabel und für die Volkswirtschaft geradezu gefährlich seien. Die Alldeutschen würden es für praktisch halten, in dieser rein wirtschaftlichen Frage die Meinung der Landtage einzuholen, weil diese die Ersprießlichkeit im Bereich ihrer Länder besser beurteilen könnten, und weil die Länder zu Beitragsleistungen herangezogen werden sollten. Das Central-Parlament solle nur beraten, ob die Kanäle überhaupt gebaut werden sollen. Er behalte sich vor, entsprechende Anträge im Hause zu stellen. —

Schweiz.

Zwecks Verdrängung der deutschen Kohle in der Schweiz soll sich, wie dem „Daily Telegraph" aus Genf berichtet wird, ein amerikanischer Trust gebildet haben, der über ein Kapital von 24 Millionen Mark verfügt. Die deutschen Grubenbesitzer, welche die Schweiz bisher mit Kohlen versorgten, hätten die Preise um 20 Proz. in die Höhe geschraubt, während der amerikanische Trust, an dessen Spitze Rockefeller stehe, die Kohlen zu den früheren Preisen liefern wollte. —

England.

Die Entschädigungs-Kommission. Zur Prüfung der Forderungen der aus Südafrika ausgewiesenen Personen teilte der deutsche Vertreter Sieveking mit, seine Regierung habe bestimmten Entscheidungen des Präsidenten nicht zugestimmt, welche sich z. B. auf das Vorgehen gegen verschiedene deutsche Anspruch erhebende Personen beziehen, die sich das Recht von Burghers erworben und vergeblich aus diesem Grunde gegen die Vertreibung aus Südafrika Einspruch erhoben hätten. Da dieselben in ihrer Eigenschaft als Deutsche die Vertreibung über sich ergehen lassen mußten, so sei er der Ansicht, gegen die deutsche Regierung könne ein Widerspruch nicht erhoben werden, wenn sie dieselben als ihre Staatsangehörige behandele und ihre Forderungen unterstütze. Ferner berührte Sieveking die Fragen betreffend die aus den Schäden folgenden weiteren Nachteile und betreffend die moralischen Einbußen. Der Präsident erwiderte, er halte nicht dafür, daß die Grundsätze, nach denen die Entschädigungen zuerkannt werden sollen, Gegenstand der Erörterung seien. Wenn die deutsche Regierung mit den von der Kommission festgesetzten Grundsätzen nicht einverstanden sei, so müsse sie an das englische Auswärtige Amt appellieren. Es sei jedoch der Wunsch der Kommission, ihre Aufgaben in versöhnlichem und freundlichem Geist zu erfüllen. General Ardagh, der Vertreter des englischen Kriegsamts, sagte, die englische Regierung sei sehr darauf bedacht, daß kein technisches Hindernis sich der pflichtmäßigen Prüfung jedes Anspruchs entgegenstelle, und er nehme an, daß die Kommission von ähnlichen Gesichtspunkten ausgehe. —

Frankreich.

Auffrischung des Déroulède-Prozesses. Graf de Lur Saluces, welcher in dem Hochverratsprozeß gegen Déroulède und Genossen von dem Staatsgerichtshof am 3. Januar 1900 in contumaciam verurteilt worden war, ist nach Paris zurückgekehrt und hat an den Präsidenten des Senats Fallières einen Brief gerichtet, in welchem er erklärt, er halte sich in seiner Wohnung zur Verfügung des Staatsgerichtshofs, um eine neue Verhandlung über die Frage herbeizuführen, auf welcher Seite die Urheber der Verschwörung zu suchen seien, welche Frankreich bedrohe.

Türkei.

Der Post-Konflikt. Die Pforte bereitet neuerlich eine Note in der Angelegenheit des Post-Konflikts vor, welche den Botschaftern übersendet werden soll. Die Botschafter der Türkei bei den Großmächten berichteten der Pforte telegraphisch über die Anschauungen der resp. Kabinette in der Frage der ausländischen Posten. Die Pforte soll beabsichtigen, die verschiedenen Taxen, welche die ausländischen Schiffe in den ottomanischen Gewässern zahlen, zu erhöhen und die gewährten Erleichterungen zu entziehen, weil sie sich weigern, türkische Postsendungen zu befördern. Wie versichert wird, werden die russischen Schiffe gemäß einem auf der russischen Botschaft in Konstantinopel eingelaufenen Auftrage es gleichfalls ablehnen, türkische Postsendungen zu befördern. —

Afrika.

Neue algerische Unruhen. Ein Telegramm aus Soukarras meldet, räuberische Eingeborene griffen in vergangener Nacht in der Nähe des Bahnhofs Marsotte einen Güterzug, der von Tebessa kam, an. Auf die Maschine wurden zwei Schüsse abgegeben. Der Heizer wurde verletzt.

Der Boeren-Krieg.

Die englische Stimmung wechselt beständig zwischen Hoffen und Bangen. Heute wird wieder einmal aus Kapstadt gemeldet, daß die Zahl der Unterwerfungen zunehme. Man versichert, daß zu Beginn des Winters — schon jetzt seien die Nächte sehr kalt — eine **allgemeine Uebergabe** wahrscheinlich sei. Wenn nur die frostkalten Winternächte den Engländern nicht unangenehmer werden wie den Boeren!

„Daily Mail" teilt denn auch die sanguinische Stimmung nicht. Sie fordert vielmehr die Regierung auf, dem Kriege, der so viel Geld verschlinge, durch praktischere und energischere Mittel ein Ende zu bereiten. Es wäre allerdings gut gewesen, wenn das Blatt diese Mittel gleich angegeben hätte. „Daily Mail" meldet ferner aus Kapstadt:

Der Kommandant Beyer befindet sich in der Umgegend von Nilstroom mit ca. 400 Mann. Das Kommando befindet sich bereits seit mehreren Tagen in diesem Distrikt und droht die Verbindungen abzuschneiden.

General French,

der am Fieber erkrankt war, soll sich bereits wieder auf dem Wege der Genesung befinden und nach seiner bald zu erwartenden Wiederherstellung das Kommando wiederum übernehmen. Man scheint also French doch nicht entbehren zu können.

Verurteilung der Mordbrennerei.

„Morningleader" kritisiert die Haltung der englischen Generäle, auf deren Befehl die Farmen der Boeren in Brand gesteckt worden sind. Das Blatt bezeichnet diese Haltung als eine frevelhafte und einer civilisierten Nation unwürdige. Solche Mittel zur Besiegung des Feinds seien bisher nur bei den Wilden an der Tagesordnung gewesen.

Die Tages-Verlustliste

für den 14. Mai umfaßt 3 Tote, 7 Verwundete, 2 Vermißte und 22 an Krankheiten Verstorbene. 16 Vermißte sind wieder in das Lager zurückgekehrt.

* * *

London, 15. Mai. Aus Brüssel wird der „Daily Mail" telegraphiert, ihr Korrespondent habe einen Brief von der Gattin Bothas gelesen, in welchem sie mitteilt, daß Kitchener sich bereit erklärt habe, den Boeren vollständige Autonomie zu gewähren.

Partei-Nachrichten.

Das dreißigjährige Jubiläum seines Bestehens feierte am 15. Mai der „Braunschweiger Volksfreund". Am 15. Mai 1871 erschien die erste Nummer des „Volksfreundes". Die Geschichte des „Braunschweiger Volksfreundes" ist zugleich ein wesentliches Stück der Geschichte der deutschen socialdemokratischen Partei. Der Plan zu dem Blatte war im Kopfe Brackes gereift, als er zusammen mit Bonhorst, Ehlers, Grelle, Kühn u. a. in Lötzen eingekerkert war. Die Kettenaffaire von Lötzen wurde zum Weckruf für die Braunschweiger Arbeiterschaft. Die dreißig Jahre des Bestehens des Blatts sind eine ununterbrochene Kette des erbittertsten Kampfes gewesen. Eins der ersten Opfer des Socialistengesetzes war der „Volksfreund". An seiner Stelle gab Bracke das „Braunschw. Unterhaltungsblatt" heraus. Am 27. April 1880 raffte ihn der Tod nach schwerem Krankenlager dahin. Als am 1. Oktober 1890 das Ausnahmegesetz fiel, wurde auch sofort die Rückwandlung des Blattes vollzogen. Und nun ging es unaufhaltsam in seiner Entwicklung weiter. Bei seiner Entstehung war es ein Wochenblatt. Aber schon am 1. Oktober seines Geburtsjahres erschien es täglich in stetig wachsendem Format. Der erste verantwortliche Redacteur war C. Friedrich, dann Bracke selbst, später abwechselnd Blos, Becker und Kokosky, kurz vor seiner Unterdrückung Günther. 1879 bis 1880 redigierte das Unterhaltungsblatt Kokosky nach Verbüßung einer längeren Gefängnisstrafe. Sein Nachfolger war Fendrich. Dann kamen Eisenbeck, Braun, Calwer, Jäkh und Heymann. Fast alle Redacteure hatten mehr oder weniger lange Freiheitsstrafen abzubrummen. Schwer hat das Blatt zu ringen gehabt. Hier Konfiskationen, dort Gefängnisstrafen und andre Verurteilungen; aber aus allen Stürmen ist das Blatt ungebrochen und stolz hervorgegangen.

Der Parteitag für die Provinz Posen findet am 9. Juni in Bromberg statt. — In Gnesen tagt zu Pfingsten der 6. Parteitag der polnisch-socialistischen Partei.

Was nun?

China hat, um sich seiner Dränger zu entledigen, in die Forderung der Mächte, eine Kriegsentschädigung in verlangter Höhe zu zahlen, eingewilligt. China hat damit nicht nur alles gethan, was in seinen Kräften stand, sondern auch alles, was von ihm verlangt wurde.

Das wird auch durch ein Wolffsches Telegramm aus Peking bestätigt, in dem es heißt:

„Hier wird die **chinesische Antwort allgemein als Zeichen guten Willens** angesehen und günstig beurteilt. Augenblicklich läge die Hauptschwierigkeit **nicht** bei den Chinesen, sondern in der **erforderlichen Einigung** der **Mächte** über die beste Modalität der Zahlung und die geeignetsten Sicherheiten dafür."

Man sollte nun also erwarten, daß die Mächte auch das ihrerseits gegebene Versprechen erfüllten und ihre Truppen bis auf die in Peking, Tientsin und verschiedenen Etappen zurückzulassende Sicherheitswache aus China zurückzögen. Denn was kann China dafür, wenn sich die Mächte über die beste Modalität der Zahlung nicht einig werden können! Aber die Khakimächte, in erster Linie natürlich wieder Deutschland, scheinen anders zu denken. Ihr Verhalten macht es immer offenbarer, daß man nur nach Vorwänden sucht, um möglichst lange in China bleiben zu können, das man am liebsten völlig annektierte. Daß **Deutschland** speciell sich nicht dazu entschließen kann, der süßen Gewohnheit der Boxerjagden, Pferderennen, Paraden und sonstigen Festivitäten zu entsagen, beweise eine offiziöse Auslassung der „Köln. Ztg." zu der Erklärung Delcassés, daß 2000 Mann französischer Truppen in die Heimat zurückbeordert seien. Das Blatt schreibt:

„Die Maßregel der französischen Regierung hat ihre Bedeutung in dem China hierdurch gegebenen Beweis, daß die Anwesenheit der Truppen der Republik keinen andern Zweck habe, als den, die Herstellung geordneter Zustände und die Befriedigung der Schadensersatz-Ansprüche abzuwarten. Die Auffassung der französischen Politik deckt sich auch hier mit der Deutschlands. **Wie viel Truppen jeder Staat zur Erreichung seines Zweckes benötigt, ist eine eigene Angelegenheit** und wird von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängen."

Das heißt: Deutschland wird sich durch die Reducierung der fremden Truppenkörper nicht beeinflussen und zur Nachahmung bewegen lassen!

Waldersee auf dem Ehrensitz.

Laffans Bureau meldet aus Peking vom 13. Mai:

Am Abend des 12. Mai fand bei General Voyron eine großartige Festlichkeit statt zu Ehren der Abreise Pichons. Alle Diplomaten und hohe Militärs waren zugegen, ebenso Li-Hung-Tschang und Prinz Tsching. Die Festlichkeit wurde im Centralpalast abgehalten, schloß auch ein Bankett ein, bei welchem Graf Waldersee den Ehrensitz einnahm. Der Ball, die Musik, die Kanonenschüsse, das Feuerwerk und die tausende chinesischer Laternen brachten eine Gesamtwirkung hervor, die unübertroffen von allen vorangegangenen Festlichkeiten war. Die **Kosten des Festes werden auf 80 000 Taels (240 000 Mark) veranschlagt.**

Eine **Viertelmillion Mark** für ein Bankett — da muß ja eine wahrhaft orientalische Ueppigkeit entfaltet worden sein! Wer wohl die Kosten für diese prunkende Schlemmerei bezahlt?

Daß Waldersee der Ehrensitz an der Tafel eingeräumt wurde, wird ihm hoffentlich über manchen Aerger wegen der im übrigen oft recht mangelhaft respektierten Weltfeldherrschaft hinweggeholfen haben.

* * *

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Peking vom 13. d. M.: Das 2. Bataillon des 1. Regiments, das unter Befehl des Majors von Mühlenfels an den Kämpfen der 2. Brigade teilgenommen hat, ist heute von einer mit seinem Rückmarsch verbundenen Aufklärung hierher zurückgekehrt. Das Grenzland an der Provinz Schansi wurde unbesetzt gefunden; die nächsten chinesischen Garnisonen liegen in Tatung-fu, Ling-kin-shien und Kalgan. Es wurden nur mongolische Truppen angetroffen. General v. Trotha entsandte eine deutsche Reiterschwadron zum Schutze von Missionsstationen, für deren späteren Schutz chinesische Truppen vorgesehen sind.

Frankfurt a. M., 15. Mai. (B. H.) Die „Frankf. Zeitung" meldet aus London: Nach einer Depesche aus Peking, die im Bureau Laffan eingelaufen ist, haben in Peking am 12. d. M. acht amerikanische Soldaten den Laden eines Juwelenhändlers in dem von den Engländern besetzten Stadtteil **geplündert.**

Liu als Bundesgenosse.

Berlin, 15. Mai. (W. T. B.) Das Oberkommando meldet am 14. d. M. aus Peking: Truppen des chinesischen Generals Liu haben 45 Kilometer südlich Paotingfu 1000 Boxer angegriffen und zerstreut. Bei einer Explosion von zu vernichtenden Waffen in Kalgan ist bis jetzt festgestellt, daß Lieutenant v. Kummer und drei Mann verwundet wurden. Nähere Nachrichten fehlen noch.

Die Truppen des Generals Liu sind die nämlichen, die kürzlich von der deutschen Schansi-Expedition an der chinesischen Mauer angegriffen und „gezüchtigt" worden waren. Jetzt scheinen sie auf einmal Waldersees beste Freunde zu sein und den deutschen Truppen Konkurrenz im Aufstöbern und Hetzen von „Boxern" zu machen. Sonderbar!

Washington, 15. Mai. (W. T. B.) Der amerikanische Vertreter in China, Rockhill, hat Anweisung erhalten, seine Bemühungen fortzusetzen, um eine **Ermäßigung** der von China seitens der Mächte verlangten **Entschädigung** zu sichern. Es wird jedoch wenig Hoffnung auf Erfolg gehegt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am Sonnabend, den 18. Mai, abends 9 Uhr, im Vereinslokal bei C. Conrad, Friedrichstr. 187, statt. Herr Dr. Victor Fränkl spricht über „Irrtümer und Fehlsprüche der Justiz. Gäste sind willkommen.

Der Vorstand.

Reinickendorf. Der Wahlverein hält am Sonnabendabend 8½ Uhr, bei Engel, Eichbornstr. 69, seine Mitgliederversammlung ab. Waldeck-Manasse hält Vortrag über: „Die Kosten des Militarismus."

Der Diskutierabend fällt des Himmelfahrtstags wegen heute aus. Dafür findet am Sonntag eine „Vorwärts"-Verbreitung statt. Die Genossen von Wilhelmsruh, Schönholz und Reinickendorf (Ost), welche sich daran beteiligen wollen, werden ersucht, am Sonntag früh 7 Uhr im Lokale des Herrn Putzierer, Provinzstr. 45, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Die Lokalkommission von Hohen-Schönhausen-Wilhelmsberg teilt uns mit, daß im Dorf Hohen-Schönhausen alles frei ist. In der Lokalliste war das Lokal von Spitzbart irrtümlich als gesperrt aufgeführt.

Gerichts-Zeitung.

Der verflossene Streik der Fabrik-Schuhmacher führte am Mittwoch acht Personen, die ihrem Unwillen gegenüber Streikbrechern in etwas derber Form Ausdruck gegeben hatten, vor den Strafrichter.

Vor der 7. Strafkammer wurde eine Anklage verhandelt, die sich nicht nur auf den § 153 der Gewerbe-Ordnung, sondern auch auf § 240 des Strafgesetzbuchs (Nötigung) stützt. Angeklagt waren die Schuhmacher Schönwitz, Eckert, Gerlach und Frau Schoppmann. Während des Streiks nahm der Schuhmacher Gennermann in der Schweigerschen Fabrik Arbeit; er will, als er die Fabrik verließ, von den drei letzten Angeklagten auf der Straße angehalten, und mit beleidigenden Aeußerungen, wie „Dich müßte man gleich in die Fr . . . . schlagen, wenn Du hier arbeitest, bedacht worden sein. Frau Schoppmann habe ihre Mitangeklagten von Mißhandlungen, die sie anscheinend dem Zeugen zugedacht hatten, abgehalten. Der erste Angeklagte soll am Tage nach diesem Vorgang zu Gennermann gesagt haben: „Wenn Du jetzt noch weiter arbeitest, dann kann die Polizei heut abend Deine Knochen nach Hause fahren." Ein andrer Streikbrecher, der gleichfalls in derselben Weise belästigt werden sein soll, konnte jedoch nichts die Angeklagten Belastendes bekunden. Die Frau des Fabrikanten Schweiger, mit deren Hilfe Gennermann die Namen der Angeklagten festgestellt hat, gab den letzteren vor Gericht das Zeugnis ruhiger ordentlicher Leute, die jetzt wieder in ihrer Fabrik arbeiten. Sie habe Gennermann damals gleich gesagt, vor diesen Leuten brauche er sich nicht zu fürchten, die würden ihm nichts thun. — Der Staatsanwalt bezeichnete die Verfehlungen der Angeklagten als nicht sehr schwerwiegend, beantragte aber gleichwohl gegen Frau Schoppmann 3 Tage, gegen die übrigen drei Angeklagten je eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Victor Fränkl, führte aus, daß hier weder eine Bedrohung im Sinne des 240 des Strafgesetzbuchs, noch ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, sondern nur eine Beleidigung vorliege, die mit einer Geldstrafe hinreichend gesühnt sei. — Der Gerichtshof erkannte dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, und zwar auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung. Bei Schönwitz wurde außerdem § 240 des Strafgesetzbuchs herangezogen.

Ein zweiter Fall von Verstößen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung wurde vor dem Schöffengericht verhandelt. Auf der Anklagebank hatten ebenfalls 4 Personen, die Schuhmacher Rhode, Wittnebel, Grüning und Wolfram Platz zu nehmen. Als Hauptzeuge und hauptsächlich Belästigter trat der Zuschneider Blank auf, der in der Fabrik von Glaser in der Turmstraße als Streikbrecher fungierte. Seiner Angabe zufolge hat Rhode ihn zuerst in durchaus ruhiger Weise zur Teilnahme am Streik zu bewegen gesucht; Blank aber hat jede derartige Einwirkung zurückgewiesen. Die auf der Straße angefommenen Erörterungen sind dann in einem Schanklokal fortgesetzt worden, und zwar von seiten Rhodes und andrer Streikenden ruhig und sachlich. Nach längerem Hin- und Herreden erwiderte Blank auf die Vorstellungen der Streikenden: „Ach, was Ihr mir da erzählt, damit habe ich mir schon seit 10 Jahren den — — geputzt. Nun schlugen auch die Gegner Blanks einen heftigen Ton an. Einer von Ihnen soll gesagt haben, im Guten geht es nicht mehr, und Rhode soll hinzugefügt haben: Wenn Du hier weiter arbeitest, dann schlagen wir Dir die Rippen im Leibe kaput. Sobald Blank diese Aeußerung gehört hatte, holte er einen Schutzmann herbei und ließ die Namen der beiden Personen, welche die betreffenden Worte gebraucht hatten, feststellen. Zu seinem Bedauern konnte er, wie er vor Gericht sagte, eine dritte Person, die ihn auch beschimpft haben soll, nicht mehr ermitteln. Außerdem wurden den Angeklagten Beleidigungen andrer Streikbrecher zur Last gelegt. Bei den polizeilichen Vernehmungen sind die Vorgänge von den Demonstranten anscheinend stark aufgebauscht worden. Die Gerichtsverhandlung ergab so wenig Belastungsmaterial, daß der Staatsanwalt selber die Anklage gegen Wolfram fallen ließ und gegen die übrigen drei Angeklagten Gefängnisstrafen von 10, 5 und 7 Tagen beantragte. Der Gerichtshof hielt Rhode und Grüning in je einem Falle des Vergehens gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung für schuldig und verurteilte jeden der beiden Angeklagten zu fünf Tagen Gefängnis, während er Wittnebel und Wolfram freisprach, weil gegen sie nichts erwiesen worden sei.

Für einige in Saus und Braus verlebte Tage hat sich der 19jährige Kaufmann Paul Schlebein, der gestern wegen Diebstahls vor der siebenten Strafkammer stand, seine ganze Zukunft verscherzt und für das ganze Leben einen Makel auf seinen Namen geladen. Der junge Mann war in einem hiesigen Tuchgeschäft angestellt und genoß daselbst das volle Vertrauen seiner Vorgesetzten. Verführt durch seine Vergnügungssucht führte er im März dieses Jahres einen recht dreisten verbrecherischen Plan aus, der ihn nun auf die Anklagebank gebracht hat. Eines Abends verbarg er sich bei Geschäftsschluß in den Räumen des Geschäfts und erbrach dann, als er allein war, das Pult des Kassierers, in welchem sich etwa 1000 M. in barem Gelde befanden. Er eignete sich diese Summe an und verschwand aus Berlin. Als

er nach kurzer Zeit in einem schlesischen Städtchen verhaftet wurde, fanden sich in seinem Besitz nur noch etwas über 400 M. vor. Den Rest hatte er bereits in der leichtfertigsten Weise verjubelt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr, R.-A. Leopold Meyer bat dagegen, diese Strafe wesentlich herabzumindern, indem er auf die Jugend und die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten verwies und es für zweckmäßig erachtete, diesem die Möglichkeit zu belassen, wieder ein ordentlicher Mensch zu werden. Der Gerichtshof war der Meinung, daß solche jetzt immer häufiger vorkommenden groben Vertrauensbrüche junger Männer unter allen Umständen eine harte Strafe rechtfertigen. Er verurteilte den Angeklagten zu zehn Monaten Gefängnis unter Anrechnung von einem Monat auf die Untersuchungshaft.

Wegen schwerer Kuppelei wurde gestern die Zimmervermieterin Pauline Hanemann von der ersten Strafkammer des Landgerichts I zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte hat nachgewiesenermaßen ihre eigne Tochter zu selbstsüchtigen unsittlichen Zwecken verwendet.

Soziale Rechtspflege.

Die Wertlosigkeit der viel gepriesenen Unfallversicherung ist den Angehörigen eines im Betriebe verunglückten Arbeiters von neuem durch die oft eigentümliche Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts demonstriert worden. Der Arbeiter S. war eines Tags einem Holzhändler beim Abfahren von Holz aus dem Walde behilflich. Als der Wagen einen rings von Wald umgebenen Wiesengrund passierte, riß eine Kette und traf S. so unglücklich, daß er sofort tot niedersank. Die forst- und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft lehnte es ab, der Frau des Verstorbenen eine Unfallrente zu gewähren. Das Schiedsgericht verurteilte sie jedoch mit der Begründung, daß das Abfahren des dem Walde entnommenen Holzes so lange als eine forstwirtschaftliche Thätigkeit anzusehen sei, als es noch im Bereich des Waldes geschehe. Das treffe hier zu, denn durch den Wald und den Wiesenteil führe nur ein fahrbarer Weg, nicht etwa eine Landstraße, der Weg wie die Wiese seien hier dem Walde zuzurechnen. Die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft legte Rekurs ein und die dem Verfahren beigeladene Holzberufsgenossenschaft bestritt ebenfalls jedwede Verpflichtung. Die Sache kam schließlich vor den erweiterten Senat des Reichs-Versicherungsamts. Dieser hob die Vorentscheidung auf und wies die Klägerin gänzlich ab. Begründend wurde ausgeführt: Zu der Zeit, als der Unfall passierte, habe der Verstorbene nicht mehr als Arbeiter im Betriebe des Forstbesitzers gelten können. Die Wiese sei trotz ihrer Lage zwischen Wäldern nicht dem Walde zugerechnet worden. Es müsse vielmehr gesagt werden, S. sei außerhalb des Waldes einer nicht mit dem Wald verbundenen Gefahr erlegen. Nun hätte höchstens die Holzberufsgenossenschaft nach den andern Bestimmungen in Frage kommen können. Sie scheide aber aus, weil der Betrieb des Holzhändlers derzeit nicht bei ihr versicherungspflichtig gewesen, mangels Erlasses einer Verordnung im Sinne des neuen Gesetzes.

Ein Streit um Muster. Der selbständige Kurbelstepper B. hatte für die Firma Neustadt und Lindenberg vier Muster gemacht. Als er durch einen Dritten erfuhr, daß die Firma seine Muster zum Teil abgepaust hatte, wurde er mißtrauisch. Er nahm an, die Firma werde bei einem andren Kurbelstepper nach seinen Mustern arbeiten lassen und er selber werde keine Arbeit erhalten. Unter Berücksichtigung des vermeintlich entgangenen Verdienstes, verlangte er deshalb für jedes Muster 20 M., insgesamt also 80 M. Die Angelegenheit kam dann vor die Kammer II des Gewerbegerichts. Der Kläger rechtfertigte hier die Höhe der Forderung noch besonders damit, daß er nicht Muster weggebe, um sie zu verkaufen, sondern um später Arbeitsbestellungen zu erhalten. — Der Vertreter der Beklagten gab an Gerichtsstelle zu, daß ein Musterteil des Klägers im Geschäft gepaust worden sei. Er bestritt jedoch jede böse Absicht. — Das Gericht unter dem Vorsitz des Gewerberichts-Direktors v. Schulz wies die Klage mit folgender Begründung ab: Die Forderung sei nicht begründet, weil dem Kläger zur Zeit überhaupt noch kein Schaden entstanden sei. Der Kläger müsse doch erst einmal abwarten, ob die Beklagten, deren Reisenden die Muster mitnehmen, selber Bestellungen darauf erhielten usw. Träfen Bestellungen ein, dann würden wohl die Beklagten dem B. Arbeit anbieten. Lehne der Kläger, wie er andeutete, dann die Ausführung ab, so sei ihm für die Musterstücke ein angemessener Preis zu zahlen, nichts weiter. Von 80 Mark dürfte kaum die Rede sein.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Bezüglich der Aussperrung der Kürschner bei der Firma G. A. Hoffmann nahm eine am Mittwoch abgehaltene öffentliche Versammlung eine Resolution an, welche besagt, daß die plötzliche Entlassung der Accordarbeiter und Arbeiterinnen als ein Akt der Willkür zu betrachten sei, daß den Ausgesperrten die Solidarität ihrer Kollegen zugesichert und dafür gesorgt werden solle, daß kein Kollege bei der Firma G. A. Hoffmann wieder in Arbeit trete, ehe nicht die Verhältnisse daselbst geregelt sind. Ein in der Versammlung anwesender Vertreter der Firma erklärte, dieselbe sei bereit, am Donnerstag (heute) mit einer Kommission der Arbeiter zu verhandeln. Das Anerbieten wurde seitens der Versammelten angenommen. Das Resultat der Verhandlung soll den Interessenten heute abend im Lokale des Arbeitsnachweises bekannt gegeben werden.

Anarchistische Gewerkschaftspropaganda. Wie eine hiesige Korrespondenz mitteilt, beabsichtigen die Anarchisten die Herausgabe eines anarchistischen Gewerkschaftsblatts. Die Anarchisten hoffen aus der in letzter Zeit eingetretenen Verschärfung der Gegensätze zwischen Lokalorganisierten und Centralverbändlern, sowie aus der Abneigung eines Teiles der organisierten Arbeiterschaft gegen Tarifverträge mit den Unternehmern Nutzen zu ziehen.

Uns scheint die Blattgründung sehr zweifelhaft, da die paar Anarchisten ihre Not haben, ihr Wochenblättel zu halten. Dagegen ist wohl anzunehmen und entspricht es ihrer bisherigen Taktik, daß sie versuchen, aus den Differenzen in der Gewerkschaftsbewegung für sich Kapital zu schlagen.

Deutsches Reich.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Die Belebung des Arbeitsmarktes zu Beginn des Frühjahrs hat eine Zunahme der Beschäftigten zur Folge gehabt. Bei den Krankenkassen, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift „Der Arbeitsmarkt" angeschlossen sind, stieg die Zahl der Mitglieder um 4,4 Proz. gegen 3,6 Proz. im gleichen Monat des Vorjahrs. Diese Steigerung hat jedoch nur dazu gedient, die in den letzten Monaten gerissenen Lücken ein wenig auszufüllen; denn im ganzen gerechnet hat seit dem 1. Oktober die Zahl der Krankenkassenmitglieder um 5,1 Proz. zugenommen, in diesem Jahre sich überhaupt kaum merklich (0,7 Proz.) vermehrt. Daß in der That der Arbeitsmarkt nach wie vor Ueberfüllung zeigt, tritt an den Arbeitsnachweisen zu Tage. Auf 100 offene Stellen kamen im April 141,4 Arbeitsuchende gegen 98,4 im gleichen Monat des Vorjahres. Uebereinstimmend berichten die Arbeitsnachweise, daß die Bauthätigkeit, namentlich auch unter dem Druck des Hypothekenmarkts, den gewohnten Frühlingsaufschwung vermissen läßt. Cementfabriken, Ziegeleien, Kalkbrennereien haben ihren Betrieb wesentlich reduziert. Neben den Bauarbeitern erscheinen dann namentlich die Metallarbeiter fortgesetzt als Arbeitsuchende; so an den Arbeitsnachweisen von Berlin, Flensburg, Göttingen, Bielefeld, M.-Gladbach, Heidelberg, Göppingen, Reutlingen, München u. a. m. Der Beschluß des Coaksyndikats, im Mai die Produktionseinschränkung von 10 auf 20 Proz. zu erhöhen, läßt über den ungünstigen Gang im Eisengewerbe keinen Zweifel.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell hat eine von dem Genossen Lüttich bearbeitete Broschüre herausgegeben, die einen Rückblick der zehnjährigen Thätigkeit des Kartells und der in diesem Zeitraum sich abspielenden gewerkschaftlichen Kämpfe enthält. Eine recht verdienstvolle Arbeit, die ihren Wert erhöhen würde, wenn sie nicht große Lücken aufwiese, die sich besonders bei der Betrachtung über die Entwicklung der einzelnen Gewerkschaften merklich fühlbar macht. Wer sich über den Konflikt der Buchdrucker mit dem Kartell und weiter mit der Generalkommission informieren will, findet hier das Material zusammengestellt und die Stellung des Kartells ruhig und objektiv begründet. Leipzig gehört auch zu denjenigen größeren Orten, die bisher die Errichtung eines Arbeitersekretariats abgelehnt haben. Man behilft sich mit einer Auskunftserteilung, die von einigen Gewerbegerichts-Beisitzern und in der Unfall- oder Invaliditätsversicherung thätigen Arbeitern übernommen wird. Wie allgemein, so kann auch in Leipzig ein Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung konstatiert werden und die Geschichte der Kämpfe der Organisationen bezeugt die Erfolge dieser Arbeit.

Die Unternehmer in Köslin haben vor einiger Zeit eine große Anzahl Arbeiter der verschiedensten Kategorien nur deshalb ausgesperrt, um ihnen die Organisationsbestrebungen zu verleiden. Der erwartete Erfolg ist aber bis jetzt ausgeblieben. Eine Resolution, welche in einer am letzten Donnerstag abgehaltenen und von über 1000 Personen besuchten Volksversammlung einstimmig angenommen wurde, läßt darauf schließen, daß die Behörden auch hier wieder auf seite der Unternehmer zu finden sind. Die Resolution lautet: „Die heutige Volksversammlung erklärt das Verhalten des hiesigen Ersten Staatsanwalts Herrn Rohde bezüglich der Beschäftigung von Gefangenen an Stelle der ausgesperrten und streikenden Arbeiter Köslins als eine Maßregel, die geeignet ist, den Arbeitern die Ausübung des ihnen laut § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung gewährleisteten Rechts zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzuheben, sowie das im selben Paragraphen gesetzlich begründete Koalitionsrecht der Arbeiter zu beseitigen. Die Versammlung protestiert deswegen energisch gegen diese Maßnahme des Herrn Ersten Staatsanwalts und beschließt, das Bureau der Versammlung zu beauftragen, dem Herrn Justizminister und der königlichen Staatsregierung von diesem Verhalten des Ersten Staatsanwalts Kenntnis zu geben. Gleichzeitig spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß die Ausgesperrten und Ausständigen tapfer in ihrem Kampfe aushalten, bis das gute gesetzliche Recht der Arbeiter zum Siege gelangt ist.

Der Malerstreik in Hannover ist beendet, nachdem die Innung einen Stundenlohn von 40 Pf. und die 9½stündige Arbeitszeit zugestand.

Die Aussperrung der Textilarbeiter und Arbeiterinnen in der Seidenfabrik von E. Riepmann u. Co. in Gräfrath bei Solingen kennzeichnet sich wieder als einer jener rücksichtslosen Gewaltakte der Unternehmer, mit denen heute die Gewerkschaften zu rechnen haben. Vor drei Wochen war den Zettlerinnen der Firma eine Lohnreduktion bekanntgegeben, mit der sich die Arbeiterinnen nicht einverstanden erklärten und da die Firma nicht nachgab, reichten sie die Kündigung ein. Nunmehr verfügte die Firma die Entlassung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, 160 an der Zahl. Wird der Zuzug ferngehalten, dann dürfte es den Ausgesperrten bald gelingen, den Angriff zurückzuweisen.

Ausland.

Der sechste skandinavische Arbeiterkongreß wird entsprechend dem Beschluß der Hauptleiter der Arbeiterbewegung der drei skandinavischen Länder vom 22.—24. August d. J. in Kopenhagen stattfinden. — Der letzte Kongreß fand im Juli 1897 in Stockholm statt.

Streikbewegung unter den russischen jüdischen Borstenarbeitern. In Mesirtz hatte der anfänglich auf einer Fabrik ausgebrochene Streik größere Dimensionen angenommen. Es standen zusammen bis 500 Borstenarbeiter im Ausstande. Infolgedessen haben sich die Fabrikanten bereit erklärt, den Lohnum 35 Kop. (75 Pf.) pro Woche zu erhöhen und den Arbeitstag am Freitag um 1½ Stunden zu verkürzen. Da den Streikenden alle Geldmittel ausgingen, so begnügten sich dieselben mit diesem teilweisen Erfolg.

In den letzten Tagen ist ein neuer Streik unter den Borstenarbeitern von Werschbolowo Westinez und Wladislawowo ausgebrochen. Im ganzen streiken 200 Mann. Charakteristisch sind die Ursachen des Streiks. Die Fabrikanten verlangten, die Arbeiter sollen genossenschaftlich arbeiten (d. h. eine gewisse Arbeitsleistung wird nicht von jedem einzelnen Arbeiter verlangt, sondern eine Anzahl von Arbeitern ist verpflichtet, ein gewisses Arbeitsquantum zu leisten); weiter sollen die Arbeiter sich unterschriftlich verpflichten, in der Zukunft keinen Anteil an Streiks zu nehmen, und endlich wollten die Fabrikanten einige tüchtigere und aufgeklärtere Arbeiter kündigen. Das sind die Ursachen des Streiks. Die Streikenden haben großen Mangel an Geldmitteln.

Aus New York wird gemeldet: Wegen Ausschreitungen der ausständigen Straßenbahn-Angestellten in Albany ist ein größeres Milizaufgebot dortselbst entsandt worden, dadurch ist die Zahl der in Albany stehenden Truppen auf 2200 Mann erhöht worden.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein des vierten Wahlkreises (Osten) hielt am Dienstag eine Versammlung ab, in der Reichstags-Abgeordneter Zubeil einen Vortrag über das Thema: „Bilder aus dem Reichstage" hielt. Der Vortragende spricht eingehend über den Toleranz-Antrag des Centrums, giebt ein Bild von dem Gang der Verhandlungen der Kommission und geht dann auf die Gewerbegerichts-Debatte über. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schließt sich eine kurze Diskussion.

Darauf bringt Genosse Hoch eine Beschwerde vor und kritisiert das Verhalten der Genossen des vierten Wahlkreises gegenüber den Civil-Berufsmusikern, denen die tarifmäßige Bezahlung bei der Maifeier verweigert wurde. Genosse Rob. Wengels bemerkte, die Civil-Berufsmusiker schraubten nur den Genossen gegenüber und besonders am 1. Mai ihre Forderungen so in die Höhe und verlangten hier 10 M., wogegen sie an jedem andern Tag bei bürgerlichen Vergnügungen für 6, höchstens 7 Mark spielten. Wenn er dieselben Musiker durch Keller oder Lipps bestelle, würde er sie jederzeit für 7 M. 50 Pf. pro Mann haben können, wogegen sie bei direkter Bestellung durch die Vertrauenslente der Partei unbedingt 10 M. verlangten. Die Vereinigung der Civil-Berufsmusiker hätte sich wie ein notwendiges Uebel an die Rockschöße der Arbeiter gehängt. In ähnlichem Sinne sprachen sich die übrigen Redner zu der Sache aus.

Dagegen wendet Hoch ein, daß die Vereinigung bestrebt sei, überall den Tarif durchzuführen, und wenn billiger gearbeitet worden sei, so handle es sich eben nur um Leistungen von kürzerer Dauer. — Jedoch wird das Verhalten der Musiker von sämtlichen Rednern auf das Schärfste getadelt und außerdem werden auch ihre Leistungen einer abfälligen Kritik unterzogen. Die folgende Resolution gelangt dann einstimmig zur Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen der Parteigenossen des Ostens gegen die „Freie Vereinigung" einverstanden und verpflichtet die leitenden Parteigenossen bei andern Parteivergnügen ebenso vorzugehen, wenn die Musiker weiter auf einem höhern Tarif beharren, als sie bei andern, bürgerlichen Vergnügen verlangen".

Seit der letzten Versammlung sind die Mitglieder Paul Arlt, Friedr. Höpfner und Heuer verstorben. Die Versammlung ehrt ihr Andenken in der üblichen Weise. 41 Mitglieder haben sich in dem gleichen Zeitraum zur Aufnahme gemeldet.

Der Vorsitzende macht außerdem noch auf die Herrenpartie aufmerksam, die am Himmelfahrtstage über Saatwinkel nach Tegel stattfinden soll, sowie auf das Frühkonzert am Pfingstsonntag.

Sociales.

Die allgemeine Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs versendet ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1900. Daraus geht hervor, daß, obgleich die Arbeitsgelegenheit im vergangenen Jahre nicht besser geworden ist als sie 1899 war, doch ein beträchtlicher Zugang an Pflichtmitgliedern der Kasse zu konstatieren ist. Dieser Zuwachs ist nicht dadurch erklärlich, daß neue Betriebe im Gemeindebezirk errichtet worden sind, denn die gleichen lokalen und wirtschaftlichen Verhältnisse walten in Berlin und seinen Vororten ob, wo die Zahl der Kassenmitglieder bei den dortigen Kassen nicht annähernd in demselben Verhältnis gewachsen ist. Der Zuwachs ist vielmehr vornehmlich auf die Maßnahmen der Verwaltung zurückzuführen, die darauf gerichtet waren, daß die im Kassenbezirk beschäftigten versicherungspflichtigen Personen auch thatsächlich zur Anmeldung gelangten. Der erhöhte Mitgliederbestand hatte seinerseits eine Vermehrung der Gesamteinnahme an Versicherungsbeiträgen zur Folge. Letztere sind indessen nicht nur entsprechend zur Erhöhung der Mitgliederzahl, sondern erheblich darüber hinaus gestiegen, was wiederum kein bloßer Zufall ist, sondern in einer verschärften Kontrolle der auf den Meldungen angegebenen Beschäftigungsthatsachen und des Einzugsverfahrens seinen Grund findet, denn der statutenmäßige Beitragssatz pro Kassenmitglied ist im Berichtsjahre derselbe gewesen wie im vorangegangenen Jahre.

Der durchschnittliche Mitgliederbestand betrug im Berichtsjahre 14 239 männliche und 3786 weibliche, zusammen 18 025 Mitglieder gegenüber 15 595 in 1899. Der höchste Mitgliederbestand fiel auf den 30. November mit 19 222, der niedrigste auf den Anfang Februar mit 15 762.

Die Eintrittsgelder sind um 1746,10 M. auf 12 193,80 M., die Versicherungsbeiträge um 97 680,02 M. auf 494 577,81 M. gestiegen. Obgleich sich die statutarisch festgelegte Beitragsleistung nicht geändert hat, entfallen auf den Kopf des Mitglieds pro 1899 25,45 M., pro 1900 aber 27,43 M., was einen Reingewinn gegenüber 1899 von 35 689,50 M. ausmacht. Die Zahl der bei der Kasse zuständigen Betriebe betrug 4425 gegenüber 4020 im Jahre 1899. Eine Reihe größerer Betriebe wurden im Jahre 1900 ermittelt, welche aus Bequemlichkeitsgründen ihr versicherungspflichtiges Personal seit Jahren bei Berliner Kassen anmeldeten und welche nun zwangsweise bei der Charlottenburger Kasse zuständig gemacht wurden. Der Betrag der Arzthonorare hat sich im Berichtsjahre um 5903,16 M. erhöht, ist aber pro Kopf des Mitglieds berechnet von 3,22 M. im Jahre 1899 auf 3,11 M. in 1900 zurückgegangen, trotzdem der Honorarsatz der Kassenärzte nicht billiger geworden ist. Diese Differenz erklärt sich dadurch, daß einmal die Honorarforderungen der Nichtkassenärzte einer strengeren Prüfung unterworfen worden sind, sodann aus dem Umstande, daß es den auswärtigen Plätzen für hiesige Unternehmer arbeitenden Kassenmitgliedern nicht wie früher gestattet wurde, sich bei jeder kleinen Indisposition als Privatpatienten von einem beliebigen Privatarzte behandeln zu lassen und sich damit jeder Kontrolle zu entziehen. Der Reservefonds ist auf 215 000 M. angewachsen.

Der Ueberschuß der Aktiva über die Passiva betrug 48 166,40 M., im Vorjahre dagegen nur 13 070,13 M., so daß der finanzielle Status der Kasse am Schlusse des Berichtsjahres um 35 096,27 M. besser war als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahrs.

Das Münchener Arbeitersekretariat versendet seinen dritten Jahresbericht. Dieser verzeichnet eine Frequenz von 8616 Personen mit 11 891 Besuchen. Im Durchschnitt kamen auf jeden Tag 33 Besuche gegen 30 im vorigen und 19 im ersten Jahre. Von den Besuchern waren 4896 = 56,6 Proz. organisiert. Das Bureau hatte außerdem einen Einlauf von 1517 und einen Auslauf von 2462 Schriftstücken zu bewältigen. Die Einnahmen des Sekretariats betrugen 13 995 M., die Ausgaben 9449 M., der Reservefonds erreichte die Höhe von 10 545 M. Da die zu erledigenden Arbeiten einen außerordentlichen Umfang angenommen haben, mußte zu den beiden Sekretären (Mühlbauer und Timm) noch ein ständiger Hilfsarbeiter angestellt werden. — Dem Bericht des Sekretariats schließt sich der Jahresbericht des Gewerkschaftsvereins in München für das Jahr 1900 an. Wir entnehmen diesem, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in München folgende Steigerung erfahren hat: Mai 1894: 4903, August 1895: 7981, Oktober 1897: 8593, Oktober 1898: 11 517, Oktober 1899: 16 273, 31. Dezember 1900: 17 275. Auf 1000 Berufsangehörige kommen 274,7 Organisierte gegen nur 75 im Jahre 1894. — Der von der Vereinsleitung neuerdings unternommene Versuch, der Gründung eines Gewerkschaftshauses näher zu treten, fand bei den Gewerkschaften keine Gegenliebe und mußte aufgegeben werden. Die dem Verein gehörige Centralherberge konnte ihre Betten 23 292 mal belegen gegen 25 674 mal im Vorjahre. Der Rückgang wurde bedingt durch eine gründliche Renovierung der Herbergsräume, die veranlaßte, daß einige Wochen lang ganze Etagen nicht belegt werden konnten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Landtagswahl in Saarbrücken.

Saarbrücken, 15. Mai. (B. H.) An Stelle des wegen seines Avancements des Landtagsmandats verlustig gegangenen Oberbergrats Lohmann wurde heute der Geheime Bergrat Prietze in Saarbrücken ins Abgeordnetenhaus gewählt. Sämtliche 836 Wahlmänner gaben ihre Stimmen für Prietze ab. Dieser wird der nationalliberalen Partei beitreten.

Reichsrats-Wahl im 8. Wiener Gemeindebezirk.

Wien, 15. Mai. (B. H.) Bei der heutigen Reichsratswahl im 8. Wiener Gemeindebezirk wurde der Antisemit Dr. Heilinger mit großer Majorität gewählt.

Junges Eheglück.

Wien, 15. Mai. (B. H.) Belgrader Privatmeldungen zufolge ist zwischen dem König Alexander und der Königin Draga ein ernster Konflikt ausgebrochen.

Die Esterhazy-Enthüllungen.

Brüssel, 15. Mai. (B. H.) Aus der heutigen Veröffentlichung der „Indep. Belge" über die Vernehmung Esterhazys ist folgendes von Interesse: Esterhazy verdächtigte den Generalstab, seine Beziehungen zu Schwartzkoppen immer gekannt zu haben. Esterhazy versichert, daß sein Anwalt Tezenas thatsächlich der deus ex machina der ganzen Dreyfusangelegenheit gewesen sei und fortwährend im Verkehr mit dem Generalstabe gestanden habe. Esterhazy beschuldigte den damaligen Kriegsminister Cavaignac wissentlich die Unwahrheit gesagt zu haben, als er von der Kammertribüne herab die Fälschung Panizzardis bekräftigte. Die Fälschung sei auf die Forderung des Verteidigers Esterhazy vorgebracht worden, um die Geschworenen gegen Dreyfus zu stimmen. Endlich wird Cavaignac beschuldigt, auf Antrag des Generals Roget beschlossen zu haben, den Oberst Henry und ihn, Esterhazy, die einzigen Eingeweihten, verschwinden zu lassen.

Der Rücktritt Salisburys?

London, 15. Mai. (B. H.) Im gestern abend abgehaltenen Ministerrat wurde über den Rücktritt Salisburys beraten. Der Rücktritt kann bereits als Thatsache betrachtet werden. Der Nachfolger ist noch nicht bekannt.

Algerische Unruhen.

Paris, 15. Mai. (W. T. B.) Aus Algier wird gemeldet, daß in den letzten Tagen Ueberfälle auf französische Ansiedler stattfanden. So soll in einem Dorfe bei Mattfou ein französischer Kolonist namens Pascal von Eingeborenen ermordet worden sein. In der Nähe von Constantine griffen Araber einen französischen Gutsbesitzer an. Es entstand ein heftiges Handgemenge zwischen den Arbeitern und Leuten, welche dem Gutsbesitzer zu Hilfe geeilt waren, wobei auf beiden Seiten mehrere Personen verwundet wurden. Der Rädelsführer der Araber wurde verhaftet.

Verantwortl. Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

98. Sitzung vom Mittwoch, den 15. Mai 1901, vormittags 9 Uhr.

Am Bundesratstisch: Graf Posadowsky, Frhr. v. Thielmann.

Präs. Graf **Ballestrem**:

Zur dritten Beratung der Branntweinsteuer-Novelle ist der Antrag Fischbeck aus der zweiten Lesung, betreffend Verlängerung des bestehenden Gesetzes auf ein Jahr, wieder eingebracht. Dieser Antrag bedarf der Unterstützung.

(Es erheben sich da vier Freisinnige und einige im Saale anwesende Socialdemokraten). **Die Unterstützung reicht nicht aus.**

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Ich habe die Originalunterschriften mitgebracht.

Abg. Dr. **Bachem** (C.):

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die einzelnen Unterschriften mitzuteilen, damit sie in den stenographischen Bericht kommen. (Abg. **Richter**: Kommen sie ja ohnehin. Heiterkeit.)

(Der Reichskanzler betritt den Saal.)

Das Haus tritt darauf in die Tagesordnung ein. Einige Rechnungssachen werden debattelos erledigt. Ebenso in dritter Lesung die von mehreren Staaten zu Paris am 20. März 1883 geschlossene **Uebereinkunft zum Schutze des gewerblichen Eigentums.** Debattelose Erledigung findet ferner in dritter Beratung das Gesetz betreffend **die Handelsbeziehungen zum britischen Reich** und die kaiserliche Verordnung betreffend die **Erhebung eines Zolls auf Blauholz** und eines Zollzuschlags auf Kaffee und Kakao aus der Republik Haiti.

Es folgt die dritte Beratung der **Novelle zum Branntweinsteuergesetz.**

Präsident Graf **Ballestrem**:

Es liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor über Artikel I Ziffer 1 (Herabsetzung des Kontingents).

Abg. **Bachem** (C.) (zur Geschäftsordnung):

Es ist bisher üblich gewesen, daß die Namen derjenigen Abgeordneten, welche einen Antrag auf namentliche Abstimmung gestellt haben, dem Hause in irgend einer Weise zur Kenntnis gebracht werden. Es interessiert nun zweifellos das Haus im höchsten Maße zu wissen, wer diejenigen sind, welche diesen Antrag eingebracht haben (sehr richtig! im Centrum und rechts), aus diesem Grunde bitte ich, die Namen der Antragsteller dem Hause mitzuteilen.

Abg. **Singer** (Soc.):

Herr Präsident, ich kann den Antrag des Herrn Kollegen Bachem nur dringend unterstützen. (Heiterkeit.) Auch ich lege großen Wert darauf, daß im Lande die Namen derer bekannt werden, die durch Stellung dieses Antrags noch das letzte Mittel versuchen wollen, dieses unheilvolle Gesetz zu verhindern. (Bravo! bei den Socialdemokraten, Lachen rechts.)

Abg. **Gröber** (C.):

Daß die Namen der Antragsteller dem hohen Hause bekanntgegeben werden, wird schon nach § 57 der Geschäftsordnung notwendig sein, denn danach kann ein Antrag auf namentliche Abstimmung, wenn es sich nicht um den Schluß der Debatte handelt, erst gestellt werden bei Schluß der Beratung bei der Aufforderung zur Abstimmung. Er muß unterstützt werden von wenigstens 50 Mitgliedern, die müssen also in dem Moment, wo der Antrag gestellt wird, anwesend sein. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) Aus diesem Grunde wird es für das Haus notwendig sein, zu erfahren, ob wirklich auch die Antragsteller im hohen Hause anwesend sind.

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Die Herren können sich doch gar nicht wundern, wenn die Mitglieder des Hauses von unsrer Seite, die gegen das Gesetz sind, nicht anwesend sind, wenn nicht einmal die Herren hier sind, die ein so großes Interesse an dem Gesetz haben, die die Branntweinpreise in die Höhe treiben wollen. (Heiterkeit links.)

Abg. **Singer** (Soc.):

Die Ausführungen des Kollegen Gröber **widersprechen der langjährigen Praxis** dieses Hauses. (Widerspruch im Centrum). Es sind zu Hunderten von Malen Anträge auf namentliche Abstimmung gestellt worden während der Debatte, und zwar ist das von allen Parteien geschehen und nicht zum wenigsten von der Centrumspartei. Im übrigen ergiebt sich die Richtigkeit unsres Vorgehens aus der Bestimmung der Geschäftsordnung, wonach ausdrücklich nur diejenigen Anträge durch Zuruf unterstützt werden müssen, womit zugleich ausgesprochen ist, daß die Antragsteller im Hause anwesend sein müssen, die auf Schluß der Debatte oder Vertagung lauten. Das Haus hat wiederholt festgestellt, daß alle sachlichen Anträge, die auf die Materie des Gesetzes selbst Bezug haben, in der bisherigen Weise gestellt werden, also vorher eingebracht und unterstützt werden können. (Bravo! links.)

Abg. **Bachem** (C.):

Es ist leider richtig, daß diese Praxis zuweilen geübt worden ist, es ist aber bei jeder Gelegenheit darum gestritten worden, und ich bestreite auf das entschiedenste die Rechtmäßigkeit dieser Praxis. Es ist ein Hohn auf die Geschäftsordnung (Sehr richtig! im Centrum und rechts, Unruhe links), daß über die Geschäftsordnung hier Anträge gestellt werden können von Abgeordneten, die nicht anwesend sind. (Rufe rechts: Grober Unfug!) Es ist bedauerlich, daß das Haus sich noch nicht entschlossen hat, die Praxis, auf die Kollege Singer Bezug nahm, definitiv abzuschaffen. Es ist eine parlamentarisch absolut unzulässige Auffassung, wenn Kollege Richter meint, die Gegner eines Gesetzes brauchten nicht anwesend zu sein. Wenn das Gesetz verlangt, daß die Freunde vorhanden sind, so muß auch die Opposition da sein, denn es ist ganz unmöglich, daß ein Haus beschlußfähig ist, wenn die Opposition zwar Anträge auf namentliche Abstimmung stellt, aber die Antragsteller nicht anwesend sind. Das widerspricht dem Geist der Verfassung des Hauses. Da aber einstweilen diese Frage nicht zur Entscheidung gebracht werden kann, habe ich nur beantragt, daß die Namen derjenigen kundgegeben werden, welche die namentliche Abstimmung beantragt haben, damit man kontrollieren kann, ob auch diesmal diese Praxis wieder geübt werden soll. Welche Schlüsse sich daraus ergeben, wird vielleicht Sache einer späteren Zukunft sein. (Bravo! rechts und im Centrum.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Es würde ein Hohn auf die Gesetzgebung sein, wenn ein so wichtiges Gesetz zu stande käme von einem Reichstag, der nicht beschlußfähig ist. (Rufe rechts: Künstlich!) Ich meine, Sie (nach rechts) selbst hätten ein Interesse daran, zu verhindern, daß in dieser so wichtigen Frage ein Beschluß gefaßt wird, der verfassungsmäßigen Anforderungen widerspricht. Ich behaupte, daß mindestens hundert Freunde der erhöhten Spirituspreise heute nicht anwesend sind, daher ihr Schmerz (Rufe rechts: Nein! nein!) . . . sonst wären Sie ja doch beschlußfähig. (Rufe rechts: Sind wir auch!) Weil Ihnen aber Leute fehlen oder abgereist sind, ärgern Sie sich, daß auch auf der Linken welche fehlen. Die ganze Deduktion des Abg. Bachem widerspricht der Geschäftsordnung. (Oho! rechts.) Ihr „Oho" macht die Sache doch nicht richtig. (Sehr richtig! links.) Diese Frage ist schon wiederholt aufgeworfen und hat Veranlassung gegeben zu Beratungen der Geschäftsordnungs-Kommission. (Rufe links: Sehr richtig!) Damals wurde beschlossen, daß nur bei Anträgen auf Vertagung oder Schluß der Debatte die Anträge auf namentliche Abstimmung durch Zuruf unterstützt werden müssen. Diese Beschränkung beweist doch deutlich, daß in allen übrigen Fällen die Unterstützung so geschehen kann, wie es bisher der Fall war. Beschließen Sie etwas andres, so vollziehen Sie damit nicht nur einen Bruch der Beschlüsse des Seniorenkonvents, sondern jetzt auch noch einen schnöden Bruch der Geschäftsordnung.

Abg. **Singer** (Soc.):

Ich wollte noch einmal darauf hinweisen (Rufe rechts: Ist gar nicht nötig!), daß diese Frage Gegenstand einer Diskussion im Hause war. Damals ist die Frage der Geschäftsordnungs-Kommission zur Ueberlegung überwiesen worden. Diese hat im Sinne, wie Herr Richter es ausführte, beschlossen, und das Haus hat diesen Beschluß genehmigt. Danach steht es unumstößlich fest, daß nur bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder Vertagung namentliche Abstimmungen durch Zuruf unterstützt werden müssen. **Was Sie jetzt treiben, ist eine Gewaltpolitik.** (Unruhe rechts.) Wenn Sie in der Lage wären, nachzuweisen, daß als der Antrag gestellt wurde, die betreffenden Unterzeichner oder auch nur einer derselben, nicht anwesend waren, dann würden Sie vielleicht die Möglichkeit haben, sich über die Gültigkeit des Antrags zu beschweren. Der Antrag ist aber vorbereitet von allen, die ihn unterzeichnet haben. Wir müssen es Ihnen überlassen, für das Gesetz, welches wir für verderblich halten, die notwendige Anzahl von Abgeordneten zusammenzubringen. Dabei befinden wir uns in voller Uebereinstimmung mit denjenigen Volkskreisen, die unsre Meinung teilen.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Herr Abgeordneter, das letzte gehörte nicht mehr zur Geschäftsordnung.

Abg. **Bachem** (C.):

Ich bestreite auf das allerentschiedenste das „argumentum e contrario", das die Herren Singer und Richter angewandt haben. Es ist richtig, daß damals das Haus für bestimmte Fälle die Anwesenheit der Unterzeichner vorgeschrieben hat, aber daraus geht keineswegs hervor, daß es damit hat sagen wollen, in den andren Fällen brauchten die Unterzeichner nicht anwesend zu sein. Herr Singer sagte, es steht unumstößlich fest, daß Leute, die hier nicht anwesend sind, hier Anträge stellen können. Danach können also Leute, welche draußen zu Hause hinter dem Ofen sitzen, störend in die Geschäfte der hier Anwesenden eingreifen. (Sehr richtig! rechts und im Centrum, Lachen links.) Herr Richter sagt ferner, es würde ein Bruch mit der Geschäftsordnung sein, wenn meinem Antrage stattgegeben würde, und Herr Singer redet von Gewaltpolitik. Was wollen Sie denn? Ich habe nichts beantragt, als daß der Herr Präsident uns die Namen derjenigen mitteilt, welche diesen Antrag unterzeichnet haben. Welche Schlüsse daraus zu ziehen sind, daß diejenigen, welche den Antrag unterzeichnet haben, im Hause anwesend sind oder nicht, wird sich später finden. **Die öffentliche Meinung soll aber erfahren, daß die Leute, welche diese Wüstenleere auf der ganzen Linken herbeigeführt haben, in der Lage sind, die Geschäfte derjenigen zu stören, welche in beschlußfähiger Anzahl hier gegenwärtig sind.**

Abg. **Gamp** (Rp.):

Die Geschäftsordnungs-Kommission hat ja den Vorzug, den Herrn Abg. Singer zu ihrem Vorsitzenden zu haben. Deshalb glaube ich aber doch, daß er für seine Auslegung der Beschlüsse dieser Kommission keine größere Autorität für sich in Anspruch nehmen kann wie die andren Mitglieder. Ich widerspreche seiner Auffassung auf das entschiedenste. Einstimmigkeit herrschte in der Kommission darüber, daß bei Anträgen auf Schluß der Debatte oder Vertagung die Antragsteller auf namentliche Abstimmung anwesend sein müßten. Als dagegen die Frage erörtert wurde, ob dies auch bei andren Anträgen notwendig sei, ergab sich eine so erhebliche Meinungsverschiedenheit, daß die Kommission darüber gar keinen Beschluß gefaßt hat. (Hört! hört! rechts.) Wäre sie der Ansicht des Herrn Abgeordneten Singer gewesen, so hätte sie zweifellos einen Antrag dahingehend gestellt, daß für die andren Bestimmungen die Anwesenheit der Antragsteller nicht erforderlich sei. Ein solcher Beschluß ist nicht gefaßt worden.

Abg. **Singer** (Soc.):

Ich beanspruche für mich gar keine Autorität der Geschäftsordnungs-Kommission. Ich kann mich auf die Autorität der Majorität der Geschäftsordnungs-Kommission berufen, indem ich noch einmal konstatiere, daß die vom Herrn Kollegen Bachem heute angeregte Frage vor einigen Jahren im Hause Gegenstand der Verhandlungen gewesen ist und vom Hause in einem seiner Auffassung entgegengesetzten Sinne entschieden ist. Wenn übrigens Herr Bachem nichts andres gewollt hat, als daß die Namen der Antragsteller im Lande bekannt werden, so haben wir ihn ja von Anfang an auf das allerwärmste unterstützt. Wir sind ganz der Meinung, daß die Namen derjenigen im Lande bekannt werden, die sich dagegen wenden, daß **Verabredungen der Vertrauensmänner des gesamten Hauses mit Einschluß der konservativen und Centrumspartei nicht gehalten werden.** (Sehr richtig! links.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Daß wir den Antrag auf namentliche Abstimmung eingebracht haben, ist ja nur eine Freundlichkeit gegen Sie. (Große Heiterkeit.) Wir wollen Sie rechtzeitig darauf aufmerksam machen, damit Sie alle Mann heranbringen können. (Große Heiterkeit.) Das scheint Ihnen aber nicht gelungen zu sein, und deshalb brauchen Sie doch Ihren Verdruß nicht gegen uns zu wenden. (Heiterkeit.) Wir wollen nur verhindern, daß hier kurzerhand ein Präcedenzfall geschaffen wird, der der Geschäftsordnung direkt widerspricht.

Abg. **Bachem** (C.):

Ich weiß nicht, von welchem Präcedenzfall Herr Richter sprechen will. Ich habe den Herrn Präsidenten nur gebeten, die Namen aller Antragsteller dem Hause bekannt zu geben. Darauf hat Herr Richter es für richtig gehalten, die Frage anzuregen, ob solche Leute, die einen derartigen Antrag unterstützt haben, da sein müssen oder nicht. Er hat also diese Frage in die Debatte gebracht, und Herr Gamp und ich haben seine Auffassung auf das entschiedenste zurückgewiesen.

Abg. **Stadthagen** (Soc.):

Die Ausführungen der Kollegen Gröber und Bachem stehen der vorgekommenen Thatsache entgegen, wie ich aus den stenographischen Berichten nachweisen kann, aus denen auch hervorgeht, daß die **konservativen Herren es waren, welche bei einer andern Gelegenheit es als zweifellos hinstellten, daß die Unterstützung eines Antrags auf namentliche Abstimmung der Anwesenheit nicht bedarf.** (Große Unruhe rechts. Der Präsident bittet um Ruhe.) Am 4. Juni 1896 ist nach den stenographischen Berichten die Frage, die uns heute interessiert, zur Erörterung gekommen. Damals vertrat der Abg. Gröber dieselbe irrige Auffassung wie heute. Gegen ihn wandte sich der Abg. Liebermann v. Sonnenberg. Er erklärte, es sei kein Zweifel, daß die Art und Weise, wie die Anträge eingebracht seien, zulässig sei. (Der Präsident bittet um Ruhe.) Auch der Abg. Freiherr v. Manteuffel vertrat, allerdings bei einer andren Gelegenheit, den von uns eingenommenen Standpunkt. Er sagte: „Die Anwesenheit des den Antrag unterstützenden Abgeordneten läßt sich absolut nicht kontrollieren. Er fuhr fort: Deshalb ist nach meiner Ansicht der Vorschlag, den Herr v. Kardorff gemacht hat, der einzig richtige, daß jeder, der unterschrieben hat, auch als anwesend zu betrachten ist. (Hört, hört! bei den Socialdemokraten.)

Auch Herr v. Bennigsen war unsrer Meinung, und ebenso (nach rechts) Ihr Führer, der Graf v. Mirbach. Er sagte, in der Geschäftsordnung steht nichts von mündlich oder schriftlich. Es heißt da nur, der Antrag der namentlichen Abstimmung bedarf der Unterstützung von fünfzig Mitgliedern. Graf Mirbach kam auch auf die praktischen Bedenken. Er sagte, wie kommen gewöhnlich die Unterschriften zu stande? Eine Fraktion, die den Wunsch hat, eine namentliche Abstimmung zu beantragen, sammelt gewöhnlich die Unterschriften in der Fraktionssitzung und da kommt es vor, daß mehrere Mitglieder gleich nach der Fraktionssitzung das Reichstags-Gebäude verlassen und gar nicht in das Plenum eintreten. Deswegen können die Unterschriften doch nicht angefochten werden, meinte Graf Mirbach, und er hatte recht. Die Frage ist ja auch in der Geschäftsordnungs-Kommission schon zur Erörterung gekommen, und auch diese hat sich nicht auf den Standpunkt des Abg. Bachem stellen können. Wenn die Geschäftsordnung etwa die persönliche Anwesenheit verlangen würde, so würde nach meiner Meinung eine derartige Bestimmung verfassungswidrig sein. In keiner einzigen Geschäftsordnung irgend eines Parlaments ist die Bestimmung zu finden, daß zur Erwirkung materieller Anträge, wo eine bestimmte Anzahl Unterschriften nötig sind, die persönliche Anwesenheit der betreffenden Abgeordneten erforderlich sei. Das hat auch seinen guten Grund. Es kommt eben nicht darauf an, wie auch einmal Graf Mirbach ausgeführt hat, ob eine bestimmte Person anwesend ist, sondern ob von den 375 Abgeordneten 50 der Ansicht sind. Hier ist namentliche Abstimmung notwendig. Wir müssen alle verlangen, daß die Rechte der Minderheit bis aufs äußerste gewahrt werden. Damals waren die Herren die Gegner dieses Gedankens, welche die Minderheit bildeten. Sollte ein Antrag in der von Herrn Bachem bezeichneten Richtung gestellt sein, so würden wir ihn ganz entschieden für geschäftsordnungswidrig halten und müssen ihn dann in einer vielleicht recht kurzen (Heiterkeit) Geschäftsordnungs-Debatte bekämpfen. (Bravo! links.)

Präs. Graf **v. Ballestrem**:

Da sich niemand mehr zum Worte gemeldet hat, nehme ich an, daß die Debatte geschlossen werden soll. Aber vorher möchte ich mir noch ein paar Bemerkungen erlauben. Ich konstatiere zunächst, daß **keine positive Bestimmung der Geschäftsordnung die persönliche Anwesenheit derjenigen verlangt, die einen Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen.** Eine Ausnahme bilden die Anträge auf Vertagung oder Schluß der Debatte insofern, als sie nicht schriftlich unterstützt, sondern durch Aufstehen unterstützt werden müssen. Ich habe mich hier nicht zu äußern ob das angemessen oder unangemessen ist, ich habe Ihnen nur zu sagen, was in der Geschäftsordnung steht und wie die Praxis des Hauses gewesen ist. Darauf kommt es auch an. Die Praxis ist nun stets die gewesen, daß keine Kontrolle über die Anwesenheit der Antragsteller ausgeübt worden ist. Ich wüßte auch nicht, wie die Kontrolle ausgeübt werden könnte. Der vorliegende Antrag auf namentliche Abstimmung ist eingereicht wie derartige Anträge immer eingereicht worden sind und von mir angekündigt worden, wie ich solche Anträge immer ankündige. Nach meiner Ansicht ist gegen den Antrag auf namentliche Abstimmung geschäftsordnungsmäßig nichts einzuwenden. Nun hat der Abgeordnete Dr. Bachem verlangt, daß die Namen der Antragsteller verlesen werden. Auch das ist noch nicht dagewesen (Heiterkeit), aber ich meine, wenn niemand widerspricht, kann es geschehen. (Zustimmung links, Heiterkeit.) Wenn also auch jetzt kein Widerspruch erfolgt, werde ich den Herrn Schriftführer bitten, die Namen zu verlesen. (Die Namen werden verlesen. Die Linke verläßt den Saal, von den Freisinnigen bleiben die Abgg. Richter, Dr. Müller-Sagan und Fischbeck, von den Socialdemokraten die Abgg. Bebel, Singer und Wurm im Saale zurück.) Die Geschäftsordnungs-Debatte ist geschlossen, ich eröffne die Diskussion über den Artikel I der Vorlage. Das Wort hat der Abg. Lucke.

Abg. **Lucke** (Bd. d. Landw.)

wendet sich gegen den Antrag Fischbeck und tritt für den Beschluß zweiter Lesung ein, welcher das Kontingent für neu zu errichtende Brennereien von 80 000 Liter auf 50 000 Liter herabsetzt. Bei Wegfall der Brennsteuer würde der Preis pro Hektoliter um 10 M. sinken und die deutsche Brennindustrie um 40 Millionen geschädigt werden.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.):

Sollte der Beschluß auf Herabsetzung des Kontingents in dritter Lesung nicht zu stande kommen, so würde ich gegen das ganze Gesetz stimmen. Dann werden aber die jetzt noch außerhalb des Spiritusringes Stehenden dem Ringe beitreten müssen und das jetzt noch unvollständige Monopol würde ein vollständiges werden. Dieses könnte dann die Preise selbst diktieren für denaturierten und nicht denaturierten Spiritus und wir brauchten gar kein Gesetz. Das ist der Gang der Entwickelung, wie ich ihn voraussehe und **deshalb liegt mir an dem Zustandekommen des Gesetzes nicht soviel** (macht mit der Hand eine geringschätzende Handbewegung).

Abg. **Wurm** (Soc.):

Herr v. Kardorff müßte nach dem, was er gesagt hat, sich mit uns verbinden und dafür sorgen, daß das Gesetz nicht zu stande kommt. Er behauptet ja, daß dann die Centrale das Monopol bekommt. Wir sind der Meinung, daß das Gesetz dazu dienen soll, den Ring zusammenzuschließen. Herr v. Kardorff meint das Entgegengesetzte. Mag er thun was er will, wir fürchten uns nicht; wenn Sie so meinen, dann machen Sie es nur so. Fällt die Brennsteuer, dann wird der freien Konkurrenz Raum geschaffen und das Ende der Preistreiberei ist gekommen. Sie haben bisher bestritten, daß der Spiritusring und die Brennsteuer eine Preistreiberei verursache. Herr Lucke hat aber das wertvolle Geständnis gemacht, daß die Brennsteuer eine Preiserhöhung von 10 M. pro Hektoliter herbeigeführt hat. Er hat geklagt, daß die Brenner durch Aufhebung der Brennsteuer einen Verlust von 40 Millionen Mark erleiden würden. Ich acceptiere das Zugeständnis. Wenn er meint, wir freuten uns, daß die Aktiengesellschaften hohe Dividenden einsackten und gönnten den Landwirten nicht das geringste, so ist das ein großer Irrtum. Beim Zolltarif wird sich ja Gelegenheit geben, zu zeigen, daß wir die wucherische Ausbeutung der Agrarier zu bekämpfen wissen. Sie sind nicht zufrieden mit der bisherigen Liebesgabe und deswegen fordern Sie eine weitere Liebesgabe von 1½ Millionen durch Erhöhung der Brennsteuer. Sie, die Sie die Minderheit des Volks repräsentieren (Lärm rechts), suchen hier mit diesem Specialgesetz Ihre Interessen zu fördern. Wie einseitig die Agrarier sind, das beweist ihr Vorgehen gegen die Melassebrennereien (Unruhe rechts), obwohl diese Brennereien doch auch landwirtschaftliche Produkte verwerten. Sie werden ja sehen, wie die Machtverhältnisse heute hier liegen. Von einer Vergewaltigung können Sie nicht sprechen, nachdem Sie selber die Beschlüsse des Seniorenkonvents gebrochen haben, dem Herr v. Kardorff mit angehört. Entweder hat er nur für seine Person dort gesprochen oder er hat sich nicht vergegenwärtigt, um was es sich handelt. Vielleicht aber hat man mit bewußter Absicht gehandelt, man wollte dem Seniorenkonvent den Beschluß leicht machen, in der Meinung, hier im Hause würde sich später doch alles finden. Man dachte, wir Agrarier sind die Mehrheit, da die Gefolgschaft des Centrums hinter uns ist. Merkwürdig ist es ja, daß diese Partei sich so den Ostelbiern hergiebt. Wir wollen jedenfalls alles thun, das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. (Bravo! links.)

Abg. **v. Kardorff** (Rp.)

bestreitet, daß die Spirituscentrale eine Preissteigerung des Spiritus herbeigeführt hat. Wieviel Hunderte von Millionen bleiben beim Ausschank des Branntweins im Kleinhandel sitzen. Da ist es geradezu absurd zu behaupten, daß eine Preistreiberei durch den Ring stattgefunden habe. Herr Richter hat so gethan, als handele es sich hier um ein ungeheuer wichtiges Gesetz. Im nächsten Jahre muß dies ungeheuer wichtige Gesetz aber doch wieder abgeändert werden. Mir persönlich wäre es lieber, wenn das Gesetz fiele; dann würden alle Brennereien durch den Preissturz, der sich vollziehen würde, gezwungen werden, der Kontrolle beizutreten, und wir brauchten überhaupt kein Gesetz.

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Auf ein Jahr, sagt Herr v. Kardorff, bei der zweiten Lesung aber ist von allen Seiten festgestellt worden, daß die Kontingentierungsbestimmung auf sieben Jahre hinwirkt; und was nun die Erhöhung der Brennsteuer um 50 Proz. betrifft, so werden sich die wirtschaftlichen Konsequenzen, wenn die Erhöhung formell auch nur auf ein Jahr eintritt, doch über viele Jahre hinaus erstrecken und Anregung zu neuen Bestimmungen in dieser Richtung geben.

Abg. **Holz** (Rp.)

bestreitet, daß die Brennsteuer eine Liebesgabe sei, wird aber durch **Schlußrufe der Rechten** aufgefordert, zu schließen.

Damit schließt die Diskussion.

Es folgt die namentliche Abstimmung über Artikel I Ziffer 1 der Kommissionsbeschlüsse (Herabsetzung der Kontingentierung für neu zu errichtende Brennereien).

Die Abstimmung ergiebt die Annahme des Kommissionsbeschlusses mit **178** gegen **25** Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen.

Damit ist der Antrag Fischbeck gefallen. Die 25 Reinstimmen sind gestellt von fünf Socialdemokraten, 2 freisinnigen Volksparteilern, 4 Abgeordneten der Freisinnigen Vereinigung und 11 Nationalliberalen.

Es folgt die Diskussion über Punkt 2 der Kommissionsbeschlüsse **(Erhöhung der Brennsteuer um 50 Proz.)** und zwar a) für die landwirtschaftlichen und b) für die gewerblichen (Melasse- und Material-) Brennereien.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.)

beantragt Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse und Verlängerung der geltenden Brennsteuersätze bis zum 1. Oktober 1902. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so beantragt er, über die Worte „und b" im Kommissionsantrag gesondert abzustimmen, um so zu versuchen, die Erhöhung der Brennsteuer von den gewerblichen Brennereien, für die sie geradezu verderblich wäre, abzuwehren.

Abg. **Wurm** (Soc.):

Ich halte es für notwendig, noch einmal zu wiederholen, weshalb wir die Erhöhung der Brennsteuer im Interesse der Allgemeinheit bekämpfen müssen. (Große Unruhe rechts.) Die weiteren Ausführungen des Redners, die sich auf die Schädigung der Melassebrennereien beziehen, bleiben bei der wachsenden Unruhe des Hauses auf der Tribüne fast unverständlich. (Der Präsident ersucht wiederholt um Ruhe und macht darauf aufmerksam, daß die amtlichen Stenographen nicht im stande sind, den Redner zu verstehen.) Die Agrarier, die möglichst hohe Spirituspreise haben wollen, arbeiten gleichzeitig darauf hin, den Petroleumzoll nach Möglichkeit zu erhöhen. So lange nämlich dieser Petroleumzoll nicht erhöht ist, ist es nicht möglich, daß der denaturierte Spiritus dem Petroleum ernsthaft Konkurrenz macht. Es wäre ja aus manchen Gründen zu wünschen, daß der Spiritus an die Stelle des Petroleums tritt, aber das darf niemals geschehen auf Kosten der großen Masse des Volks und auf Kosten der Konsumenten. Wie steht es denn jetzt mit dieser Konkurrenz, die von der Spiritusverwertungs-Gesellschaft mit großem Eifer und großem Geschick geführt wird? Wohl bemüht sich die Centrale, beständig neue Absatzgebiete für den Spiritus zu schaffen. Ich habe seiner Zeit in der Brennsteuer-Kommission angeregt, eine Prämie auszuschreiben für eine Spiritus-Glühlampe. Aber bis jetzt ist eine wirklich praktische Lampe für häusliche Zwecke noch nicht da, oder vielmehr die vorhandenen sind viel zu teuer, als daß der Arbeiter sie sich anschaffen kann.

Die Ausdehnung der Brennereibetriebe halten wir für sehr wichtig, aber sie darf nicht auf Kosten der Masse der Bevölkerung geschehen. Was ist das überhaupt für eine Art Gesetzgebung, wenn eine so wichtige Materie so wenige Wochen vor Schluß des Reichstags zur Beratung gestellt und dann Hals über Kopf durchgearbeitet wird?

Schon aus diesem Grunde müssen wir gegen das ganze Gesetz protestieren. Wir müssen annehmen, daß System dahinter liegt. Es handelt sich ja gar nicht allein um die Erhöhung der Brennsteuer, sondern bei der notwendig gewordenen Revision des Branntweinsteuer-Gesetzes ist es unsre Pflicht, die wir mit dieser ganzen Gesetzgebung nicht einverstanden sind, dafür zu sorgen, daß dies verzwickte Gesetz überhaupt beseitigt wird. Wir wünschen, daß an Stelle der Brennsteuer die Fabrikatsteuer tritt. Aus allen diesen Gründen machen wir Front gegen eine Art der Gesetzgebung, wie sie hier beliebt wird. Ich hoffe, daß auch einige der Herren aus dem Centrum sich überzeugen werden, daß es sich bei der Beschränkung des Kontingents nicht nur um ein Notgesetz handelt und mit uns gegen das Gesetz stimmen werden. Wir werden jedenfalls mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln das Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern wissen. (Bravo! links.)

Abg. **Stadthagen** (Soc.) [mit großer Unruhe der Rechten empfangen]:

Wenn den Herren der Rechten so viel daran lag, dies Gesetz möglichst schnell zu erledigen, so hätten wir zum mindesten verlangen können, daß ein schriftlicher Bericht vorgelegt wurde. Die Herren haben ja noch gestern 24 Stunden Zeit zur Arbeit gehabt. Ohne einen solchen Bericht sind einzelne Worte dieses Paragraphen unverständlich. Redner erörtert dies ausführlich im einzelnen, bleibt aber bei der im Hause herrschenden Unruhe auf den Tribünen unverständlich.) Ferner muß in dem Gesetz aber ausgesprochen werden, was eigentlich unter Branntwein im allgemeinen und unter Branntwein im Sinne dieses Gesetzes zu verstehen ist. Die Entwicklung der Technik zwingt uns, im Branntweingesetz eine Definition des Branntweins zu fixieren, wie Sie das vor kurzem mit dem Wein im Weingesetz gemacht haben. Redner verbreitet sich des weiteren über die Möglichkeit einer Definition des Begriffs Branntwein. Schon weil eine solche Definition nicht vorliegt, müssen wir gegen diese Ziffer 2 stimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Vicepräsident **v. Frege**:

Das Wort wird nicht weiter verlangt, die Diskussion ist geschlossen.

Es ist ein Antrag Richter eingegangen auf namentliche Abstimmung über die Beschlüsse zweiter Lesung zu Ziffer 2. — Wir kommen nunmehr zu der Abstimmung über den Antrag Fischbeck (auf Nichterhöhung der Brennsteuer für die gewerblichen Brennereien), wonach die Worte „und b" gestrichen werden sollen. Ich werde positiv abstimmen lassen. Diejenigen Herren, welche entgegen dem Antrag Fischbeck beschließen wollen ..., welche diese Abstimmung vornehmen wollen, bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben. (Es erhebt sich niemand. Stürmische Heiterkeit.)

Abg. **Bachem** (C.):

Der weitaus größte Teil des Hauses hat nicht verstanden, wie Sie die Abstimmung haben vornehmen wollen.

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Der Präsident hat gesagt, diejenigen, welche entgegen dem Antrag Fischbeck auf Streichung beitreten wollen, bitte ich aufzustehen.

Abg. **Singer** (Soc.):

Der Präsident sagte, er wollte positiv abstimmen lassen und hat gesagt, diejenigen, welche gegen den Antrag Fischbeck stimmen wollen, mögen sich erheben. Darauf ist die große Majorität sitzen geblieben. Der Antrag Fischbeck ist damit angenommen. Wenn aber der Herr Präsident behauptet, es handle sich um eine Vorfrage, so bin ich nicht dagegen, wenn die Abstimmung noch einmal vorgenommen wird.

Vicepräsident **v. Frege**:

Ich konstatiere wiederholt, daß ich ganz richtig verfahren habe. Ich habe gesagt, daß ich positiv abstimmen lassen werde, und gesagt, die Herren, welche die Abstimmung so vornehmen wollen, bitte ich, sich von den Plätzen zu erheben. Darauf hat sich niemand erhoben.

Abg. **Bachem** (C.):

Zweifellos hat der Herr Präsident recht, daß eine Abstimmung nicht stattgefunden hat.

Vicepräsident **v. Frege**:

Ich bitte nunmehr die Herren, welche die Worte „und b" aufrechterhalten wollen, sich von den Plätzen zu erheben.

Der Antrag Fischbeck wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Vicepräsident **v. Frege**:

Wir kommen nunmehr zu der namentlichen Abstimmung. (Widerspruch und Heiterkeit.)

Abg. **Richter** (frs. Vp.):

Der Herr Präsident mußte es doch so machen, wie es bei der zweiten Lesung gemacht worden ist. Es muß zuerst darüber abgestimmt werden, wer den Hauptantrag Fischbeck annehmen will. Wenn das abgelehnt ist, kommt der Beschluß zweiter Lesung zur Abstimmung und diese Abstimmung ist eine namentliche.

Der Hauptantrag Fischbeck wird hierauf ebenfalls abgelehnt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über die Kommissionsfassung.

Die namentliche Abstimmung wird hierauf vorgenommen.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: Es haben abgestimmt **198** Abgeordnete. (Bewegung.) Mit Ja haben 179, mit Nein 17 Abgeordnete gestimmt. Der Stimme enthalten haben sich 2. **Der Reichstag ist daher beschlußunfähig.** Wir müssen unsre Arbeiten hier abbrechen.

Abg. **Bachem** (C.) bittet ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Graf **Ballestrem**:

Ich kann auch das Wort zur Geschäftsordnung nicht mehr erteilen, da der Reichstag geschäftsunfähig ist in Ermangelung eines Mitglieds. Es würde mir jetzt obliegen, Tag und Tagesordnung für die nächste Sitzung anzusetzen. Da ich aber eine begründete Vermutung habe, daß wir vor einer längeren Unterbrechung unsrer Sitzungen stehen, so behalte ich mir vor, dies Recht später auszuüben und Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung Ihnen rechtzeitig brieflich zukommen zu lassen. Das Wort hat der Herr Reichskanzler.

Reichskanzler Graf **v. Bülow**:

Ich habe dem Hause eine kaiserliche Verordnung mitzuteilen. Dieselbe lautet:

„Wir Wilhelm usw. verordnen auf Grund der Artikel 12 und 26 der Verfassung mit Zustimmung des Reichstags folgendes:

Der Reichstag wird **bis zum 26. November dieses Jahres vertagt.** Der Reichskanzler wird mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter allerhöchster eigenhändiger Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insiegel

Straßburg i. E., den 12. Mai 1901.

gez. Wilhelm.

gegengezeichnet Bülow.

Ich habe die Ehre, diese Urkunde dem Herrn Präsidenten im Original zu behändigen.

Präsident Graf **Ballestrem** schließt darauf die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser.

Schluß gegen 1 Uhr.

Lokales.

Spießrutenlaufen.

Zu unsrem Artikel vom Sonntag „Das weibliche Element unter den Obdachlosen" schreibt uns eine Leserin:

„Sie fragen in Ihrem Artikel, ob etwa die Wohnungsnot auch daran schuld sei, daß die Zahl der obdachlosen Frauen und Mädchen jetzt so stetig im Zunehmen begriffen ist; vielleicht, doch nicht immer. Fragen Sie nur einmal ein solches alleinstehendes Mädchen, welchen Unannehmlichkeiten sie ausgesetzt ist beim Suchen einer geeigneten Unterkunft und Sie werden hören, wie entmutigt sie meistenteils von solcher Wohnungssuche, sei es ein Zimmer oder Schlafstelle, zurückkommt. Sehen Sie auch selbst in den Spalten Ihrer geschätzten Zeitung nach und Sie werden finden, daß da immer nur Zimmer und Schlafstellen an Herren zu vermieten sind. Als Beispiel, wie es einem alleinstehenden Mädchen dabei gehen kann, will ich Ihnen einen selbsterlebten Fall mitteilen, der Ihnen zeigt, wie es sehr häufig bei solcher Suche zugeht. Vorausschicken will ich noch, daß ich mich als Handlungsgehilfin in einer sogenannten besseren Stellung befinde, und da ich abends um 6 Uhr frei bin und noch von 7—9 Uhr Unterricht erteile, muß ich ein anständiges Zimmer haben. Nun hatte ich mich, da meine letzte Wirtin mich mehrfach bestohlen hatte, nach einem andren Zimmer umzusehen. Ich bin nicht mehr die Jüngste, habe viel Mut und bin ziemlich resolut, muß aber sagen, daß ich damals von meinen Wegen sehr entmutigt und herabgestimmt heimkehrte, denn was mußte ich da alles über mich ergehen lassen! Denn unter zehn Malen wurde ich von oben bis unten mit kritischen Blicken gemustert (ich kleide mich sehr einfach) und bekam nach minutenlangem Schweigen die höhnische Antwort: „Ich vermiete nicht an Damen." Das war aber noch sehr zart; in einem sehr anständigen Hause, bei einer dem Anschein nach sehr vornehmseinwollenden Dame wurde mir gesagt: „Die Handlungsgehilfin ist doch wohl nur Nebensache, man weiß ja, was hinter solchen Damen, die möblierte Zimmer suchen, steckt, die Handlungsgehilfin ist nur Augenverblendnis, da müssen Sie sich schon eine Dümmere suchen; eine wirklich anständige Gehilfin wohnt bei ihren Angehörigen!" Ueber diese Logik war ich so konsterniert, daß ich erst zur Besinnung kam, als sich die Thür schon hinter dieser gebildeten Dame der Gesellschaft geschlossen hatte, dann mußte ich mich aber zusammennehmen, um nicht laut aufzulachen. O, ich bekam noch viele schöne Antworten, die zum Teil meinem Gedächtnis wieder entfallen sind und die alle aufzuführen zu viel Zeit beanspruchen würde. Endlich traf ich auf meinen Wanderungen eine mir bekannte Frau, der ich erzählte, wie es mir ging, und die mir dann schließlich ein Zimmer vermietete, allerdings mußte dem Hausverwalter gesagt werden, ich sei eine Verwandte, denn, wie ich später Gelegenheit hatte, mich zu überzeugen, war in dem Mietskontrakt der Frau extra aufgeführt, daß sie nur an Herren vermieten dürfe. Vielfach habe ich auch von bekannten allein stehenden Frauen und Mädchen gehört, daß sie bedeutend mehr Miete zahlen müssen als die Herren. Warum das? Ich meine, eine Frau wird doch so wie so schon sehr viel schlechter honoriert als ein Mann, und dafür soll sie mehr Miete zahlen? Das verstehe, wer kann! Ebenso wie mit den möblierten Zimmern wird es ja voraussichtlich auch mit den Schlafstellen sein. Ich hörte z. B. einmal von einer jungen Arbeiterin, welche keine Eltern mehr hatte und auch keine Verwandten hier in Berlin, daß ihr von einer Schlafstellenwirtin zugemutet wurde, in einem Zimmer mit noch drei Mädchen zusammen und nur durch eine Wand mit einer Thüröffnung (eine Thür befand sich nicht darin) mit vier Männern zu wohnen, d. h. doch eigentlich nur zusammen zu schlafen. Wenn solche Zustände herrschen, ist es da ein Wunder, wenn die Zahl der obdachlosen Frauen immer größer wird? Denn wenn ich schon ganz deprimiert von meiner Wohnungssuche zurückkam, wie mag es dann erst solchen gehen, die weniger resolut sind und schweigend alles mit anhören und sich eben alles bieten lassen. Und wie werden diese armen Geschöpfe dann ausgebeutet, wenn sie wirklich einmal eine Stelle gefunden haben, wo sie nach des Tages Last und Arbeit ausruhen können? Hören Sie nur einmal herum, woher es kommt, und Sie werden Wunderdinge zu hören bekommen. Es ist wirklich ein Skandal, daß gerade den armen Mädchen und Frauen so wenig Schutz zu teil wird, aber dafür sind sie ja Arbeiterinnen und Proletarier und mit denen wird wenig Umstände gemacht; Hauptsache ist, sie genügend auszunutzen."

Wenn auch die hier angeführten Thatsachen schon bei früheren Gelegenheiten erwähnt worden sind, so bleiben sie als Krebsschaden unsrer socialen Zustände doch nach wie vor so schlimm, daß der Einsenderin für ihre Zuschrift Dank gebührt. Vielleicht, daß es auch bei diesem schweren und beschämenden Uebelstand der Organisationsthätigkeit möglich ist, Abhilfe oder doch Linderung zu schaffen.

Die Aenderungen im Religionsunterricht, die von der Kommission zur Umgestaltung des Lehrplans der Berliner Gemeindeschule gewünscht werden, finden nicht den Beifall der „Märkischen Volkszeitung". Etwas andres war natürlich nicht zu erwarten. Amüsant ist aber, wie von dem Blatt versucht wird, die Regierung gegen die Kommission scharf zu machen. Die „Märkische Volkszeitung" scheint nicht zu wissen, daß die Kommission nur einer vom Kultusminister gegebenen Anregung ihr Dasein verdankt, und daß ihr in erster Linie Ministerialräte, Mitglieder des Provinzial-Schulkollegiums usw. angehören. Sie erzählt ihren Lesern, die Kommission sei vom Berliner Magistrat eingesetzt, und knüpft daran die Bemerkung, in dem den Religionsunterricht betreffenden Beschluß komme „socialdemokratischer Geist" zur Geltung. Die Teilnehmer an der Konferenz werden, wenn ihnen dieser Erguß einer frommen Seele zu Gesicht kommen sollte, wahrscheinlich von sich sagen können, daß sie „lange nicht so gelacht haben". Selbstverständlich bedarf die Regierung nicht erst der von der „Märkischen Volkszeitung" auf so belustigende Art begründeten Mahnung, „dafür zu sorgen, daß die Religionsscheu der Konferenz nicht allzu großes Unheil stiftet". Sie wird das ohnedies thun, wenn sie es für nötig hält. Vielleicht wird sie aber nicht einmal in die Lage kommen, die Kommission rektifizieren zu müssen. Der Beschluß in Sachen des Religionsunterrichts ist nämlich ein Beschluß nicht des Plenums der Kommission, sondern nur einer Unterkommission, die zur Vorberatung dieser Frage eingesetzt ist. Er kann schon vom Plenum abgelehnt werden, und das ist, wie gesagt, leicht möglich. Auf dem langen Wege, den die Lehrpläne bis zu ihrer Genehmigung in endgültiger Fassung noch zu durchlaufen haben, dürfte sich überhaupt noch manches von dem verkrümeln, was die von „socialdemokratischem Geist" erfüllte Kommission bezw. ihre Unterkommissionen „beschließen".

Die Stadtverordneten Justizrat Cassel, Brums und Dr. Nathan haben dem städtischen Ausschuß zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Neugestaltung des städtischen Bibliothekwesens folgenden Antrag unterbreitet: „Der Ausschuß empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung: 1. Die Magistratsvorlage mit der Modifikation anzunehmen, daß — unter Beibehaltung der Fachbibliotheken und ohne deren Ausbau für Zwecke praktischer Geschäftsführung auf breiter Grundlage zu beschränken — baldmöglichst die Stadtbibliothek in einem dem Bildungsbedürfnis der weitesten Volkskreise entsprechendem Grad und als Centrale für die einzelnen Volks-Bibliotheken unter Erhöhung der städtischen Zuschüsse ausgestaltet werde. 2. Den Magistrat zu ersuchen, für die Ausgestaltung der Volksbibliotheken und für möglichst baldige weitere Errichtung und Ausgestaltung von Lesehallen im Anschluß an die Volksbibliotheken Sorge zu tragen." Der Ausschuß wird am nächsten Freitag in der städtischen Bibliothek zusammentreten und zu diesem Antrag Stellung nehmen.

Gegen die geplante Hausschließ-Ordnung nahm gestern eine Versammlung von Bäckermeistern Stellung. Es wurde betont, daß es sich auch hier um ein Gelegenheitsgesetz handle, zu dem ein einzelner Fall, der Mord in der Schulzendorferstraße (Fall Nerger), welcher dieser Tage seine gerichtliche Sühne gefunden, den Anstoß gegeben habe. Die Verordnung nehme lediglich auf polizeiliche Zwecke Rücksicht, ohne die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Bedürfnisse der Großstadt in Betracht zu ziehen. Die Bäckermeister würden unter der verschärften Hausschließ-Ordnung viel zu leiden haben; das Austragen des Frühstücksgebäcks, das namentlich in Arbeitervierteln zu sehr früher Stunde erfolgen müsse, werde überaus erschwert, die Austräger zahlreichen Unzuträglichkeiten ausgesetzt werden. Die Versammlung beschloß, sich dem Vorgehen der Hausbesitzer gegen die Schließ-Ordnung anzuschließen und dies durch eine Zustimmungserklärung dem Bunde der Grundbesitzer-Vereine anzuzeigen.

Mit der Schädlichkeit des Kaffees vom Standpunkt der Volkshygiene beschäftigte sich gestern abend der im Victoria-Lyceum versammelte Berliner Frauenverein. General-Oberarzt Dr. Nicolai hat die Frage des Kaffeegenusses vom hygienischen Standpunkte näher untersucht. Seinen Ermittelungen folgte auch der Referent des Abends, Sanitätsrat Dr. Fürst. Wenn man die Kinder unter zwei Jahren ausschließt, so genießt zur Zeit jeder Deutsche im Jahre 3,10 Kilogramm Kaffee. Mit dem Kaffee nimmt die Bevölkerung Deutschlands im Jahre nicht weniger als 2 298 795 Kilogramm Koffein ein. Je schlechter der Kaffee ist, um so höher ist sein Koffeingehalt, und darum ist es gerade die ärmere Bevölkerung, die dem Koffein besonders ausgesetzt ist. In kleinen Dosen ist dasselbe nicht gerade schädlich, immerhin sollte man es aber, worauf auch schon Virchow hingewiesen hat, vermeiden, den Kindern in zu frühem Lebensalter schon Kaffee zu reichen. Ebenso ist der Kaffee nicht gut für Blutarme, weil er den Schlaf verscheucht, den der Blutarme gerade viel braucht. Daß Koffein unter Umständen ein recht bedenkliches Gift ist, haben Tierversuche ergeben. Das Koffein strengt namentlich die Herzthätigkeit an. Im Uebermaß genommen, wirkt es, wie der Alkohol, nicht anregend, sondern geradezu erschlaffend. Als das höchste Maß bezeichnete der Redner pro Tasse acht Gramm Kaffee. Die neueren Versuche, dem Bohnenkaffee das Koffein zu entziehen, sind an sich ja, wie der Redner darlegte, ganz gut gelungen, das Verfahren ist aber noch zu teuer, um für den Kaffee des Volks in Betracht zu kommen.

Eine Verminderung des Kaffeegenusses wird der Vortrag wohl kaum zur Folge haben. Eine solche ist auch nicht zu wünschen und sie ginge besonders denen in die Quere, die sich um eine Verringerung des Alkoholverbrauchs bemühen. Es ist aber ein besonderes Vergnügen gewisser Gelehrtenkreise, durch das Ausmalen graulicher Bilder dem Publikum bald das Biertrinken, bald das Cigarrenrauchen und bald einen andern, durchweg keineswegs schädlichen Genuß zu verleiden. Nur in einem Punkte mag der Vortragende recht haben, nämlich wenn er kleineren Kindern den Kaffee verbieten will. In diesem Fall ist aber weit weniger die Lässigkeit der Eltern, als die Armut schuld daran, daß den Kleinen statt der nahrhaften aber teuren Milch die zweifelhafte Kaffeebrühe gereicht wird.

Unser Parteigenosse Paul Jahn ist gestern auf Antrag seines Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Herzfeld, aus der Untersuchungshaft entlassen worden, die aus Anlaß des bekannten Beleidigungsprozesses privater Natur am 3. April über ihn vom Schöffengericht verhängt worden war. Die Verhandlung vor der Berufungskammer wird am 22. Mai stattfinden.

Der heutige Himmelfahrtstag wird von der überfrommen „Germania" in einem wenig ästhetischen Festartikel begrüßt. Der Artikel hebt an:

„Die häßliche Raupe, die schwerfällig nach Futter kriecht, weiß nicht, daß sie noch einmal ein schöner Schmetterling werden soll, der sich leicht hinaufschwingt in den sonnigen Himmelsraum. Die Menschen kriechen auch hier am Boden des Jammer-

thals mühselig im Schmutz dahin. Aber wer gehört und geglaubt hat, der weiß, daß ihm die Verklärung und die Himmelfahrt beschieden sind. Tod und Grab sind nicht die Vernichtung, sondern vielmehr die Verpuppung."

Und so geht es am schönen Himmelfahrtstage erbaulich weiter durch Schmutz, Tod und Verpuppung.

Da gefällt uns der bekannte „Gesangbuchvers" weit besser, der denselben Gedanken in folgenden schönen Reimen ausdrückt:

Ich bin ein wahres Rabenaas,
Ein echter Sündenknüppel,
Der seine Sünden in sich fraß,
Als wie der Ruff' die Zwippel,
Herr Jesu, nimm mich Hund beim Ohr,
Wirf mir den Gnadenknochen vor,
Und schmeiß mich Sündenlümmel
In Deinen Gnadenhimmel.

Die Heilgehilfen-Ordnung ist infolge des Inkrafttretens des Gesetzes, betreffend die Dienststellung des Kreisarztes, vom 16. September 1899, in einigen Punkten abgeändert worden. Unsre Leser dürfte die neue Gebührenordnung interessieren. Sie besagt:

I. Allgemeine Verrichtungen. Die in nachstehenden Nummern bezeichneten Leistungen unterliegen folgenden Gebührensätzen: 1. Für jeden vom Arzte angeordneten oder von dem Kranken gewünschten Besuch, wofern nicht eine der Bestimmungen unter II. 1—16 einen höheren Satz ergiebt, je nach der Zeitdauer 1—5 M., jedoch nicht mehr als 1—2 M. für die Stunde am Tage und 2—4 M. in der Nacht und nicht weniger als 1 M. am Tage und 2 M. in der Nacht. 2. Für jede Beratung in der Wohnung des Heilgehilfen die Hälfte dieser Sätze. 3. Für Fuhrkosten steht den Heilgehilfen nur in nachweisbar eiligen Fällen, außerdem der Ersatz der thatsächlich verauslagten Kosten, bei Fahrten mit der Eisenbahn aber nur die der 3. und mittels Droschke nur die der 2. Klassen zu. 4. Im übrigen können die Fuhrkosten bei Bemessung der Forderung für allgemeine oder specielle Verrichtung in Betracht gezogen werden. 5. Sind mehrere zu einer Familie gehörende und in derselben Wohnung befindliche Kranke gleichzeitig zu behandeln, so ermäßigt sich der Gebührensatz für die zweite und jede folgende Person auf die Hälfte der Sätze zu 1 und 2.

II. Besondere Verrichtungen: 1. Ein Krankenbericht an den Arzt 1—2 M. 2. Assistenz bei der Obduktion einer Leiche 5—10 M. 3. Bemühungen bei Wiederbelebung eines Scheintoten 1—5 M. 4. Für einen Aderlaß am Arm 2—4 M. 5. Für das Ansetzen von 1 bis zu 6 trockenen Schröpfköpfen 1 M., für jeden darüber 10 Pf. 6. Für das Ansetzen bis zu 6 blutigen Schröpfköpfen inkl. der Desinfektion der Schröpfstellen 2—4 M., für jeden darüber 10 Pf. 7. Für das Setzen eines Haarseils oder einer Fontanelle 1—3 M. 8. Für das Ansetzen von 1 bis zu 6 Blutegel inkl. Bewachung und Blutstillung, exkl. tarifmäßigen Ersatzes der Blutegel 2 M., für jeden folgenden 10 Pf. 9. Für den Verband einer einfachen Wunde 1—3 M. 10. Für die Umwicklung eines oder beider Füße, des Ober- oder Unterschenkels 1—3 M. 11. Für die Extraktion eines Zahns oder einer Wurzel 1—2 M., für jeden folgenden Zahn bezw. Wurzel 75 Pf. 12. Für Hühneraugen- und Nageloperationen 1—3 M. 13. Für das Setzen eines Klystiers 1—3 M. 14. Für eine hydropathische Einwickelung 1—3 M. 15. Für die Leitung eines Bades 1—3 M. 16. Für eine Massage 1—4 M.

Außerdem erhalten sie auf ihren bei Vermeidung des Anspruchs binnen drei Monaten zu stellenden Antrag für jede durch ihre berufliche Thätigkeit (Wiederbelebungsversuche usw.) herbeigeführte Rettung aus Lebensgefahr, je nachdem ihre Thätigkeit Erfolg hatte oder nicht, 30 bezw. 15 M. aus der Staatskasse.

Ueber Anträge auf Erteilung der Erlaubnis zum Betrieb der Gastwirtschaft, zum Ausschank von Branntwein, Wein, Bier oder andren geistigen Getränken, sowie zum Kleinhandel mit Branntwein oder Spiritus ist, nach § 114 des Zuständigkeitsgesetzes, vor der Beschlußfassung des hierfür zuständigen Stadtausschusses zunächst die Gemeinde- und die Orts-Polizeibehörde zu hören. Dergleichen Anträge gelangen an die Gewerbedeputation des Magistrats, bei der sie durch einen Kommissar des Magistrats bearbeitet werden.

Während des Jahres 1899/1900 sind bei der Gewerbedeputation 7579 solcher Gesuche eingegangen, von denen 7345 mit Befürwortung und 69 mit Widerspruch des Magistratskommissars an den Stadtausschuß zurückgesandt wurden, während 165 Gesuche durch Zurücknahme seitens der Antragsteller bei der Gewerbedeputation ihre Erledigung fanden. Von den 69 Fällen, in denen der Magistratskommissar gegen die Erteilung der Konzession Widerspruch erhoben hat, wurden 23 durch Entscheidung des Stadtausschusses und 1 Fall durch den Bezirksausschuß zu Gunsten des Magistrats erledigt, während in 6 Fällen gegen den Widerspruch des Magistrats die Konzession erteilt wurde. — Gegen das Vorjahr, in dem sich die Zahl der Konzessionsgesuche auf 8045 belief, sind 466 Gesuche weniger eingegangen.

Zu dem Verbot der Beförderung von Glimmer-Postkarten, das der neue Staatssekretär des Reichs-Postamts vor einigen Tagen erlassen hat, schreibt man uns: „Das Verbot bedeutet die Vernichtung oder mindestens die nachhaltige Schädigung vieler kleinen Existenzen. Wohl jeder kennt die unter dem Namen Perl- und Glimmerkarten seit etwa zwei Jahren vorkommenden Ansichts-Postkarten, d. h. Karten, deren Bildschmuck mit glitzerndem Metall- oder Glasstaub noch besonders verziert ist. Die Zahl der Postkarten, die auf diese Weise verschönert werden, beläuft sich auf mindestens eine halbe Million pro Tag, was wohl für die Existenzberechtigung der Mode spricht. Herr Kraetke nun hat bei seiner Amtsübernahme nichts Wichtigeres zu thun, als solche Postkarten einfach vom Verkehr auszuschließen. Wären es nur große Fabriken, die dadurch in Verlust geraten, dann wäre der angerichtete Schaden vielleicht erträglich. Dem ist aber nicht so. Viele tausend armer Mädchen und Witwen sind es, die teils im Hause, teils in Arbeitsstuben lohnende Beschäftigung in dieser neuen Industrie gefunden hatten. Diese Armen in ihrem, mit den zunehmenden Mietspreisen immer härter werdenden Kampfe ums Dasein zu unterstützen, sollte eine Ehrenpflicht der Behörde sein. Seit Sonnabend aber sind alle diese alleinstehenden Frauen erwerbslos und viele Handwerker- und Arbeiterfamilien ohne den bisherigen Verdienst der erwachsenen Töchter."

So die Zuschrift. Das Verbot der seit zwei Jahren ungehindert zugelassenen Glimmer-Karten erfolgte, weil es vorgekommen sein soll, daß Beamte beim Abstempeln Verletzungen an der Hand erlitten.

Warnung. Seit längerer Zeit, besonders jetzt, gehen Reisende mit Bestellscheinen auf einen sogenannten „Frauenschutz" hausieren, der für den enormen Preis von 16 Mark auf Abzahlung angeboten wird. Es kann nur dringend gewarnt werden, solche Scheine zu unterschreiben. Hernach wird ein wertloses, kaum die Hälfte wertes, für viele Organismen geradezu höchst schädliches Zeug geliefert. Würden die Bestellerinnen sich statt solches Ding zu kaufen, direkt an einen Arzt wenden, so würden sie ihrem Geldbeutel und ihrer Gesundheit nützen.

Der umfangreiche Prozeß gegen die „Staatsbürger-Zeitung", der sich aus vielen Strafanträgen zusammensetzt, die von Personen, welche in der Konitzer Affaire irgend eine Rolle spielten, gestellt waren, dürfte in der ersten Hälfte des Monats Juni vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verhandlung kommen. Die Dauer dieses Prozesses, in welchem die Angeklagten von den Rechtsanwalten Dr. Hahn-Charlottenburg und Simons-Berlin verteidigt werden, ist nicht annähernd zu bestimmen, da außer über 100 Zeugen, die kommissarisch vernommen sind, eine große Anzahl Zeugen im Termin vernommen werden sollen.

Die „Töpfer". Das Ehepaar Alter hatte bis zum 1. März d. J. eine Gastwirtschaft in der Hirtenstraße und zog dann nach Weißensee, Königschaussee 40. Alter ist jetzt Straßenbahnfahrer und daher wenig zu Hause. Als nun seine Frau vor vier Wochen in ihre Heimat reiste, versteckte sie die Ersparnisse von 750 M. und ihre goldene Uhr mit Kette in einem Blechkästchen im Kachelofen der Hinterstube. Alters Schwiegervater, der bei den Leuten wohnt, wußte davon nichts, wohl aber müssen Spitzbuben es irgendwie erfahren haben. Vorgestern nachmittag erschienen bei dem alten Mann, der allein zu Hause war, zwei Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren, die ganz wie Töpfer aussahen, auch lehmbeschmutzte Schürzen trugen, um einmal nachzusehen, ob auch die Oefen „guten Zug" hätten. Da sie sagten, daß der Hauswirt sie geschickt habe, so ließ Alter sie gewähren. Die „Töpfer" schraubten nun die Ofenthür im Hinterzimmer auf und schickten dann den alten Mann in das Vorderzimmer, damit er dort dasselbe thue. Nach kurzer Zeit erklärten sie dem Alten, sie brauchten vorne erst gar nicht nachzusehen, da alles in Ordnung sei, und verabschiedeten sich. Als Alter abends nach Hause kam und vom Schwiegervater erfuhr, daß die Töpfer dagewesen seien und die Oefen nachgesehen hätten, machte er in banger Ahnung die Thür auf und fand seine Befürchtung bestätigt: das Kästchen mit dem Schatz war weg. Der Hauswirt hatte niemand geschickt, die „Töpfer" waren Gauner.

Unter dem Verdacht des Kindesmordes ist das 20 Jahre alte Dienstmädchen Anna Wischinski, das aus Danzig hierher kam und seit einem Monat bei dem Kaufmann B. in der Köpenickerstraße 44 in Stellung war, verhaftet worden. In der Kammer des Mädchens machte sich in den letzten Tagen ein Geruch bemerkbar, der immer stärker wurde und vom Kleiderkorb auszugehen schien. Von Frau B. zur Rede gestellt, gab das Mädchen an, daß es Mottenpulver gestreut habe. Bei der Dienstherrschaft aber bestärkte sich der Verdacht, daß das Mädchen etwas zu verheimlichen habe. Daher schickte sie es gestern zur Markthalle und durchsuchte dann den Korb. Hierbei machte sie eine schauerliche Entdeckung. In dem Korbe lag, in Papier eingewickelt und mit einem Rock bedeckt, die Leiche eines neugeborenen Knaben, die schon stark in Verwesung übergegangen war. Nach der Entdeckung versuchte das Mädchen, die Leiche zu verbrennen. Sie wurde aber daran gehindert und gestern nachmittag durch die Revierpolizei verhaftet und der Kriminalpolizei zugeführt. Die Verhaftete giebt zu, daß das Kind nach der schon am 4. d. M. erfolgten Geburt gelebt hat, bestreitet aber, es mit Vorsatz und Ueberlegung getötet zu haben. Sie habe es vielmehr, da sie nicht gewußt habe, was sie damit anfangen solle, zunächst liegen lassen. Da sei es dann bald gestorben, und nun habe sie die Leiche in ihrem Korbe verborgen, um sie bei günstiger Gelegenheit irgendwie zu beseitigen. Die kleine Leiche wurde zur Feststellung der Todesursache durch gerichtsärztliche Oeffnung beschlagnahmt.

Invaliden. Nach polizeilicher Mitteilung wurden im ersten Vierteljahr 1901 in Berlin 388 Droschken- und 41 Omnibuspferde dem Verkehr entzogen. Von den Droschkenpferden gehörten 285 zu Droschken erster und 103 zu Droschken zweiter Klasse. Von den Omnibuspferden gehörten 23 der Neuen Berliner Omnibusgesellschaft und 11 der Allgemeinen Omnibusgesellschaft. Nach einiger Zeit wurden 42 Droschken- und 14 Omnibuspferde wieder in den Betrieb eingestellt.

Bei der Arbeit abgefaßt wurden heute früh zwei Einbrecher in dem Kaufhaus Hohenzollern in der Leipzigerstraße. Eine Kriminalpatrouille sah in der Leipzigerstraße zwei alte Zuchthäusler Riemer und Pollaschewski, die beide schon an die 20 Jahre hinter schwedischen Gardinen zugebracht haben und erst vor kurzer Zeit aus Sonnenburg entlassen wurden, in verdächtiger Weise sich herumtreiben. Besonders hatten die alten Sünder das Kaufhaus Hohenzollern ins Auge gefaßt. Schließlich fanden sie auch eine Gelegenheit, hineinzukommen. Man ließ sie eine Weile gewähren, dann folgten ihnen zwei Mann von der Patrouille und überraschten sie bei dem Versuche, in den Keller einzubrechen. Als sie merkten, daß sie Kriminalbeamten gegenüber standen und erkannt waren, gaben die Verbrecher klein bei und ließen sich abführen. Sie hatten eine Menge der besten Einbruchswerkzeuge bei sich.

Mit beispielloser Unverfrorenheit arbeitete ein Einbrecher, der in der gestrigen Nacht dem Schlächtermeister Lauterbach, Blumenstraße 69, einen Besuch abstattete. Der Dieb drang vom Korridor aus in die Wohnung und mußte, um den Laden zu erreichen, das Schlafzimmer des Schlächtermeisters durchschreiten. Er nahm bei dieser Gelegenheit die auf dem Nachttisch liegende Taschenuhr des Herrn L. an sich und erreichte dann unbemerkt den Geschäftsraum, wo er versuchte, die geschlossene Ladenkasse zu erbrechen. In diesem Moment erwachte der Fleischermeister, zündete schnell ein Licht an und begab sich nach dem Laden. Der Einbrecher, ein junger Mensch, der eine 60 Centimeter lange Brechstange in der Hand hatte, sah den Rückweg abgeschnitten, zertrümmerte mit dem schweren Eisen die Schaufensterscheibe und sprang durch die so geschaffene Oeffnung auf die Straße. Herr L. schlug Alarm, trotzdem gelang es dem Dieb, zu entkommen. Die geraubte Taschenuhr führte er mit sich, doch hatte er das Brecheisen zurückgelassen, welches der Polizei übergeben wurde.

Einer der verwegensten Verbrecher Berlins ist jetzt von den Wiener Gerichtsärzten für geisteskrank erklärt worden. Es handelt sich um den 29jährigen Schneidergesellen Paul v. Sellin, auch Paul Reichert genannt, dessen Specialität Einbrüche in Schulen und Amtslokalitäten waren. Er hat noch 17½ Jahre Zuchthaus zu verbüßen und wird von den Staatsanwaltschaften zu Berlin, München, Köln a. Rh. und Würzburg steckbrieflich verfolgt; er ist ferner aus den Irrenanstalten in Berlin, Bonn und Wien entsprungen, und erst nach Monaten gelang es der Gendarmerie in Salzburg, den gefährlichen Burschen dort wieder zu ergreifen. Er wurde nach Verübung zahlreicher Einbrüche in Wien unter Anklage gestellt und jetzt von den dortigen Gerichtsärzten als unheilbar geisteskrank erklärt und außer Verfolgung gesetzt, doch hat man ihn, seiner Gemeingefährlichkeit halber, einstweilen in Haft behalten und zuvor bei den Berliner Behörden angefragt, welcher Anstalt der geisteskranke Verbrecher zugeführt werden soll.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen erfolgte gestern, Mittwochmittag, an der Ecke der Invaliden- und Ackerstraße. Von einem Straßenbahnzuge der Linie Müllerstraße—Winterfeldtplatz sprang der Sommer-Anhängewagen, als der Zug die Kurve von der Ackerstraße nach der Invalidenstraße passierte, aus dem Geleise und brach links nach dem Gegengeleise hinüber, auf welchem ein Motorwaggon aus der entgegengesetzten Richtung herangesaust kam. Dieser fuhr mit solcher Gewalt gegen den Anhängewagen, daß die Vorderplattform beider Waggons eingedrückt, das Schutzblech zertrümmert und die Holzwände zersplittert wurden. Durch den heftigen Stoß wurden die Passagiere von ihren Sitzen geschleudert, kamen jedoch, abgesehen von leichten Verletzungen, welche einige der Fahrgäste erlitten, mit dem Schrecken davon. Die beiden Wagen mußten natürlich sofort außer Betrieb gesetzt werden.

Von seinem eignen Wagen überfahren wurde gestern abend um 10 Uhr der 47 Jahre alte Droschkenkutscher Julius Busch aus der Liesenstraße Nr. 12. Busch hielt an der Ecke der Kronen- und Friedrichstraße. Als dort nun eine eiserne Rollade mit großem Geräusch heruntergelassen wurde, scheute sein Pferd und ging in die Friedrichstraße hinein durch. Busch versuchte, es zu halten, wurde ein Stück Weges geschleift und dann überfahren. Er zog sich einen Unterschenkelbruch zu und mußte von der Unfallstation in der Kronenstraße mit einem Koppschen Rettungswagen in ein Krankenhaus gebracht werden.

Mittelfeuer entstand Mittwochnachmittag in der Mendelssohnstraße 2 und verursachte eine große Bestürzung unter dem zahlreich dort beschäftigten Fabrikpersonale. Die Karton- und Musterkartenfabrik von Süß und Herrmann hat ihre Arbeitsräume in den oberen Etagen der Seitenflügel und des Quergebäudes, während die Bodenräume zu Lagerzwecken benutzt werden. Auf noch unaufgeklärte Weise war nun im Dachboden des Quergebäudes Feuer ausgekommen, das sich mit unheimlicher Schnelligkeit über beide Seitenflügel bis zum Vorderhause verbreitete und die oberen Etagen derart verqualmte, daß die dort beschäftigten Arbeiterinnen schleunigst sich in Sicherheit bringen mußten. Zur Verbreitung des Brandes trug neben der Unmasse der dort aufgestapelten Kartons noch der Umstand bei, daß die Böden sämtlicher Gebäudeteile rundum zusammenhängen. Der Feuerwehr erwuchs insofern eine schwere Aufgabe, als sie sich mühsam zwischen den glimmenden Kartonbergen einen Weg bahnen mußte, wobei sie durch den erstickenden Qualm hart mitgenommen wurde. Während aber ein Löschangriff über die Treppen des Quergebäudes, des einzigen Zugangs zum Dachboden, vorgenommen wurde, wurde das Feuer gleichzeitig auch von der Straße aus über zwei mechanische Leitern hinweg bekämpft. Nach 1½stündiger Arbeit war die Gefahr beseitigt, doch zogen sich die Aufräumungsarbeiten noch stundenlang hin. Der verursachte Haus- und Materialschaden ist beträchtlich. — Auf dem Wege zur Brandstelle erlitt die Handdruckspritze 17 in der Königstraße einen Radbruch.

Wohlthätigkeits-Veranstaltung. Am Sonnabend, den 18. Mai 1901 findet in den Alhambra-Festsälen, Wallner Theaterstraße 15, abends 9 Uhr, für die Witwe des im Liebknechtschen Trauerzuge verstorbenen Bildhauers Theodor Kohl eine Wohlthätigkeits-Vorstellung (Gesang, Theater und Tanzkränzchen) statt. Zur Aufführung gelangt das Stettenheimsche Stück „Die letzte Fahrt", in dem Angehörige des Verstorbenen mitwirken werden. Außerdem haben ihre Mitwirkung zugesagt: Bläserchor Harmonia, Theatergesellschaft Tornow, Gesangverein Liederklänge und namhafte Solokräfte. Billets (inkl. Tanz a 50 Pf.) sind in den mit Plakaten belegten Geschäften in der Nähe des Lokals sowie bei den Mitwirkenden am Abend zu haben.

Im Theater der Urania hält morgen (Freitag) Herr Franz Görke seinen Vortrag „Malerische Wanderungen durch die Mark Brandenburg" in wesentlich erweiterter Form zum erstenmale. Viele der schönsten Projektionsbilder nach eigenen Aufnahmen werden uns die Schönheiten unsrer engeren Heimat vor Augen führen. Am Sonnabend findet noch eine Aufführung des dekorativen Vortrags „Unser Rhein" statt.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Wohnungsdeputation war am Mittwoch nach längerer Zeit wieder einmal zusammen. Zunächst gab der Vertreter des Magistrats eine Uebersicht über die Gestaltung der Wohnungsverhältnisse in Rixdorf. Infolge der im Oktober vorigen Jahrs akut gewordenen Wohnungsnot, die sich im April dieses Jahrs noch verschärft hatte, mußten eine größere Anzahl Personen im Armenhause und später auch im Waisenhause, sowie in der alten Straßenreinigungs-Anstalt untergebracht werden. Außer 91 andren Insassen des Armenhauses befanden sich am 10. April in den drei Anstalten 41 Familien mit 208 Köpfen, sowie 13 Einzelpersonen, welche wegen der Wohnungsnot Unterkunft fanden. Diese Wohnungslosen haben sich bis jetzt nur um 14 Köpfe (drei Familien) vermindert. Der Abgang war zwar ein etwas größerer, es kamen aber wieder andre hinzu. — Im Laufe der Debatte wurde die Notwendigkeit festgestellt, für alle Fälle Vorkehrungen zur weiteren Unterbringung von Wohnungslosen zu treffen. Vertreter der großen Mehrheit brachten folgenden Antrag ein:

„Die Deputation empfiehlt der Stadtverordneten-Versammlung, behufs Schaffung eines gemischten Unterbringungssystems zu beschließen, daß die auf der Straßenreinigungs-Anstalt noch zur Verfügung stehenden, zur Zeit noch nicht benutzten Räume durch bauliche Herstellung zu Wohnräumen, und zwar zu Massenquartieren, hergerichtet und daß die sonst noch notwendig erscheinenden Räume auf demselben Grundstück, und zwar ebenfalls für Massenquartiere errichtet werden. Ferner möge die Stadtverordneten-Versammlung die Wohnungsdeputation beauftragen, über die Art und den Umfang der baulichen Herstellungen selbständig zu beschließen."

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der beiden socialdemokratischen Vertreter angenommen. Letztere konnten sich nicht für die Massenquartiere begeistern, weil nach Absicht der Mehrheit event. Familien auseinandergerissen werden sollen, während unsre Genossen nur eine Massenunterbringung familienloser Einzelpersonen zulassen wollten.

Folgende Anträge des Stadtv. Wach (Soc.), wovon der zweite als Eventualantrag gedacht ist, standen dann zur Beratung:

I. „Der Vorstand wird um eine Vorlage ersucht, durch welche die Errichtung von gesunden und billigen kleinen Wohnungen durch die Stadt schleunigst in die Wege geleitet wird. Die Höhe der Miete ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des für die Herstellung der Gebäude aufgewandten Kapitals, die aus der Instandhaltung der Häuser entstehenden Aufwendungen sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden. Die erforderlichen Mittel sind durch Anleihe zu beschaffen." — II. „Der Magistrat wird ersucht, mit gemeinnützigen Baugesellschaften und gemeinnützigen Aktiengesellschaften für die Herstellung gesunder kleiner Wohnungen in Verbindung zu treten und die Modalitäten festzusetzen, wie durch Unterstützung seitens der Stadt kleine Wohnungen in erheblicher Anzahl durch jene Genossenschaften hergestellt werden können. Die Höhe der Mieten ist so zu bemessen, daß nur die Verzinsung und Amortisation des aufgewendeten Kapitals, die aus der Instandhaltung usw. entstehenden Aufwendungen, sowie die Verwaltungskosten in Anrechnung gebracht werden. Die Mittel sind durch Anleihe zu beschaffen."

Nachdem Wach die Anträge begründet hatte, entspann sich eine kurze Debatte, in der alle Redner sich gegen ihn und seine Anträge wandten. Außer manchen andern, zum teil recht kuriosen Gründen, machte man geltend, daß die Bauthätigkeit eine bessere geworden sei und man schon deshalb keinen Grund habe, den Anträgen näher zu treten. Nach einigen Erwiderungen des Antragstellers beschloß die Deputation gegen die beiden socialistischen Stimmen, der Stadtverordneten-Versammlung zu empfehlen, über die beiden Anträge zur Tagesordnung überzugehen.

Neu-Weißensee. Die vielen Beschwerden über die Unzulänglichkeit des Rieselsystems hatten dazu geführt, daß die Gemeindevertretung nach Mitteln zur Abhilfe sich umsah. Als solches wurde die Einrichtung eines Klärsystems in Vorschlag gebracht. Um sicher zu gehen, daß die Regierung, welche ebenfalls schon Abstellung der Mißstände verlangt hatte, dieser geplanten Neueinrichtung keine Schwierigkeiten machen werde, wurde von der Gemeinde um die Genehmigung nachgesucht. Dieser Tage wurde von verschiedenen Geheimräten eine Lokalbesichtigung der Pumpstation sowie der Abflußgräben vorgenommen. Bei dieser Gelegenheit wurde von einem Ingenieur ein schon in England eingeführtes, für Deutschland aber neues System zur Klärung der Abwässer erläutert. Der Gemeinde wurde ferner die Erwerbung des Weißen Sees vorgeschlagen. Der Zustand, daß die Abwässer der Gemeinde in den See geleitet werden, sowie die Thatsache, daß dieser drei verschiedenen Eigentümern gehöre, sei auf die Dauer unhaltbar und gebe begründeten Anlaß zu immerwährenden Beschwerden.

In der Frage, ob Lichtenberg Stadt werden soll, ist nunmehr die Regierung an die Gemeindevertretung mit dem Ersuchen herangetreten, ihr Mitteilungen zugehen zu lassen, welche über die kommunalen Verhältnisse des Ortes, besonders über bestehende oder für die nächste Zeit in Aussicht genommene Verkehrs- und Wohlfahrtseinrichtungen ein Bild ergeben. In der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung wird eine Kommission gewählt werden, welche über die beim Ausscheiden aus dem Kreise zu zahlende Abfindungssumme mit dem Landrat verhandeln soll.

Lichtenberg. Auch unser Ort feiert sein Feuerwehr-Fest. Der „Verein freiwillige Feuerwehr" besteht nämlich nächstens 25 Jahre, und da will man drei Tage feiern. Der Gemeindesäckel soll in Anspruch für das Fest genommen werden, weil die meisten Mitglieder des Vereins den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung angehören.

Das kürzlich angenommene Ortsstatut über die Errichtung einer Schulkommission ist von der Regierung nicht genehmigt worden.

Eine Gesundheitskommission verlangt der Kreis-Landrat für den Ort. Diese soll als „kollegiales Hilfsorgan", ge-

wählt von den Selbstverwaltungskörpern, auch staatliche Aufgaben erfüllen. Auf dem Gebiet des Wohnungswesens, der Wasserversorgung, des öffentlichen Badewesens, des Schulwesens sowie der Kontrolle im Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln ersteht für diese Kommission eine vielseitige Thätigkeit.

Mit der Arbeitswilligkeit mancher bürgerlicher Gemeindevertreter scheint es nicht weit her zu sein. Zu der für den letzten Dienstag angesetzten Sitzung des Kuratoriums für Gas- und Wasserversorgung war außer dem Gemeindevorsteher und dem als Dezernenten anwesenden Schöffen nicht ein einziges der bürgerlichen Mitglieder erschienen, so daß die genannten Herren im Verein mit unserm Genossen Grauer die unaufschiebbare Tagesordnung allein erledigen mußten.

Einer Blutthat ist in Potsdam der 23jährige Bäckergeselle Paul Tinsmann zum Opfer gefallen. T., der von Berlin nach Potsdam zugereist war und eine Gastwirtschaft in der Brandenburger Kommunikation besucht hatte, verließ das Lokal gegen 10 Uhr abends. Nach wenigen Minuten kehrte er jedoch zurück und brach mit dem Rufe: „Ich bin gestochen", in dem Restaurant zusammen. Ihm war durch einen Messerstich der Unterleib aufgeschnitten, so daß die Eingeweide heraustraten. Der Schwerverletzte, der von einem unbekannten Manne überfallen worden war, wurde nach dem Stadt-Krankenhause gebracht und ist hier seinen schweren Verletzungen erlegen. Von dem Thäter fehlt jegliche Spur.

Ein schwerer Unfall ist am Montag auf der Havel in Spandau dem Sterndampfer „Prinz Oskar" zugestoßen. Er war von Berlin gekommen, um sich nach Wannsee zu begeben, wo er eine größere Gesellschaft aufnehmen sollte. Der Schiffsführer, nicht vertraut mit der für die Schiffahrt gefährlichen Bauart der Spandauer Eisenbahnbrücken, gedachte unter der nicht geöffneten Drehbrücke der Lehrter Eisenbahn ungefährdet hindurchkommen zu können. Er hatte indessen die Brückenhöhe überschätzt und stieß mit Kommandobrücke und Steuerruder heftig gegen den eisernen Brückenträger. Das Verdeck des Dampfers wurde dabei gänzlich zertrümmert; das schwer beschädigte Schiff war zur Weiterfahrt untauglich und mußte vor Anker gehen. Die baulichen Zustände der Spandauer Eisenbahnbrücken haben den Schiffahrttreibenden schon seit vielen Jahren Anlaß zu Beschwerden gegeben. Eine Aenderung ist nur möglich durch den gänzlichen Umbau der Spandauer Bahnhofsanlagen. — Auf der oberen Havel bei Saatwinkel ist auf Anordnung der Strompolizei ein in Brand geratener Kohlenkahn in den Grund gebohrt worden. Das Fahrzeug war mit frisch aus der Fabrik gelieferten Preßkohlen beladen, von Zerpenschleuse her durch Berlin gekommen und hatte den Spandauer Schiffahrtskanal eben verlassen, als aus der Ladung Rauch hervordrang. Der Kahn ging alsbald vor Anker, und die Mannschaft begann die Löschungsarbeiten, da sich zeigte, daß die Preßkohlen infolge Selbstentzündung zugleich an mehreren Stellen brannten. Trotz der größten Anstrengung der Bemannung und hinzugezogener Hilfskräfte war das Feuer indeß nicht mehr zu bewältigen; am folgenden Morgen glich das ganze Fahrzeug mit der Ladung einer einzigen glühenden Masse: die Mannschaft hatte mit ihren Habseligkeiten den brennenden Kahn bereits verlassen. Nun ordnete die Strompolizei an, daß er aus dem Bereich der Schiffahrtsstraße nach einer abseits gelegenen Stelle der Havel, nach dem Ufer des Marienwerders, geschleppt werde. Hier wurde er von dem dazu herbeigeholten Dampfer „Ziethen" mehrmals angerannt, worauf das lichterloh brennende Fahrzeug in den Fluten versank. Nachdem so der Brand gelöscht worden war, begann man sofort mit den Hebungsarbeiten. Das Fahrzeug sollte mit der Ladung nach einer Fabrik am Finowkanal fahren.

Ein Fahrradmarder, der sein Geschäft im großen betreibt, wurde in Steglitz entlarvt. In der Heesestraße dort war in der Nacht zum Dienstag bei einem Gastwirt ein größerer Einbruch verübt worden. Ein wertvolles Fahrrad und beträchtliche Mengen Cigarren, Wein, Cognac usw. bildeten die Beute des Diebs. Dieser wurde von der Steglitzer Polizei alsbald in der Person des mehrfach vorbestraften Emil Gebauer ermittelt und verhaftet. Bei der Haussuchung fand man nun auf dem Boden ein ganzes Lager von Fahrrädern, zum Teil schon auseinander genommen vor, die Gebauer seit geraumer Zeit in verschiedenen Vororten gestohlen hat.

Marktpreise von Berlin am 14. Mai 1901

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

†) Weizen, gut	D.-Ctr.	17,40	17,34	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,—	5,—
„ mittel	„	17,28	17,22	Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20
„ gering	„	17,16	17,10	do. Bauch	„	1,30	1,—
†) Roggen, gut	„	14,50	14,48	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	14,46	14,44	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
„ gering	„	14,42	14,40	Hammelfleisch	„	1,60	1,—
*) Gerste, gut	„	16,—	15,—	Butter	„	2,60	2,—
„ mittel	„	14,00	13,50	Eier	60 Stück	3,60	2,40
„ gering	„	13,80	12,90	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
*) Hafer, gut	„	16,20	15,60	Aale	„	2,80	1,20
„ mittel	„	15,50	14,90	Zander	„	2,60	1,20
„ gering	„	14,80	14,20	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	7,16	6,50	Barsche	„	1,60	0,80
Heu	„	8,—	5,70	Schleie	„	2,80	1,20
Erbsen	„	40,—	25,—	Bleie	„	1,20	0,60
Speisebohnen	„	45,—	20,—	Krebse	per Schock	16,—	3,—
Linsen	„	70,—	25,—				

†) ab Bahn frei Mühle.
*) frei Wagen und ab Bahn.

Produktenmarkt vom 15. Mai. Der Getreidemarkt verkehrte in schwacher Haltung. Weizen und Roggen waren 0,50 M. billiger zu haben. Zu den ermäßigten Preisen fand Roggen anfänglich besseren Absatz an die Mühlen, da die Saatenstandsklagen sich neuerdings auch in Bezug auf diesen Artikel verschärfen. Nach Erledigung der Orders wurde der Verkehr sehr still. Ueber neunenswerte Warenofferten wurde nichts bekannt. Mehl lag ruhig, 5 Pf. schwächer. Hafer und Mais waren still, eher schwächer infolge von schlechtem Absatz und matten amerikanischen Notierungen. Rüböl notierte bei belanglosem Handel unwesentlich höher.

Spiritus unverändert, 70er loco 44,30 M. — Schluß für Getreide auf mattes Liverpool noch etwas abgeschwächt.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 15. Mai 1901. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf standen: 552 Rinder, 3288 Kälber, 723 Schafe, 11 332 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Ochsen: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwerts, höchstens 7 Jahre alt 00—00, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 00—00; c) mäßig genährte junge und gut genährte ältere 00—00; d) gering genährte jeden Alters 00—00. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwerts 00—00; b) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 00—00; c) gering genährte 49—52. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwerts 00—00; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren 00—00; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 00—00; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 44—46; e) gering genährte Kühe und Färsen 39—42. — Kälber: a) feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 75—77, b) mittlere Mast- und gute Saugkälber 64—68, c) geringe Saugkälber 58—62, d) ältere, gering genährte (Fresser) 40—47. — Schafe: a) Mastlämmer und jüngere Masthammel 60—63, b) ältere Masthammel 51—58, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 47—50, d) Holsteiner Niederungsschafe (Lebendgewicht) 00—00. — Schweine: a) vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1¼ Jahren 220—280 Pfund schwer 52—53; b) schwere, 280 Pfund und darüber (Käser) 00—00; c) fleischige 50—51; d) gering entwickelte 47—49; e) Sauen 46—47. Für 100 Pfund mit 20 pCt. Tara.

Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 200 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich anfangs ziemlich glatt, verflaute dann aber zum Schluß ein wenig. Bei den Schafen fanden ungefähr 200 Stück Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird kaum ganz geräumt. Fette Ware war vernachlässigt.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.

J. 14. Wenden Sie sich an P. M. Grempe, Schöneberg, Tempelhoferstraße 16.

P. B. Diese Bäder werden Sie in jeder besseren Bade-Anstalt bekommen.

Köthen. Sie meinen wahrscheinlich das jetzt in den Besitz der Stadt Berlin übergegangene Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus, Reinickendorferstr. 32. Wir glauben nicht, daß in Ihrem Falle eine unentgeltliche Aufnahme möglich ist, wenden Sie sich aber immerhin an die Direktion.

Zinzendorfstraße. Hammerstein hat seine Strafe voll verbüßt.

B. F. 21. Die „Cimbria" ist unsres Wissens 1875 untergegangen.

P. B. Beantragen Sie, Ihnen die Ihnen zustehende Rente zu bewilligen. Der Antrag ist an den Vorstand der Holzberufsgenossenschaft zu richten. — **E. L.** 1. Bestimmte gesetzlich fixierte Sätze giebt es nicht. 18 bis 25 M. monatlich gelten als angemessen. 2. Das ist gleichgültig. 3. Alimente für uneheliche Kinder, die nach dem 31. Dezember 1899 geboren sind, sind bis zu deren vollendetem 16. Lebensjahr zu zahlen. 4. Etwa 10—15 M. monatlich. — **B. Gesper.** Falls keine Einigkeit vorhanden, ist der von Ihnen geplante Weg undurchführbar. Schicken Sie das Statut ein, damit Ihnen mitgeteilt werden kann, ob und welche Statutenänderungen das Ziel erreichen können. — **G. Schwarz.** Sie schreiben an das Gericht: „Ich beantrage, mir zwei Ausfertigungen des Vergleichs vom 4. Januar, eine mit Vollstreckungsklausel, zu erteilen" und übergeben diese dann dem Gerichtsvollzieher zur Zwangsvollstreckung. — **W. K., Lausitzerstraße.** 1. Nein. 2. Nein. 3. Der Schuldner haftet weiter; die Verjährungsfristen richten sich nach der Art der entstandenen Forderungen (Darlehn, Kauf usw.). 4. Nein. —

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau **Franziska Zehner** geb. **Kaak** am 14. d. M. an der Proletarierkrankheit verstorben. Die Beerdigung findet Sonnabendnachmittag 4 Uhr, Leichenhalle Andreas-Friedhof statt.

13425) **Martin Zehner.**

Deutscher Buchbinder-Verband.

(Zahlstelle Berlin)

Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß unser Kollege, der Kartonarbeiter 24/16

Hugo Friedrich

am Sonntag früh plötzlich verstorben ist. Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Emil Lohe

nach langem Leiden am 13. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Donnerstagnachmittag 5 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs der Markus-Gemeinde in Wilhelmsberg aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

81/14 **Die Ortsverwaltung.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler ꝛc.

Oertliche Verwaltung Berlin B.

Sonntag, den 19. Mai 1901, vormittags präc. 8½ Uhr,

Mitglieder-Versammlung

bei **Möhring,** Admiralstraße 18c.

Tages-Ordnung:

1. Anträge zur Abänderung des Statuts. 2. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung in Frankfurt a. M. 3. Verschiedenes.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

181/5 **Die Ortsverwaltung.**

Mitgliedsbuch legitimiert.

Oeffentliche Versammlung.

Am **Freitag, den 17. Mai cr.,** abends 8½ Uhr, findet in **Grewolds Gesellschaftshause** in **Charlottenburg,** Berlinerstraße Nr. 101, eine öffentliche, vom Vorstande der Allgemeinen Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs einberufene Versammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Stellungnahme der Kassenmitglieder und Arbeitgeber zu dem Kassenstreit mit den Apothekenbesitzern; Referent: Herr prakt. Arzt Dr. med. Kurt Freudenberg, Vertrauensarzt der Kontrollkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte;

2. Diskussion;

wozu die Mitglieder und Arbeitgeber sämtlicher Orts-, Innungs- und Betriebs-Krankenkassen sowie der freien Hilfskassen und sonstige Interessenten eingeladen werden.

Charlottenburg, den 13. Mai 1901.

Der Einberufer:

Wilhelm Sabor,

Vorsitzender d. Allgem. Orts-Krankenk.

Destillation und Bierlokal

Paul Kabelich, i. B.: **W. Gassmann,**

Grünthalerstr. 68, Ecke Badstraße.

ff. Weißbier. Vereinsz. Fernspr.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Morgen, Freitag, abends 8¼ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Sitzung der Orts-Verwaltung.

Achtung! Drechsler. Achtung!

Sonntag, den 19. Mai, nachmittags 5½ Uhr, bei Neumann (Kleiner Volksgarten), Brunnenstr. 150:

Bezirks-Branchenversammlung mit Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Fräulein **Vogel** über: Die Stellung der Frau zur Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Um rege Beteiligung aller Kollegen und Frauen ersucht

82/12 **Die Kommission.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engelufer 15, Zimmer 1—5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonnabend, den 18. Mai, abends 8½ Uhr, bei **Dicke, Ackerstraße 123:**

Versammlung

der **Maschinenarbeiter, als Hobler, Bohrer, Fräser, Stoßer** ꝛc.

Sonntag, den 19. Mai, vormittags 10 Uhr, im **„Gewerkschaftshaus", Engel-Ufer 15 (Saal I):**

Versammlung der Klempner.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn **Dr. Steiner** über: „Die Entwicklung der socialen Bewegung in den 40er Jahren." 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Zu dieser Versammlung sind besonders eingeladen die Kollegen der Firmen **Bertuch, Weber u. Cie. und Mulack.**

115/3 **Die Ortsverwaltung.**

Achtung, Goldschnittmacher!

Morgen, Freitag, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung der Goldschnittmacher Berlins.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen **Pitacco** über: **„Das Männer-Monopol".** 2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet 24/15

Der Vertrauensmann.

Fachverein der Holz- u. Bretterträger sowie Brettschneider Berlins u. Umg.

Sonntag, 19. Mai, vormittags 10½ Uhr, im Königstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl eines neuen Vorstands. 2. Unsre heutigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. 3. Verschiedenes. 84/30

Zahlreicher Besuch ist erwünscht **Der Vorstand.**

Die **Billets zur Dampferpartie** können in Empfang genommen werden.

Keine Ladenmiete, kein Personal, keine Geschäftsunkosten! Verkaufslokal nur 1 Treppe!

Besonders günstiger Gelegenheitskauf!

Umhänge, Capes, Flchus, Kostüme, Tailor made-Arbeit, Reste Gardinen, 1—4 Fenster, **abgepasste Gardinen, Stores, Waschstoffe, Organdis, Rips Pique, Satin, Mousseline de lain, Kattun,** garantiert waschecht, enorm billig.

Herren-Anzüge, gut sitzend, vorzüglicher Stoff, so lange der Vorrat reicht, Anzug 16,50 M. — **Knaben-Wasch-Anzüge** von 1,80 M. an. **Waschhosen** 90 Pf.

Special-Reste-Geschäft

Charlottenburg, Dankelmannstraße 54a, 1 Treppe.

Centralverband der Maurer

Berlins und Umgegend

Allen im Vertragsgebiet Berlin und Umgegend arbeitenden Verbandskollegen zur Nachricht, daß laut Beschluß der letzten Generalversammlung der Beitrag zum Streikfonds sich von dieser Woche ab von 25 auf **50** Pf. erhöht. Dieser erhöhte Beitrag wird zum erstenmale am Sonnabend, den 18. Mai gezahlt.

Die Verbandsleitung.

Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, den 18. Mai, abends 8½ Uhr, bei Herrn Lipke, Melchiorstr. 15: 198/19

Versammlung.

T.-O.: Vortrag. Abrechnung vom Uraniabesuch. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. — Gäste haben Zutritt.

Regen Besuch sieht entgegen **Der Vorstand.**

Achtung! Bauanschläger.

Freitagabend 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal IV):

Ausserordentl. General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung zwecks Gründung eines Fonds zur Arbeitslosen-Unterstützung. 2. Tarifberatung. 3. Verschiedenes. 33/6

Herren-Vortrag

Carl Bruckhoff, Friedrichstr. 10, über: Sogenannte unheilbare Männerleiden. 13335

Freitag, 17. Mai, abends ½9 Uhr, Alten Dessauer Artilleriestr. 32.

Nur Herren! Eintritt frei! Keine Tellersammlung!

Görbersdorfer.

Morgensprache am Sonntag, den 19. Mai, vormittags 9 Uhr, im Lokal des Herrn **Schulz, Grenadierstr. 33.** 13335

Central-Haus für Herren- u. Knaben-Garderoben

Charlottenburg, 45 Wilmersdorferstr. 45.

Auf Wunsch Teilzahlung.

Kinderwagen-Bazar „Baby".

1. Invalidenstr. 160.
2. Oranienstr. 31.
3. Belle-Alliancestrasse 107, am Blücherplatz.
4. Gr. Frankfurterstrasse 115.
5. Brunnenstr. 92.
6. Reinickendorferstrasse 2d-e.
7. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 55.

9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-60 Mk. **8, 15-100 Mk.**

Riesenauswahl. **Teilzahlung gestattet.** [1561L*

Bei grösseren Raten Cassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorschussvereins.

Urania

beste, feinste Marke. Billige Preise.

Wiederverkäufer gesucht. Urania-Fahrrad-Fabrik, Kottbus.

Max Brinner,

Jerusalemerstr. 42 Brunnenstr. 6.

Großartige Auswahl von Kinder-Sport- und Puppenwagen, Kinderbettstellen, best. Fabrikat, billigst.

Teilzahlung gestattet.

Künstliche Zähne

ohne Wurzel-Entfernung! Garantiert schmerzlos! Zahn- u. Wurzelperat., Plomben etc. langjährige Garantie. Probesitzung Woche 1 Mark.

Bruno Steffens, Neanderst. 21

Herren-Anzüge

u. Paletots, eleg. Ausführung, auch nach Mah., geg. Kasse u. Teilzahlung.

J. Kurzberg, Landsbergerstr. 13, part., kein Laden.

Freitag, den 17. Mai, ½9 Uhr abends, im Restaurant Oranienstr. 36:

Herren-Vortrag von **Max Canitz:**

Männerleiden

u. die traurigen Folgen medizin. Kuren.

NB. Sprechstunden (Kranke jeder Art nur Münzstr. 29 I. 9—10, 3—4, 7—8 Uhr.

Haben Sie Wanzen, Schwaben oder sonstiges **Ungeziefer,**

so werfen Sie nicht Geld fort für nutzlose Pulver u. Tinkturen. **Noa's unerreichte Specialmittel** befreien Sie sicher und schnell von dieser Plage. Preis p. Port. 50, 1, 1,75 u. 3,— Mk. Einzig und allein nur **echt** beim Erfinder und Fabrikanten

Max Noa,

Berlin N., Reinickendorferstraße 48.

Alle Wanzen

sterben sofort nebst Brut durch meinen Wanzentod. Fl. 0,50 u. 1 M. **Schwaben, Russen, Flöhe** ꝛc. werden durch mein Pulver vollständig vernichtet. Schtl. 30 Pf., 60 Pf., 1 M.

1000 Mark Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Zahlreiche Anerkennungen. Nur allein echt bei

Hugo Barth, Drogerie, Brunnenstr. 18, Ecke Veteranenstr.

Charlottenburg.

M. Schmerberg [12492*

Wilmersdorfer-Strasse 127, Uhrmacher und Goldarbeiter.

Großes Lager von **Uhren und Goldwaren** zu äußerst billigen Preisen. Optische Artikel. Ohrlöcher werden schmerzlos gestochen

30 Mark elegante Herren-Anzüge nach Mass. **30 Mark** hochfeine **Sommer-Paletots** nach Mass.

Für **10** Mark hochelegante Beinkleider nach Mass, [1461L*

guter Stoff, tadelloser Sitz!

14 Krausen-Strasse 14,

1 Tr. Kein Laden. 1 Tr.

Möbelstoffe!

auch Reste alle Qualit. selten billig! Gelegenheitskauf:

Moequett-Plüsche 5,35 M.

per Meter (130 Centimeter breit). Muster bei näher. Angabe franco.

Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstr. 158.

Zahn-Klinik, Preise beliebige Teilzahlung.

Olga Jacobson, Invalidenstrasse 145

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Versammlungen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend hielt am Dienstag bei Keller, Koppenstraße, eine gut besuchte Generalversammlung ab, mit der Tagesordnung: Die Handlungsweise der hiesigen Verbandsleitung, betreffend den Arbeitsvertrag für das Maurergewerbe und Stellungnahme dazu. Der Referent Fr. Kater erinnerte an die verschiedenen Organisations-Streitigkeiten in den verflossenen Jahren und führte an, daß der Verband beständig bestrebt war, die lokale Organisation zu vernichten, und daß er sogar während des Kampfs mit den Unternehmern allerlei Mittelchen versucht habe, um den Verein zu schädigen. Zweifellos habe sich die Verbandsleitung auch bei ihrem jetzigen Vorgehen von diesem Gedanken leiten lassen und rücksichtslos von neuem den Streit unter den Berliner Maurern herbeigeführt. Nachdem der Redner sich noch gegen den Vorschlag des Herrn Direktor v. Schulz, den Vertrag noch nachträglich anzuerkennen, ausgesprochen und angeführt hatte, daß unter den obwaltenden Umständen der ablehnende Beschluß aufrecht erhalten werden müsse, empfiehlt er der Versammlung nachstehende Resolution zur Annahme:

„1. In Erwägung, daß die Verbandsleitung der Berliner Maurer in schmählicher Weise die getroffenen Vereinbarungen, welche zwischen beiden hiesigen Organisations-Vorständen (Verband und Vertrauensmänner-Centralisation), betreffend die Abstimmung und Veröffentlichung des Gesamtergebnisses der Abstimmung über den Schiedsspruch respektive Arbeitsvertrag im Berliner Maurergewerbe, gebrochen hat, ja es so hinzustellen versucht, als ob überhaupt keine Vereinbarung getroffen wäre, ferner daß, da laut Bekanntmachung des Berliner Gewerbegerichts vom 1. Mai der Arbeitsvertrag nach den abgegebenen Stimmen als abgelehnt zu gelten habe, trotzdem die Verbandsleitung der Maurer mit dem Verband der Baugeschäfte Berlins den Arbeitsvertrag für das Maurergewerbe als angenommen proklamiert, erklärt die heute am 14. Mai 1901 bei Keller in der Koppenstr. 29 tagende Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend diese Handlungsweise der hiesigen Verbandsleitung der Maurer als einen groben Verstoß gegen die Principien der Arbeiterorganisationen im allgemeinen, sowie als einen schändlichen Vertrauensbruch gegen die Vertrauensmänner-Centralisation der Berliner Maurer im besonderen, der nur die Absicht in sich haben kann, diese mit Hilfe des Verbands der Baugeschäfte zu vernichten.

Die Versammlung ist der Ansicht, daß Leute, welche solche Schändlichkeiten begehen, nicht das Vertrauen beanspruchen können, das dazu gehört, die gesamten Maurer zu vertreten, und erkennen die Versammelten dieselben auf keinen Fall als Vertreter der Gesellen an.

2. Des weiteren verspricht die Versammlung, bei etwaigen Streitfällen auf den Arbeitsstellen nur die Vertreter der Berliner Maurer (Vertrauensmänner-Centralisation) zur Schlichtung anzurufen, und werden diese zurückgewiesen, mit der Leitung über solchen Fall erst zu verhandeln und ist dann erst bei gemeinsamem Einverständnis die Arbeit niederzulegen und die Arbeisstelle zu sperren.

3. Nehmen die Versammelten die Pflicht auf sich, in Zukunft mehr denn je zusammenzuhalten und dem Vorstand resp. den Kommissionsbeschlüssen Rechnung zu tragen, die Abend- oder Frühsprachen fleißig zu besuchen, rege für die Organisation zu agitieren, sowie sich nach wie vor jederzeit auf dem Laufenden zu halten."

Metzke empfiehlt einen weiteren Antrag, nach welchem der Vorstand beauftragt wird, dem Gewerbegerichts-Direktor v. Schulz antwortlich auf sein Schreiben mitzuteilen, daß der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer dem Vertrage, welcher von der Leitung der Zahlstelle II des Centralverbands mit dem Bund der Baugeschäfte Berlins abgeschlossen ist, unter keinen Umständen beitritt, sondern auf dem Standpunkt verharrt, den die Abstimmung am 28. April ergeben hat und der dem Gewerbegericht bereits mitgeteilt wurde.

Der Vorsitzende Gehl berichtete sodann über die Verhandlungen in der gemeinsamen Sitzung, die von den Leitungen der Organisationen beider Richtungen nach Fällung des Schiedsspruchs stattgefunden hat und in der über die Annahme oder Ablehnung desselben, sowie über die weiter zu treffenden Maßnahmen beraten wurde. In dieser Sitzung sei die Majorität der Teilnehmer in Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse für die Anerkennung des Vertrags gewesen und vereinbart worden, daß die Abstimmung per Stimmzettel erfolgen soll, daß das gemeinsam festzustellende Resultat der beiden Versammlungen nur maßgebend sein soll usw. Der Redner, der auf verschiedentliche Umstände aufmerksam macht, um zu beweisen, daß die behaupteten Vereinbarungen in der That getroffen sein müssen, und der sich auch noch auf andre Zeugen beruft, führt an, daß die Verbandsleitung kein Recht hatte, einseitig dem Vertrage zuzustimmen, nachdem derselbe mit großer Majorität von den Berliner Maurern abgelehnt worden ist. Der Redner giebt ferner der Meinung Ausdruck, daß die allgemeine Einführung der bekannten Arbeitszettel, in denen die Arbeitsbedingungen enthalten sind, von den Verbandsmitgliedern veranlaßt worden ist, um auf diese Weise die Maurer der lokalen Richtung zur Anerkennung des Vertrags zu zwingen. Nachdem noch mehrere Redner im Sinne der Resolution gesprochen und das Vorgehen des Verbands heftig kritisiert hatten, wurde die obige Resolution mit allen gegen zwei, der Antrag Metzke mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der Centralverband der Handlungsgehilfen hatte am Dienstag eine öffentliche Versammlung nach Buggenhagens Saal einberufen. Auf der Tagesordnung stand ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über die Stellenlosigkeit im Handelsgewerbe. Eine Versammlung mit derselben Tagesordnung, die kürzlich in den Arminhallen stattfinden sollte, ist bekanntlich von den deutsch-nationalen Handlungsgehilfen durch organisierten Radau gleich nach der Eröffnung zur Auflösung gebracht worden. Auch diesmal hatten die Herren vom deutsch-nationalen Verband ihre Truppen wieder alarmiert, um die Versammlung zu stören. „Machen Sie alles mobil! Döring ist da! Heil!" So schließt die Order, welche Herr Blobel an seine Getreuen versandt hat. (Döring war nämlich der Anführer der Radaumacher in der gesprengten Versammlung.) Der von Blobel, Döring u. Co. gewünschte Erfolg ist aber diesmal nicht eingetreten. In dem Saale, der schon frühzeitig bis auf den letzten Platz dicht besetzt war, bildeten die radaulustigen Antisemiten nur eine kleine Minderheit. Nachdem ihnen dies bei der Bureauwahl zum Bewußtsein gekommen war, und nachdem ihnen der Vorsitzende Friedländer bedeutet hatte, daß Vorkehrungen getroffen seien, um jeden Ruhestörer ohne Rücksicht aus dem Saal zu entfernen, verhielten sich die deutschnationalen Schreier ruhig und Genosse Rosenow konnte seinen Vortrag ungestört halten. Treffend bemerkte der Redner, die Gegner des Centralverbands hätten wieder einmal den Beweis geliefert, daß sie ein Teil von jener Kraft seien, die stets das Böse will und doch das Gute schafft, denn ihre Taktik habe dazu beigetragen, daß diese Versammlung bedeutend stärker besucht sei, als die vorige. Dann führte der Redner aus, daß die mehr und mehr zunehmende Stellungslosigkeit im Handelsgewerbe eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Krise sei, die ihre Ursache in den ökonomischen und politischen Verhältnissen der heutigen Gesellschaft habe, daß die im Handelsgewerbe Angestellten, wenn sie ernstlich für die Verbesserung ihrer Lage eintreten wollen, zu dem Bewußtsein kommen müssen, daß ihre Stellung im Wirtschaftsleben keine andre ist, als die der Arbeiter, und daß die Handlungsgehilfen deshalb nach denselben Grundsätzen wie die Industriearbeiter den Klassenkampf zu führen haben, nicht aber, wie dies leider noch ein großer Teil der Handelsangestellten thut, hinter jenen Parteien herzulaufen, die sich bei jeder Gelegenheit als die Feinde der Bestrebungen der Arbeiterklasse erwiesen haben. Als die nächsten Forderungen der Handelsangestellten bezeichnete der Redner die gesetzlich festzulegende Verkürzung der Arbeitszeit im gesamten Handelsgewerbe, gesetzlichen Schutz der Angestellten, Anschluß der kaufmännischen Angestellten an die Gewerbegerichte, staatliche Organisation der Stellenvermittelung. Alle diese Forderungen könnten nur durchgeführt werden, wenn sich die Handelsangestellten dem Centralverband, der einzigen energischen Vertretung ihrer Klasseninteressen, anschließen.

Hierauf ließ der Vorsitzende über eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution abstimmen, die mit überwältigender Mehrheit gegen die Stimmen der Deutsch-Nationalen angenommen wurde. Dann folgte eine lebhafte Diskussion, die im wesentlichen eine Auseinandersetzung war zwischen den Antisemiten, als deren Wortführer Döring auftrat und dem Centralverband, dessen Principien außer dem Referenten die Genossen Maß und Liepmann vertraten.

Die Mißstände auf dem Berliner Schlachthof bildeten die Ursache zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung der Engros-Schlächtergesellen, die am Dienstag, den 14. Mai d. J. im „Elysium" tagte. In derselben wurde vor allem darauf hingewiesen, daß die Schlachthofs-Ordnung vom 4. Oktober 1900, in der bestimmt ist, daß der Schlachthof nur von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends geöffnet sein soll, nicht eingehalten wird, indem die verschiedenen Thore schon zwischen 2 und 3 Uhr morgens geöffnet werden und dadurch auch der Beginn der Arbeit für das Personal auf diese frühen Stunden verlegt worden ist. Außerdem wurde auch das Sanitätswesen auf dem Schlacht- und Viehhof einer abfälligen Kritik unterzogen. Beschlüsse wurden jedoch nicht gefaßt, da einerseits infolge der Interesselosigkeit der Engros-Schlächtergesellen und andrerseits auch infolge einer lebhaften und recht unlauteren Gegenagitation zu dieser Versammlung, die von gewisser Seite durchgeführt worden ist, nur ein schwacher Besuch zu verzeichnen war. Den Anwesenden wurde deshalb vor Augen geführt, daß von dieser Uneinigkeit der Kollegen bloß die Meister den Vorteil haben. Als einzige Hilfe zur Verbesserung der Lage der Engros-Schlächtergesellen empfahl man den festen Zusammenschluß im Centralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands.

Deutscher Tierschutzverein. Die nächste Mitglieder-Versammlung des Vereins findet am Montag, den 20. Mai, abends 8 Uhr, im Bürgersaal des Rathauses statt. Herr Professor Dr. Müllenhoff wird einen Vortrag über „Die Tiere des Waldes" halten. Gäste willkommen.

BAER & SOHN

1891. 10. 1901.

Chausseestrasse 24a/25
Zwischen Invalidenstrasse u. Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.

11 Brückenstrasse 11
Zwischen Jannowitzbrücke und Köpenickerstr. (Ecke Rungestr.)

Gr. Frankfurterstr. 20
Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

Fabrikation und Maass-Anfertigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

Lieferanten an die preussische Armee.
Lieferanten an ausländische Gesellschaften.

Lieferanten an Garderobengeschäfte.
Lieferanten an Waaren-Häuser.

Lieferanten an Vereine.
Lieferanten an Institute.

Zum Pfingst-Feste

Sommer-Anzüge	für Herren 39,— 36,— 30,— . . . . . 25,— 18,— 15,—	9 Mk.
Crêpe-Anzüge	für Herren. Sehr reiche Farben-Auswahl . . . 30,—	27 Mk.
Schwarze Anzüge	für Herren 50,— 40,— 36,— . . . . . 30,— 25,— 18,—	10 Mk.
Gehrock-Anzüge	Schwarz und farbig 65,— . . . . . 50,— 40,— 36,—	30 Mk.
Sommer-Paletots	für Herren 36,— 27,— 24,— . . . . . 21,— 15,—	8,50 Mk.
Gummi-Paletots	für Herren. Sehr preiswert. Wasserdicht . . . . . 24,—	18 Mk.
Elegante Hosen	für Herren 15,— 12,— 9,— . . . . . 6,— 5,—	4 Mk.
Radfahrer-Anzüge	für Herren. 27,— 21,— 15,— . . . . . 10,—	6 Mk.
Radfahrer-Hosen	für Herren . . 8,— 6,— 4,50	3 Mk.
Loden-Joppen	für Herren . . 6,75 5,— 4,50 . . . . . 3,—	2,25 Mk.
Wetter-Havelocks	für Herren . 21,— 18,— 15,— . . . . . 12,—	6,75 Mk.
Piqué-Westen	für Herren 6,50 5,— 4,50 3,—	2,25 Mk.
Knaben-Anzüge	Entzückende Auswahl. 12,— 10,— 8,— 6,— 5,— 4,— 3,—	2 Mk.
Schul-Anzüge	16,— 14,— 12,— 10,— 8,— . . . . . 6,— 4,— 3,—	2 Mk.

Sonder-Angebote unserer Häuser Chausseestr. 24a/25 und Brückenstr. 11:

Strohhüte	3,50–2,50 2,— 1,—	75 Pf.	Serviteurs	1,— 0,75—	55 Pf.	Cravatten	1,50–1,— 0,75–0,50	15 Pf.
Filzhüte	6,— 3,75 3,— 2,50	1,90 Mk.	Oberhemden	4,50–3,50	2,75 Mk.	Hosenträger	2,— 1,60 1,25–0,90	75 Pf.
Cylinderhüte	12,— 10,— 7,— 6,—	4 Mk.	Manschetten	das Paar 0,75–0,55	45 Pf.	Spazierstöcke	grossart. Auswahl	95 Pf.

Macco-Herren-Kragen Blendend weiss und ganz vorzüglich nach der Wäsche. In 11 hochmodernen Façons, ohne Unterschied, das ½ Dtzd. 1,80 Mk.

Grösste Auswahl. Billigste Preise. Baar-Verkauf. Feste Preise.

Die 17. Jubiläums-Preisliste wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 16. Mai.

Freie Volksbühne. Carl Weiß-Theater. 2. Abteilung (Blaue Karten): Der grüne Kakadu. — Scherz und Ernst. Anfang 2¾ Uhr.
Lessing-Theater. 4. Abteilung (braune Karten): Figaros Hochzeit. Anfang 2¾ Uhr.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Aschenbrödel. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Samson und Dalila.
Schauspielhaus. Zwei Eisen im Feuer. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: König Richard der Zweite.
Neues Opern-Theater (Kroll). Mignon. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Der Mikado.
Schiller. Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Die Jüdin von Toledo.
Deutsches. Ein Volksfeind. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Rosenmontag.
Lessing. Flachsmann als Erzieher. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Die Zwillingsschwester.
Berliner. D'r Herr Maire. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Die strengen Herren.
Residenz. Associés. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Jugend.
Freitag: Associés
Neues. Gastspiel des Schlierseer Bauern-Theaters. Jägerblut. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Der Amerikaseppl.
Westen. Fidelio. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Dinorah, oder: Die Wallfahrt nach Ploërmel.
Secessionsbühne. Buntes Theater: Ueberbrettl. Anf. 8 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Thalia. Die schöne Helena. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Central. Die Geisha. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Luisen. Ein toller Einfall. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Kabale und Liebe.
Freitag: Narciß.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Mifi Helpett. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Carl Weiß. Lorbeerbaum und Bettelstab. Anfang 8 Uhr.
Freitag: Kean oder: Genie und Leidenschaft.
Belle-Alliance. Gastspiel der echten Geisha-Truppe. Silcher-Quartett der Schwarzwälder und Seifensieder-Tanz.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Metropol. Specialitätenvorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Specialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 7½ Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Palast. Geschlossen.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Specialitäten-Vorstellung. Anfang mittags 12 Uhr.
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstr. 48/49. (Im Theatersaal) Abends 8 Uhr: „Unser Rhein von der Quelle bis zur Mündung."
Freitag: Dieselbe Vorstellung.
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr. Sternwarte.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: Gastspiel Ferdinand Bonn.
Der Kaufmann von Venedig.
Lustspiel in 5 Akten von Shakespeare.
— Freitagabend 8 Uhr: — Gastspiel Ferdinand Bonn.
Die Jüdin von Toledo.
Sonnabendabend 8 Uhr: Gastspiel Ferdinand Bonn.
Die Jüdin von Toledo.

Apollo-Theater.
Täglich um 9¼ Uhr:
Frau Luna
mit dem berühmten Luftballett
Grigolatis.
Ferner:
10 hervorragende Specialit.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7½ Uhr.

Deutsche
Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3.
Der grosse schattige Sommergarten ist eröffnet.
Täglich: **Internationale Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Die Boeren.
Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème" (Künstler-Variété).
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner". Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

URANIA
Taubenstr. 48/49.
Im Theater Donnerstagabend 8 Uhr:
Unser Rhein.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. **Sternwarte.**

Friedrich-Strasse 165
Castan's Panoptikum
Entree 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Zoologischer Garten
Himmelfahrtstag: **Entree 50 Pf.**
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab 4 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
Kgl. Musikdirekt. Brinkmann und Baumgarten. In der „Waldschänke" ab 4 Uhr: Konzert einer Bläserkapelle.

Central-Theater.
Heute Anfang 8 Uhr.
Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 636. Male:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sydney Jones.
Morgen und folgende Tage: **Die Geisha.** — Anfang 8 Uhr.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Anfang 8 Uhr.
Gastspiel des Herrn Rob. Wach.
Lorbeerbaum und Bettelstab
oder: **Drei Winter eines deutschen Dichters.**
Schauspiel in 3 Akten und einem Nachspiel v. Karl v. Holtei. Regie: W. Lang.
Im Garten: **Großes Konzert. Theater u. Special.-Vorstellung.**

Metropol-Theater
W., Behrenstraße 55/57.
Das anerkannt beste Mai-Spec.-Programm
16 Nummern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

W. Noacks Theater.
Brunnenstraße 16.
Eröffnung der Sommer-Saison am 26. Mai (1. Pfingstfeiertag):
Täglich Konzert, Theater u. Specialitäten-Vorstellung.

---

8 japanische
Tänzerinnen
(echte Geishas)
Attraction der Pariser Welt-Ausstellung.
Heute und folgende Tage im
Belle-Alliance-Theater.
Preise der Plätze: 75 Pf. bis 3 M., Logen 3, 4 und 5 M. Vorverkauf ohne Aufgeld an der Theaterkasse von 10—2 Uhr vormittags.

Sanssouci
Im **Garten:**
Heute Himmelfahrt:
Anfang 7 Uhr
— Hoffmanns —
Nordd. Sänger.
Entree 30 Pf., nach der Vorstellung **Tanz.**
Tanz frei.
Ab Pfingsten täglich Konzert und Vorstellung.

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Eine Hochzeit in der Müllerstraße.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

Thalia-Theater
Ensemble-Gastspiel des Central-Theaters:
Die schöne Helena.
Helena: Frl. Marie Ottmann vom Theater an der Wien a. G. Paris: Herr Kunstadt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

„Urania"
Wrangelstrasse 10/11.
Heute Himmelfahrtstag:
Grosser Ball.
Anfang 5 Uhr.
C. F. Walter.

Freie Volksbühne.
Heute nachmittag 2¾ Uhr im Lessing-Theater
IV. Abteilung:
Figaros Hochzeit.
Gleichzeitig im Carl Weiss-Theater II. Abteilung:
Der grüne Kakadu.
Hierauf:
Scherz und Ernst. Scenen und Lieder.
3. Abteilung am 19. Mai,
4. „ am 26. Mai
(Pfingst-Sonntag)
Zur Orientierung über die Neueinteilung der Abteilungen in nächster Saison und den Spielplan werden die Mitglieder ersucht, die im Programm-Heft 10 d. J. erlassene Bekanntmachung des Vorstands genau zu beachten und zu verbreiten.
229/19] Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13—15.
Heute sowie jeden Sonn- und Feiertag:
Grosses Garten-Konzert.
Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts 4 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Die **Kaffeeküche** ist von 2 Uhr ab geöffnet.
In den drei Festsälen: **Großer Ball.** Anfang 4 Uhr.
Eröffnung der Sommer-Saison am 1. Pfingstfeiertag. 15409*
Empfehle mein Etablissement den geehrten Vereinen und Gesellschaften zur Abhaltung von Sommerfesten und Bällen; der neue Festsaal, Hasenheide 13, steht vom November bis Ostern auch an den Sonntagen für Festlichkeiten zur Verfügung. **Max Kliem.**

Wedding-Park
Müller-Straße 178, am Wedding-Platz.
Größter u. schattigster Natur-Park des Wedding-Stadtteils.
Eröffnung der Sommer-Saison
Donnerstag, 16. Mai (Himmelfahrtstag).
Jeden Donnerstag, Sonn- und Feiertag:
Großes Konzert, ausgef. v. d. Hauskapelle unter Leitung des Musikdirigenten Herrn Neumann.
Specialitäten-Vorstellung und Ball.
Anfang 4 Uhr. Entree 10 Pf.
7 verdeckte Sommer-Kegelbahnen, wovon noch einige zu vergeben. — **Volksbelustigungen aller Art.**
— Die **Kaffeeküche** ist täglich von 3—6 Uhr geöffnet. —
Jeden Dienstag: Auftreten der Original-Norddeutschen Sänger.
Zu regem Besuch ladet ergebenst ein
15388* Wilhelm Trapp.

Hermann Gürsch, Kronprinzen-Garten,
Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 86:
Donnerstag, 16. Mai: Krosses Konzert. – Theater.
Im Saale: Ball. — Kaffeeküche. — 2 Kegelbahnen.
Vereinen besonders empfohlen.

H. Mentes Volksgarten,
zwischen Steuerhaus und Seeterrasse **Lichtenberg, Röderstr. 35/36.**
Heute, am Himmelfahrtstage: **Doppel-Frei-Konzert.**
Im neuen Riesensaal: **Großer Ball.**
7000 Sitzplätze, verdeckte Hallen und Zelte, 4500 Personen.
Kaffeeküche von 2—5 Uhr.
Volksbelustigungen aller Art, eigene Beleuchtung
52 Bogenlampen, 150 Glühlampen,
schöne Parkanlage für Promenade, alles sehenswert, allen großen Vereinen zu Sonnabenden und Sonntagen zu den coulantesten Bedingungen empfohlen.
1088b* H. Mente.

See-Terrasse Lichtenberg
Röder-Strasse 6.
Heute:
Großes Doppel-Konzert.
Auftreten der rumänischen Instrumental-, Vokal- und Tanz-Kapelle unter Leitung des Hofkapellmeisters **Senescu.**
Erstklassige Specialitäten im offenen **Variété-Theater.**
Ringkampf einer Dame mit einem Eisbären (Parodie).
Auftreten des berühmten Turmseilkünstlers
Mr. Cronje
unter Mitwirkung der **Donna Evoina** in ihren unübertroffenen Leistungen auf dem Turmseil über dem See.
Bei eintretender Dunkelheit:
Großes Land- und Wasser-Feuerwerk
ausgeführt von dem berühmten Pyrotechniker Herrn **Sucko.**
Großer Gondel-Korso auf dem See.
Grösste Kaffeeküche Deutschlands von 2 Uhr an geöffnet.
Volksbelustigungen aller Art, Hippodrom.
Entree 20 Pf., Kinder frei.
Verbindungen: Eisenbahnstationen Frankfurter Allee und Landsberger Allee. — **Mit der elektrischen Straßenbahn:** Spittelmarkt—Central-Viehhof—Eldenaerstraße und Moritzplatz—Central-Viehhof—Landsberger Allee.

Hasenheide 108—114.
Neue Welt
Hasenheide 108—114.
Heute sowie jeden Sonntag: 15399*
Großes Garten-Konzert und
Internationale Specialitäten-Vorstellung.
Auftreten des erstklassigen Künstler-Ensembles.
Im renovierten Bal champêtre: **Grosser Ball.** Anfang 4 Uhr.
Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Empfehle mein Etablissement den geehrten Vereinen, habe noch Sonnabende u. Montage im Juli u. August zu Sommerfesten zu vergeben.
A. Fröhlich.

Charlottenburg-Westend.
Hoffmanns Volksgarten.
Heute, Himmelfahrtstag, sowie Jeden Sonntag: Frei-Konzert.
Abends feenhafte bengalische Beleuchtung und Schlachtmusik. Kaffeeküche, Volksbelustigungen. 15038*
Im Saale: Großer Ball. Karl Hoffmann.

Ernst Höflich, Konzert-Garten und Ball-Salon,
Friedrichsberg, Frankfurter Chaussee 120. [15558*
Donnerstag, 16. Mai: **Konzert. Theater.**
Im Saale: Großer Ball. — Kaffeeküche. 3 Kegelbahnen.
Vereinen halte meine Lokalitäten bei Festlichkeiten empfohlen.

Moabiter Gesellschaftshaus
Alt-Moabit 80/81. 13275
Heute: **Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.**
Entree frei. Anfang 4 Uhr.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie
zu Zwecken der deutschen Schutzgebiete.
16 870 Gewinne im Betrage von
575 000 Mark.
Ziehung 31. Mai bis 5. Juni.
Die Hauptgewinne sind
100 000—50 000—25 000—15 000 Mk. etc.
Original-Lose a 3,30 Mk. (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden auch gegen **Nachnahme, Coupons und Briefmarken**
Neubauer & Co., Bank-Geschäft, **Berlin W.,** Friedrichstr. 198/199, Ecke Krausenstr.
Telegr.-Adr.: Millionenecke.

Zähne vorzügl. sitzend, **Garantie.** Teilzahl. Plombieren. Schmerzloses Zahnziehen, Umarbeit. schlechtsitz. Gebisse. **Goldstein, Oranienstr. 123.**

Rad-Rennbahn
Kurfürstendamm.
Donnerstag, 16. Mai 1901:
Beginn der
Internationalen Ringkämpfe.
Preise: 12 000 Mark.
Heute ringen:
Hitzler—Kallis.
Strenge—Farber
Const. le Boucher—Nitschke.
Lurich—Eidinger
Aimable de la Calmette—Winzer
Baucart (Neger)—Soden
Hackenschmidt—Degen.
Ausserdem: Charles Prinz mit seinen 11 Löwen.
Broth. Niagara-Turmseilläufer.
Familie Noisset, Kunstradfahrer.
Beginn: 4 Uhr nachmittags.
Freitag, 17. Mai, 8 Uhr abends:
Fortsetzung d. Ringkämpfe

Gardinenhaus Bernhard Schwartz
Wallstr. 29 (Flur-Eing.).
Telegr.-Adr.: Gardinenhaus.
Nur Gardinen u. Stores.
Engros. — Detail. — Export.
Feste Preise.
Umtausch gestattet.
Muster-Vorrichtung
eigene **Erfindung der Firma**
läßt eine riesige Muster-Auswahl von Gardinen u. Stores im Fluge übersehen. Preise überall angegeben. Bequeme **Selbstbedienung.**
Die Firma leistet für die Haltbarkeit ihrer Waren unbedingte Garantie und übernimmt die Reinigung des von ihr Gekauften.

Wenn dich was wurmt, so „wurm" es wieder,
Wurm schlägt den größten Aerger nieder.
Verlangen Sie gefl. ausdrücklich **Wurms Magendoktor!**

Gegen
Wanzen
15819*] **hilft**
nur Chemiker **Sünderhauf's „Furedol"** (gesetzl. gesch.) in Fl. a 0,50, 1,00, 1,50, 3,00 u. 5,00. Zerstäuber 0,50; frei Haus. **Gr. Frankfurterstraße 89.** sonst nirgends.

Kinderwagen 8—90 M., m. Gummirädern 12 M., vernickelt 16 M., Kinderbettstellen 7—60 M., Sportwag. 6 M., Puppenwagen, verstellbar. Stühle Groß Lag. Bst. Fabrik. Schutzvorricht. „Ideal" verhind. Herausfallen d. Kind., 3,50 M. Vers. u. außerh. ab Fabrik. Must. gr. Teilz. nur i. Berlin und Vororten gestattet. Woche 1 M.
F. Bergmann & Sohn, Andreasstr. 53 part. u. 1. Etg.
Aelt. Geschäft Berlins. Amt VIIa, 7228.

Zenith-Cigaretten
von **jedem wirklichen Kenner bevorzugt!**

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17 Ecke Leipzigerstrasse. ✤ **Belle Alliancestrasse 1-2** Am Blücherplatz. ✤ **Gr. Frankfurterstrasse 113** Ecke Andreasstrasse.

Seltener Gelegenheitskauf!

Touristenhemden

für Herren, in verschiedenen Grössen und Qualitäten pro Stück 1,25 Mk.

Versuchen Sie einmal
während 8 Tagen eine Büchse
des nahrhaften und wohlschmeckenden

van Houten's Cacao

Die Erfahrung hat gelehrt, dass diese Marke unübertroffen ist als tägliches Getränk für den Frühstückstisch.
— ½ Kilo genügt für 100 Tassen. —

In **Berlin** wird **van Houtens Cacao** tassenweise ausgeschänkt in **van Houtens Cacao-Stube, Werderschestrasse 7,** in der Nähe von Gerson.

Kinderwagen-Haus
August Götze,
Brunnenstr. 145,
Ecke Rheinsbergerstr.,
empfiehlt
Kinderwagen,
Puppen-, Sport-, Kasten- und Leiterwagen. Kinder-Bettstellen, Kindermöbel.

Riesenauswahl. [1316G*] Billigste Preise.

Werner's

Schuh-Magazin

BERLIN O.
Blumen-Str. 2
Ecke Wallner-Theater-Str.

SCHÖNEBERG.
Haupt-Str. 150
Ecke Kaiser Friedrich-Str.

einfache und elegante Schuhwaaren sehr billig.

Eigene Fabrikation.

Fertige Kleider

Enorm billig

Homespunkleid 15 Mk.

Jackettkleider
elegante Façons
in Cheviot und Homespun **18** Mk., **20** Mk., in feinster Ausführung **30** Mk.

Taillenkleider
tailor made, tadell. Sitz **27** Mk., aus wasserecht dekat. Cheviot. Homespun u. Tuch, feinste Schneiderarbeit **36** Mk., **45** Mk. [1586G*

Schwarze Kleider
in neuesten Fantasiestoffen **20** Mk., **25** Mk., **30** Mk.

Piqué-Kleider
weiß und elfenbeinfarbig
elegante Façons
7,50 Mk., **10** Mk., **15** Mk.

Kostüm-Röcke
elegante Façons.
gefüttert 5 Mark,
6 Mk., **7** Mk., **10** Mk., **12** Mk., **15** Mk., aus **Seide 25** Mk., aus Alpacca **4,50** Mk., **6** Mk. bis **30** Mk. aus **weiss** und **crême**-Cheviot und Piqué **3.75. 6—8** Mk.

Morgenröcke u. Matinées
Blusenhemden
1.25 Mk., **2** Mk., **3** Mk.
Seidenblusen jetzt 8.50 M.

Staubmäntel
6 Mk., **10** Mk., **15** Mk.

Tailor made-Kragen
aus feinem Tuch, modef. u. schw. statt 20—30 jetzt **10. 12** Mk.

Schwarze, glatte u. bestickte
Capes u. Kragen
in Tüll u. Kammgarn **10** Mk., **15** Mk.

Stelmann & Rosenberg
Kommandantenstraße,
Ecke Lindenstraße.
Maassanfertigung.

Henkel's Bleich-Soda,

bestes, billigstes u. bequemstes Waschmittel.
Ueberall in Paketen käuflich.

Wohlfahrts-Geld-Lotterie

für die Zwecke der Deutschen Schutzgebiete.
16 370 Gewinne Baar ohne Abzug im Betrage von

575,000 Mark.

Die Hauptgewinne sind:
100,000, 50,000, 25,000, 15,000 Mk. etc.
Loose à 3,30 Mark (Porto und Liste 30 Pf. extra) empfehlen und versenden prompt
Oscar Bräuer & Co. Nachf., Bank-Geschäft
Berlin W., Friedrichstr. 181. Filiale: NW., Wilsnackerstr. 63.
Ziehung 31. Mai u. folg. Tage.

Arbeits-Anzüge

für jeden Industriezweig, kauft man billigst bei [1402G*
Adolf Wecker
3. Mühlendamm 3.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik

von **A. Schulz, Reichenbergerstr. 5,**
empfiehlt Einrichtungen von 250 bis 10 000 M. 1443G*
Anerkannt gediegene Arbeit, billige Preise, coulanteste Zahlungsbedingungen

---

Gegründet 1879. [1424L*

Julius Lindenbaum

Grosse Frankfurterstr. 141, BERLIN O., Grosse Frankfurterstr. 141,

Eckhaus der Fruchtstrasse. 14 grosse Schaufenster, 26 Bogenlampen, tageshelle elektrische Beleuchtung. Eckhaus der Fruchtstrasse.

Grösstes Etablissement der Bezirke Ost, Nordost und Südost für

Herren- und Knaben-Bekleidung.

Sämtliche Sport- und Jagd-Artikel.

Frühjahrs-Paletots. Frühjahrs-Anzüge.

Berufskleidung.

Specialität: Massanfertigung. Mehrere Zuschneider.

Reelle billigste Preise.

H. Greifenhagen Nachf.

17. Brunnenstrasse 17.

Enorme Preisermässigung schon jetzt vor dem Pfingstfeste

in

Damen- und Kinder-Konfektion.

Reinseidene Bluse 3,90 mit Säumchen und Goldbesatz

Alpacca-Bluse 3,75 mit Säumchen und Besatz

Lawn Tennis-Bluse 2,75 reich mit Sammet garniert

Hausbluse von Cretonne 85 Pf. **Hausbluse von schwerem Velour 95 Pf.**

Kostümrock aus Alpacca 2,75 mit Stoss und Besenborte

Hauskleid aus gutem Waschstoff 2,50 Rock und Taille

Servier-Kleid 3,75 aus schwerem waschecht. Satin

Grösste Auswahl eleganter wollener Kostüme, Staubmäntel, Spitzen, Capes usw.

Kostüme aus schwerem Piqué 7,75 Rock und Jacke

Elegantes Organdy-Kostüm 8,50 mit reicher Schachtelgarnierung

Damen-Jackett 2,50 aus gutem Stoff mit Besatz

Ein Posten **Damen-Glacé-Handschuhe** 65 Pf.

Damenstrümpfe, diamantschwarz, doppelte Sohle u. Ferse 45 Pf.

Empire-Korsetts mit Garnitur 1,25

Wundervolle Neuheiten in **Sonnenschirmen** in kolossaler Auswahl.

Kinderschirme Stück 38 Pf. ✻ **Damenschirme mit Spitzen-Volants 1,95** ✻ **Herren-Regenschirme 1,75**

Ueberraschende Auswahl in **Damen- und Kinder-Hüten,** durchaus gediegener Putz.

Englisch garnierte **Hüte 68 Pf.** ✻ **Florentiner,** elegant garniert **1,95** ✻ **Hutfaçons 38 Pf.**

Berufs-Bekleidung und Wäsche-Fabrik
D. Wurzel & Co.
11619*] jetzt: Köpnickerstrasse 160, Ecke Mantenffelstrasse.

J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu!
Prinzenstrasse 17, an der Wasserthorstraße.
Täglicher Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatshosen, n den feinsten Werkstätten gearbeitet, auch für korpulente Figuren passend, u staunend billigen Preisen. [1392L*

Tel. Amt III. 1767.

Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Ziegenbock-wagen, Polsterbetten, Kinderklappstühle, Triumphstühle, Krankenwagen für Erwachsene und Kinder, auch leihweise. Eiserne Bettstellen in jeder Größe. Größte Auswahl. Preise außergewöhnlich billig, auch Teilzahlung.

A. W. Schulz,
N. Brunnenstr. 95, bis-a-vis Humboldthain a. Bahnhof Gesundbrunnen.
Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude. Musterbuch gratis. 1428Q*

Dresdener Kasino
96 Dresdenerstrasse 96
empfiehlt seine 2—800 Personen fassenden **Festsäle** zu Privat- und Vereinsfestlichkeiten, Hochzeiten u. Versammlungen zu coulanten Bedingungen.
1541Q* **Martin Herzberg,** Gastwirt.

Wilmersdorfer Volksgarten.
Empfehle Freunden und Genossen, sowie den geehrten **Vereinen meinen Saal, Garten und Kegelbahn zu allen Festlichkeiten.**
1389L* **Emil Witte.**

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Ein Eckgrundstück zu verkaufen. Näheres bei Zimmermann Karl Welsch, Alt-Glienicke, Grünauerstraße 19. 679R*

Papiergeschäft, gangbar, volksreiche Gegend, wegen größeren Unternehmens billig verkäuflich. Schöne Wohnung, billige Miete. Näheres Chorinerstraße 13. 1281b

Materialwaren-Vorkostgeschäft mit Rolle, billige Miete, wegen Uebernahme einer Beamtenstellung außerhalb, verkauft billigst, keine Branchenkenntnis, Trzinski, Raunynstraße 28.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Elegante vorjährige Herrenhosen, feinste Stoffe 9—12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II.

Waschanzüge, Waschkleidchen, sowie Stoffsachen sehr billig. Hoffmann, Veteranenstraße 14. 565R*

Kleiderstoffe, reinwollene und seidene, staunend billig. Restbestände der Konkursmasse, Münzstraße 7.

Sportbillig. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Sommerpaletots, Uhren verkauft Leihhaus Neanderstraße 6. 63/20*

Gardinen, auch Reste, sehr billig, im Special-Geschäft von Bruno Günther, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 680R*

Nußbaummöbel-Einrichtung sportbillig, auch einzeln, Gartenstraße 148, I links. †142*

Kinderwagen, Sportwagen, Riesenauswahl, Bazar Baby, Invalidenstraße 160, Frankfurterstraße 115, Oranienstraße 31, Belle-Alliancestraße 107, Reinickendorferstraße 2d, e, Charlottenburg, Wilmersdorferstraße Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 647R*

Restauration wegen Todesfalls verkäuflich. Auskunft: Pasewaldt, Wienerstraße 56. Abends nach 6 Uhr

Kinderwagen, spottbillig, Andreasstraße 23. 553R*

Fahrräder, Teilzahlung, coulante Bedingungen. Fabrik, Oranienstraße 176. 516R*

Damen-Rad, fast neu, zu verkaufen Ackerstraße 107, eine Treppe links. †67*

Fahrräder! Teilzahlungen. Riesenauswahl, Halbrennräder, Tourenfahrräder, Damenräder. Gebrauchte 35 Mark an. Gratisunterricht. Reparaturen sachgemäß, preiswert. Fahrräder werden verliehen. Multiplex-Industrie, Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 636R*

Fahrradzubehör! Außerordentlich preiswert. Alexandrinenstraße fünfundvierzig, Stallschreiberstraße. 636R*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Nähmaschinen: Afrana, Adler, Ringschiffchen, Wasch- und Bringmaschinen auf Teilzahlung, Koschwitz, Wrangelstraße 118, Laden. 660R*

Nähmaschinen, am besten direkt im Geschäft. Ringschiff, Bobbin, Adler, Schnellnäher, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Schnellste Lieferung, auch durch Postkarte. Turmstraße 39, Bernauerstraße 49. 681R*

Nähmaschinen und Feuer-Versicherung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b

Gaskocher! Sparsystem! 1,50, Zweilochkocher 6,— Dreilochkocher 10,— Gas-Plätteisen, Bügelapparate billig, Gas-Bratöfen 12,—. Wohlauer Wallnertheaterstraße 32. 1186b

Laubenbau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig Kottbuser Damm 22.

Laubenbesitzer! Sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz Meter 5 Mark, Bismarckstraße 89, Charlottenburg. †133*

Papageienauswahl, fingerzahm, sofort sprechend, 25 Mark, Oranienstraße 87. [1319b

Nähmaschinenlager sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, auch durch Postkarte. Louis Landsberger, Landsbergerstraße 82. [†150*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/1 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porterkellerei Ringler Bernauerstraße 119. 94/18*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †45*

Restauration, gut gehend, andrer Stellung wegen sofort preiswert zu verkaufen. Ostrowski, Ackerstraße 93.

Papiergeschäft mit Buchbinderei Familienverhältnisse halber sofort preiswert zu verkaufen. H. S. 5 Postamt 24. 1330b

Fahrrad, neues, für jeden Preis Barbierladen Raunynstraße 38. [1338b

Herrenrad, gebrauchtes, verkauft billig Zenk, Kottbuser Ufer 59. [1336b

Fahrrad, so gut wie neu, billig Brizerstraße 8, III, Larsen. [1329b

Herrenfahrrad krankheitshalber sofort billig Oranienstraße 38, Kley.

Kinderwagen, gut erhalten, verkauft billig Graß, Charlottenburg, Kantstraße 105. [†135*

Halbrenner, hochelegant, Umstände halber, 80 Mark. Elisabeth-Ufer 33, III links. [1341b

Fahrräder-Leihhaus. Neue Schönhauserstraße 11, bekannteste und billigste Räder-Bezugsquelle Berlins, bietet jedem Räderkäufer kolossale günstige Gelegenheit. Rädermaterial unerreicht. 96/3

Nähmaschinen, Adler, Afrana, Schnellnäher, Ringschiff, sowie Wasch- und Wringmaschinen auf Teilzahlung. Krieg, Skalitzerstraße 136. 685R*

Fahrrad, wenig gebraucht, Raunynstraße 64, Hof parterre. †27

Kleiderspind, Vertikom, verkauft Hecht, Lausitzerplatz 10. †28

Zwei Mark 1/4 Dutzend Damenhemden, Herrenhemden 3,00, Ausstattungen sowie elegante Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Adolf Salomonsky, Stadtbahn 21, Nähe Polizeipräsidium. 150/7

Vermischte Anzeigen.

Violin-, Klavier-Unterricht, Methode Oskar Brennecke, Monatshonorar 10,00, Oranienstraße 118. [*

Patentanwalt Dammann, Oranienstraße 57, Moritzplatz. Erfindern kostenfreier Rat abends bis neun.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben, Reklamationen. Putzger, Steglitzerstraße 65. 1323b

Unfallklagen, Invalidensachen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstraße 107. 1089b*

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Raterteilung Andreasstraße Dreiundsechzig. [1314b

Schriftliche Arbeit jeder Art, Bittgesuche, Stellungsgesuche, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billigst Franz Wildhagen, Christburgerstr. 32, Quergebäude III.

Kunststopferei von Frau Kokasky Steinmetzstraße 48.

Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Ratknicks Färberei, Andreasstraße 78 parterre, Eisenbahnstraße 18.

Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstraße 56, 2. Hof parterre. 2387b

Wytri-Cigaretten, feinste Marke der Welt, gesetzlich geschützt, wolle jeder Raucher beachten. 1271b*

Vereinszimmer, auch Sonntags, empfiehlt Kühner, Hasenheide 89. *

Vereinszimmer, Piano, auch Sonntags. Hermann Koch, Jasmunderstraße 10. [†66*

Vereinszimmer. Erdmann, Reichenbergerstraße 16. [1077b*

Achtung! 20 Mark kostet Jackett-Anzug, wer Stoff dazu bringt. Für tadellosen Sitz Garantie. Kuschewski, Annenstraße 2. 1332b

Handwäscherei. Preisliste gratis. Gustav Wurmstedt, Köpenick, Wilhelmstraße. 683R

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm, Geschichtswerke und alle andren Bücher beleiht und kauft Hammemann, Kochstraße 56, Amt 4a 6944. 684R*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Balkonzimmer für ein oder zwei Herren vermietet Blumenthal, Hussitenstraße 57, III.

Leeres Zimmer zu vermieten bei Witwe Scholz, Reichenbergerstraße 133, linker Seitenflügel, II. 1345b

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle, separat, Herr oder Dame. Warschauerstraße 67, Seitenflügel, Lorenz. [†46

Schlafstelle für Herren zum 1. Juni Plehner, Markusstraße 20, parterre.

Freundliche Schlafstelle, Zutz, Görlitzerstraße 53/54, Eingang Oppelnerstraße. 1343b

Möblierte Schlafstelle bei Meyer, Grünauerstraße 9, III. 1344b

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.

Ein Korbmacher findet dauernde Arbeit auf Grün (Wochenlohn oder Accord). Otto Huwe, Korbmachermeister, Müllrose. 1334b

Tüchtige, erfahrene Linoleumleger suchen Baumfromm & Vogel, Krausenstraße 42/43. 1331b

Tüchtigen **Fahrradschlosser,** speciell für Reparaturen, verlangt sofort M. Däweritz, Friedrichshagen, a. Bhnh.

Monteur für Haustelegraphen, aber nur selbständig, verlangt Zizwitz, Brunnenstraße 98. [96/4

Tüchtige Fardigmacher verlangt Gummersbach, Krautstraße 39. [†145

Waschkleider-Kostümrock-Arbeiter finden gegen Vorlage von Probearbeit dauernde Beschäftigung. A. Samelsohn, Leipzigerstraße 13. 1338b

Tüchtige Belegerin verlangt Goldleistenfabrik Alexandrinenstraße 25.

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Tüchtige Kesselschmiede
werden bei hohem Verdienst und dauernder Beschäftigung von **großer Maschinenfabrik**
gesucht.
Offerten sind unter Chiffre B. K. 3971 an **Rudolf Mosse, Berlin SW.** einzusenden. 62 C*

Kistenfabrik
sucht einen mit Fabrikation und Kundschaft vertrauten **Werkführer** event. Teilhaber. Bisherige Thätigkeit und Gehaltsansprüche unter D 6 an die Expedition des „Vorwärts".

Achtung! Holzarbeiter.
In der **Tischlerei von Weise, Rostockerstr. 28,** haben die Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 81/4*
Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Heinrich Ströbel** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Trusts und kapitalistische Syndikate in England.

England ist oder war bisher das klassische Land der großen Industrie; es ist aber nicht das klassische Land der Trusts und kapitalistischen Syndikate. Als deren klassischen Boden haben wir vielmehr die Vereinigten Staaten von Amerika zu betrachten, wo sie, unterstützt durch hohe Schutzzölle und günstige natürliche und politische Vorbedingungen, zu einer nirgend anderwärts erreichten Stärke sich entwickelt haben. Riesenkombinationen wie die Standard-Petroleum-Compagnie und der Stahl-Trust suchen in der ganzen Welt ihresgleichen.

Dennoch ist die Trust- und Syndikatsbewegung in England weder unbekannt noch unbedeutend. Allerdings findet sie unter der Herrschaft des Freihandels den Boden etwas rauh und steinig, und der Zusammenbruch, der Fehlschlag einiger frühzeitig gegründeter Industrie-Trusts und Preistreiber-Syndikate ließ es eine Zeitlang als zweifelhaft erscheinen, ob sich diese Form der Kapitalistenverbindung jemals in England einbürgern werde. So ist die im Jahre 1888 aus der Verschmelzung von 64 Firmen hervorgegangene Salzfabrikations-Union (Kapital 80 Millionen Mark) so schlecht gefahren, daß für ihre Aktien von 200 Mark Nennwert Ende 1888 nur noch 82½ Mark gezahlt wurden (heute ist der Preis 25 Mark), und auch die Aktien der drei Jahre später (1891) ins Leben gerufenen großen Vereinigung von Alkali-Werken — Kapital 170 Millionen Mark — sind trotz der Ausrüstung der Gesellschaft mit allerhand wertvollen Patenten und dergleichen Fabrikationsschutz allmählich bis auf einen Preis von 20 Proz. gesunken. Und auf der andern Seite sind Syndikate für die Preistreiberei von Lebensmitteln und Rohprodukten mit Hilfe der Organisationen der Arbeiterklasse zu Fall gebracht worden. Die vorzüglich organisierten Baumwollspinner von Lancashire sprengten 1890 einen sogenannten „Corner" in Rohbaumwolle durch den einfachen Beschluß in die Luft, während der Dauer der Preistreiberei nur kurze Zeit" (4 Stunden pro Tag) zu arbeiten, und die bloße Weigerung der Großeinkaufsgenossenschaft der englischen Arbeiter-Konsumvereine, einem Syndikat zur Hebung des Mehlpreises beizutreten, hat seiner Zeit genügt, das ganze Syndikat auseinander zu treiben. Aber der Druck der heimischen und ausländischen Konkurrenz drängt bei alledem auch in England zur Verbindung von Industrie-Unternehmungen zu immer größeren Einheiten oder Verbänden, und ein soeben erschienenes Werk des englischen Socialisten Henry W. Macrosty über Trusts weist eine sehr ansehnliche Liste solcher in den letzten Jahren entstandener Kombinationen großer industrieller und kommerzieller Unternehmungen auf.*) Sie sind gerade deshalb um so interessanter, daß sie, wenn auch zum großen Teil der Konkurrenz mit Schutzzolländern geschuldet, doch nicht selbst auf einem durch Schutzzölle gedeckten Boden erstanden, nicht als Treibhauspflanzen zu betrachten sind.

Das Gesamtbild, welches sich aus den Zusammenstellungen Macrostys ergiebt, läßt sich dahin zusammenfassen, daß kapitalistische Preisverbände nur dann längeren Bestand haben, wenn sie in einem Ring einer kleinen Zahl von Geschäften bestehen, die vermöge ihres Umfangs oder besonderer Betriebsbedingungen schon an sich eine Art Monopol ausüben. Andernfalls brechen sie selbst dann nach etlicher Zeit zusammen, wenn sie die Sympathie und den aktiven Beistand der organisierten Arbeiter auf ihrer Seite haben.

Das letztere war der Fall mit der vielbesprochenen Alliance der Metallbettstellen-Fabrikanten von Birmingham. Diese, auf Betreiben eines dieser Fabrikanten, Mr. E. J. Smith, im Jahre 1892 gegründete Verbindung zur Bekämpfung der Preisdrückerei hatte mit den organisierten Arbeitern des Gewerbes von Anfang an einen Gegenseitigkeits-Bund geschlossen, der diese am Bestand der Verbindung materiell interessierte und letzterer durch die Disziplin der Gewerkschaft einen festeren Zusammenhalt sichern sollte. Die Gewerkschaft hat den Vertrag auch willig gehalten, aber trotzdem hat mit der Zeit eine Firma nach der andren entweder offen dem Bunde den Rücken gekehrt oder heimlich Preisdrückerei getrieben, so daß er im Sommer 1900 durch Beschluß der ihm gebliebenen Mitglieder seine Vorschriften über Verkaufsbedingungen „bis auf weiteres" hat außer Kraft setzen müssen, was faktisch seine Auflösung bedeutet. Interessant ist, daß eine Versammlung der beteiligten Arbeiterorganisationen ihr Bedauern über den Zerfall des Bunds aussprach und es den Fabrikanten ans Herz legte, baldigst an seine Wiederherstellung zu gehen, was an den Arbeitern liege, sie möglich zu machen, werde geschehen. Die Folge der Auflösung des Bunds für die Arbeiter war, daß die Löhne, die seit seiner Gründung um 40 Proz. gestiegen waren, auf 25 Proz. über den Ursprungssatz zurückgingen.

Einen andern Verlauf wie die Allianz im Bettstellen-Gewerbe nahm eine nach ihrem Muster eingerichtete Allianz der Wollen-Färbereien von Bradford, für deren Zustandekommen sich namentlich die, viele Färberei-Arbeiter zu Mitgliedern zählende Union der Gasarbeiter und Tagelöhner ins Zeug gelegt hatte. Sie führte im Jahre 1898 zu einer Verschmelzung von 22 Stückgut-Färbereien, die 90 Prozent dieses Gewerbes vertreten und 7500 Arbeiter beschäftigen, in einen großen Trust oder „Combine", der „Bradford Dyers Association". Diese Verbindung repräsentiert, nachdem sich ihr noch vier Firmen aus Lancashire angeschlossen haben, ein Aktien- und Obligationenkapital von zusammen 75 Millionen Mark. Bald hinterher kam auch ein „Combine" der Färber von Kettengarn und Vorgespinnsten in Yorkshire und Lancashire zu stande, dessen Kapital sich zur Zeit auf 32,4 Millionen Mark beläuft und dem 46 Firmen angehören. Ein Trust von 11 Firmen der Sammet- und Schnurfärberei, ein Trust der Scharlach- und Indigo-Färbereien von Yorkshire, der einen Trust von 8 Indigo-Fabrikanten zur Folge hatte, ein Trust von vier großen Firmen der Farbehölzer-Industrie und ein ebensolcher von verschiedenen Firmen der Fabrikation von, und des Handels in, Chemikalien und Farbstoffen aller Art vervollständigen den Ring der Trusts in der Wollen-, Sammet- und Baumwollen-Färberei. Größer als irgend einer dieser Trusts ist der Trust der Kattun- („Calico"-) drucker. Er umfaßt 47 Druckfirmen, die zusammen 830 Druckmaschinen eignen, und 13 Handelsfirmen, hat ein Aktien- und Obligationenkapital von zusammen 164 Millionen Mark und vertritt 85 Proz. der ganzen Kattundruckerei-Industrie von Großbritannien. 53 Firmen der Bleicherei-Industrie haben sich im Juli 1900 zu einem großen Trust, der „Bleachers Association", vereinigt, deren Kapital sich auf 125 Millionen Mark beläuft.

Von den Trusts in der Baumwoll-Spinnerei ist vor allem die große Kombination J. u. P. Coats zu erwähnen, eine Verschmelzung von vier großen Zwirnfabriken mit der alten, schon ein Kapital von 115 Mill. Mark vertretenden Zwirnerei J. u. P. Coats. Bei der Verschmelzung ward das Kapital um 80 Millionen Mark erhöht und die Aktien, deren Nennwert 200 M. ist, wurden zum Preis von 1000 M. ausgegeben und sind seitdem bis auf 1500 M. gestiegen. Das Beispiel von Coats befolgten 1897 eine Kombination von fünfzehn Firmen der Nähgarn-Industrie von Lancashire mit einem Aktienkapital von 45 Mill. Mark, die bald darauf noch zwei der größten Geschäfte ihrer Specialität ankauften und für 15 Mill. Mark Aktien einer ähnlichen Kombination von 13 Nähgarnfabriken in den Vereinigten Staaten übernahmen, deren Kapital sich auf 75 Millionen Mark beläuft und die ihrerseits neuerdings 125 000 neu ausgegebene Aktien der englischen Compagnie, deren Kapital auf 65 Millionen Mark erhöht ist, zum Preise von 180 Proz. übernommen hat. Der spanisch-amerikanische Krieg brachte mit der Annexion Kubas an die Vereinigten Staaten auch einen Krieg zwischen dem Coats-Trust und dem Nähgarn-Trust, bei dem wie dort die stärkere Kapitalmacht, nämlich der Coats-Trust, Sieger blieb und sich die Bestimmung der Garnpreise auf dem spanischen Markt sicherte. Einen Trust von 16 Feingarn- und 15 Doublierspinnereien, der seit ihrer Gründung (1898) sich zehn weitere Firmen dieser Industrie einverleibt hat, stellt die „Fine Cotton Spinners' and Doublers Association" dar, deren Kapital sich auf 100 Millionen Mark beläuft und deren Aktien jetzt über 190 Proz. stehen. Charakteristisch ist, daß jeder dieser Trusts größere Posten von Aktien der Konkurrenz-Trusts angekauft hat, und daß sie alle auch Fabriken im Auslande eignen. Außerdem eignen sie auch Anstalten zur Herstellung verschiedener ihrer Hilfsmaterialien und verfügen sie über großartige Verkehrsorganisationen. Teils ihr Beispiel und teils ihr Druck auf ihre Material- und Werkzeuglieferanten hat größere und kleinere Kombinationen in deren Reihen zur Folge gehabt; auch in der Leinengarn-Industrie und der Spitzenfabrikation sind namhafte Trusts zu stande gekommen. Nur die Weberei, die sich ja auch der Form der Aktiengesellschaft gegenüber spröde verhält, ist von der Trustbewegung noch wenig berührt. Die Zahl der in Trusts aufgegangenen Fabriken der Textilindustrie von Lancashire und Yorkshire war im Mai 1900 in einer Ansprache des Präsidenten der Handelskammer von Manchester auf 296 angegeben, das Kapital dieser Trusts auf 750 Millionen Mark.

Es würde zu weit führen, die ähnlichen Bewegungen in den Eisen- und Stahlfabrikations- und Verarbeitungsindustrien, in der chemischen Industrie, dem Schiffbau, dem Kohlenhandel, der Papier-, Tapeten-, Seifen- 2c. Fabrikation, dem Spezereiwaren-Handel, den Droguengeschäften usw. zu verfolgen. Es genüge festzustellen, daß sich überall Kombinationen nach Art und in der Richtung der Trusts vollziehen, daß einfach in der Form, daß Unternehmungen großen Charakters andre, die oft nur wenig kleiner sind, ankaufen und ihren Betrieb entsprechend ausdehnen und vielfältiger gestalten. So hat die große Geschütz- und Schiffsbau-Fabrik Armstrong u. Co. im Jahre 1897 die kaum viel kleinere Fabrik Whitworth u. Co. aufgesogen, so die Geschützfabrik Wickers, die Maxim-Nordenfeld Kanonenfabrik und ein ähnliches Werk. Die Thomas Ironworks Schiffsbauerei hat 1899 die benachbarte Maschinenfabrik von Peme in Greenwich verschlungen, die Seifenfabrik Lever („Sunlight Soap"), die Seifenfabrik Wacoke („Monkey Brand"), und so in unzähligen andren Fällen.

Wo diese Entwicklung ihre Grenze findet, ist noch nicht abzusehen. Hier und da hat sie — wenigstens in England — noch vor gewissen Riesenindustrien die Segel streichen müssen. So sind zwar große Syndikate für den Zwischenhandel in Kohlen in London und andern Städten zu stande gekommen, aber alle Versuche zur Syndizierung der Kohlengruben größerer Distrikte sind bisher, trotzdem sie die Sympathie der Bergarbeiterführer hatten, erfolglos geblieben. Dafür existieren aber Firmen in der Industrie, die in sich selbst fast ein Monopol darstellen. So die Firma Sir J. Joicey u. Cie. in Durham, die 12 000 Arbeiter beschäftigt und jährlich 4½ Mill. Tonnen Kohlen fördert.

Ferner kommt es auch vor, daß reorganisierte Mittelgeschäfte den ganz großen eine gefährliche Konkurrenz machen; so sollen die in den Vororten Londons erstehenden mittelgroßen Warenhäuser den berühmten Riesenfirmen des Londoner Warenhandels bedeutend Eintrag thun — eine Erscheinung, für die es auch anderwärts nicht an Beispielen fehlt.

Sind aber nicht überall die Trusts und Kombinationen in ihren Ausdehnung unbegrenzt, so sind sie doch schon vielfach so stark entwickelt, daß sie ein gefährliches Monopol entweder faktisch ausüben oder, sobald sie nur wollen, ausüben können. Daß, wo dies der Fall, die Einmischung der Oeffentlichkeit am Platz ist, entweder in der Form der Verstaatlichung oder Kommunalisierung, oder in der der staatlichen und kommunalen Regulierung der Geschäftspraxis betätigt werden muß, liegt auf der Hand. Sowohl die Notwendigkeit wie die Art und Weise dieser „Kollektivisierung" der Trusts wird von Macrosty in einem besonderen Kapitel eingehend auseinandergesetzt. Daß die Trusts ferner auch für die Arbeiterorganisationen eine Gefahr werden können, braucht nicht erst eingehend dargelegt zu werden. Im ganzen haben sie sich in England freilich bisher in dieser Hinsicht sehr zurückhaltend gezeigt. Die Stärke der Gewerkschaften auf der einen Seite, der politische Einfluß der Arbeiter auf der andern, haben es ihnen nicht rätlich erscheinen lassen, ihre Spitze gegen die Arbeiterorganisation zu kehren. Ja, wie die Birminghamer Gewerbeallianzen sich um die Mitwirkung der Arbeiterorganisationen bewerben, so sind auch bei den Entwürfen auf Herstellung von Kohlensyndikaten stets die Arbeiterverbände und ihre Ansprüche berücksichtigt worden. Die Hauptgefahr der Trusts liegt heute offenbar auf der Seite der Konsumenten.

Schließlich sei noch der Rückwirkung der Trusts auf die Einkommensverteilung gedacht. Sie ist weniger groß als man gewöhnlich annimmt. Wohl behalten die Trustgründer gewöhnlich einen großen Teil der Aktien in ihrer Hand, aber ein größerer wandert ins breite Publikum. Hier einige Zahlen darüber, die Macrosty mitteilt:

Name der Trusts	Betrag des aufgelegten Aktien- und Leihkapitals	Von den Verkäufern übernommenes Kapital	Zahl der alten Firmen	Zahl der Aktionäre
	Mark	Mark		
Feingarn Spinner . .	80 000 000	26 667 000	31	3 934
Bradforder Färber . .	60 000 000	20 000 000	22	10 731
Bradforder Kohlenhandel	3 995 800	2 395 800	8	237
Kammfabriken Aberdeen	6 000 000	2 666 600	3	677
	149 995 800	51 729 400	64	15 579

Es ist danach, und das zeigt sich auch bei andren Trusts, gewöhnlich nur ein Drittel des Kapitals, das in Händen der Verkäufer bleibt, und das oft genug auch nur vorläufig. Wären die vertrusteten Geschäfte immer nur Privatgeschäfte, so hätten wir nach der obigen Tabelle statt 64 nunmehr 15 579 Eigentümer an diesen Unternehmungen. Indeß waren mindestens ein Teil der Geschäfte schon vorher Aktiengesellschaften. Soweit es sich aber nicht um solche handelt, veranschaulicht die Tabelle die Thatsache, daß die Trust-Bildung und die Konzentration der Vermögen zwei ganz verschiedene Dinge sind. Unter dem Gesichtspunkt der socialen Verantwortung ist das kein Vorteil. Der Einzelunternehmer, und sei er hundertfacher Millionär, ist eine verantwortliche Person, die dieser Verantwortung sich bewußt ist oder leicht bewußt gemacht werden kann. Die Masse der anonymen Aktionäre aber sind es nicht. Sie vertreten, wie Macrosty treffend bemerkt, das Kapital in seiner nackten Gestalt, kennen keine Verantwortung und bilden insofern, wo sie überwuchern, „eine ernsthafte socialе Gefahr". —eb.

*) Trusts and the State. A Sketch of Competition. London, Grant Rickards. 318 S. 8⁰. Der Verfasser dieser trefflichen Arbeit ist Mitglied der Unabhängigen Arbeiterpartei und des Fabiervereins.

Witterungsübersicht vom 15. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 0° C. = 4° R.
Swinemünde	765	Still	—	heiter	14	Hapsaranda	766	S	2	hlb. bed.	8
Hamburg	767	NW	2	hlb. bed.	11	Petersburg	765	NO	2	wolkenl.	10
Berlin	765	NNW	3	hlb. bed.	15	Cork	772	OSO	3	heiter	15
Frankf./M.	766	NO	4	heiter	17	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	767	Still	—	wolkenl.	12	Paris	767	NNW	2	wolkenl.	13
Wien	764	NW	2	hlb. bed.	14						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Mai 1901.

Kühler, vielfach wollig, mit etwas Regen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Warenhaus A. Wertheim.

Am nächsten Sonntag (vor Pfingsten) bleiben unsre Geschäfte, wie an allen Sontagen, geschlossen.

Denkbar grösste Auswahl. Streng feste Preise.

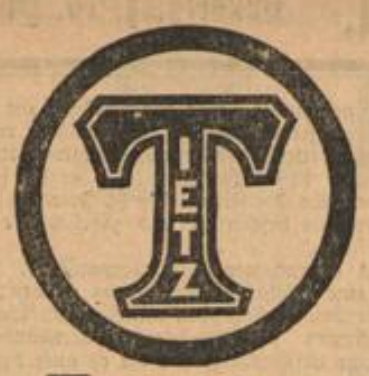
Feinste Mass-Anfertigung.

Sommer-Paletots in **Covert-Coat, Satin oder Cheviot** in allen modernen, auch die beliebten marengo Farben mit Serge-Futter, 18, 20, 22.50, 25, 30, 35, 40 Mk., auf Seide gearbeitet, sehr elegant 22.50, 25, 30, 35, 40, 45 Mk., Raglan in marengo Cheviot, 30 und 40 Mk. **Havelocks** in wetterfestem Loden, 1reihig, ohne Aermel, mit voller, vorn ganz abgefütterter Pelerine 8,50, 10, 12, 15, 18, 20, 25, 30, 35 Mk. Joppen von gutem Sommerloden, mit und ohne Futter, 4,50, 6, 7.50, 9, 10, 12, 15 Mk. Ein Posten vorjährige, a Stück 2 Mk. Regenmäntel mit Futter und Sammetkragen 25 und 30 Mk. 12242*

Carl Stier, Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.

Berlin, Oranienstrasse 166. Potsdam, Brandenburgerstrasse 23.

Tadelloser Sitz. Beste Verarbeitung.



Waarenhaus

Hermann Tietz

Hervorragende Angebote für Freitag und Sonnabend.

Handschuhe

für Damen, farbig und weiss

Zwirn, mit Aufnaht	20 Pf.
Zwirn, mit Druckknöpfen	30 Pf.
Schwedisch, imitirt	25 Pf.
Schwedisch, m. Druckkn.	43 Pf.
Perlzwirn	25 Pf.
Halbseide	52 Pf.
Halbhandschuhe	14, 23 Pf.
Halbhandschuhe, Seide	38 Pf.
Glacé, mit Knöpfen	1.15, 1.55 Mk.
Glacé, mit Druckknöpf.	1.30, 1.80 Mk.

Strümpfe

Ein grosser Posten
Damen-Strümpfe
hell- und dunkelfarbig geringelt
55 Pf.

Ein grosser Posten
Herren-Socken
schwarz, lederfarbig, maco und beige
42 Pf.

Ein grosser Posten bunte
Kinder-Strümpfe

Grösse	1-2	3-5	6-8	9-11
per Paar	35,	45,	55,	65 Pf.

Schuhwaaren

Damen.

Weisse Leder-Promenaden-Schnürschuhe	4.10 Mk.
Braune, ziegenlederne Schnür-, Knopf- oder Spangenschuhe	4.75 Mk.
Braune, ziegenlederne Schnür- oder Knopfstiefel	6.75 Mk.
Chevreaux-Schnür- oder Knopfstiefel	7.50 Mk.

Herren.

Braune ziegenlederne Schnür- oder Zugschuhe	5.95 Mk.
Braune Box-Calf-lederne Schnürstiefel, Handarbeit	9.75 Mk.
Braune Chevreaux, Schnürstiefel, Handarbeit	11.50 Mk.
Lackbesatz, Schnür- oder Zugstiefel, Handarbeit	9.65 Mk.

Original Amerikanische Damen- und Herren-Stiefel, braun u. schwarz in Chevreaux, Box-Calf u. Lackbesatz 16.50

Deliciöse kühlende Getränke an der Soda-Fontaine.

Grundsatz des Hauses:
Grösste Auswahl!
Niedrigste Preise!

Verantwortlicher Redacteur: Heinrich Ströbel in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin